KURDISTAN REPORT

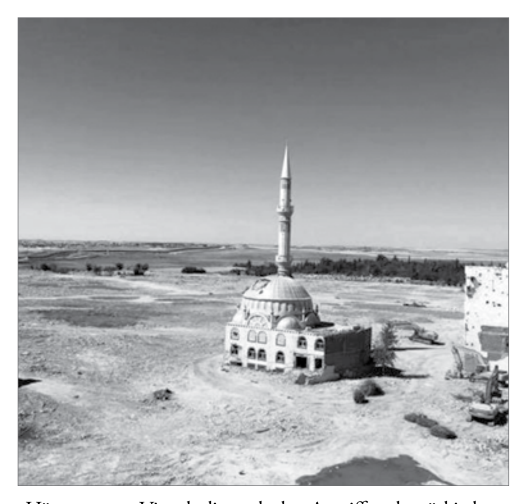
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 188 November / Dezember 2016 3,– €



Mit der Verlängerung des Ausnahmezustands um weitere 3 Monate verschärft sich die Repression im Besonderen gegen kurdische Aktivisten, Politiker und Medien. Foto: DIHA



Häuser, ganze Viertel, die nach den Angriffen des türkischen Regimes stehen blieben, werden wie hier in Nisêbîn niedergerissen, die Bewohner zur Flucht gedrängt. Foto: DIHA



Jeden Tag werden zig Menschen in der Türkei festgenommen und verhaftet. 174 Knäste für ca. 100 000 Personen sollen in der nächsten Zeit neu gebaut werden. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

der Krieg im Mittleren Osten wird immer komplexer. Einerseits operieren verschiedenste regionale und internationale Mächte im gemeinsamen Kampf gegen den sog. Islamischen Staat. Andererseits stehen sich dieselben bei der Frage, wie es nach dem IS in der Region weitergehen soll, erbittert gegenüber. Und so kündigen sich bereits heute künftige Auseinandersetzungen in der Region an.

Als besonders aggressiv auf dem Schlachtfeld des Mittleren Ostens zeigt sich die türkische Regierung. Nachdem sie in der Folge des gescheiterten Putschversuchs vom 15. Juli per Ausnahmezustand große Teile der inländischen Opposition zum Schweigen gebracht hat, wendet sich Autokrat Erdoğan mit markanten Äußerungen der Außenpolitik zu. So sei der Vertrag von Lausanne, der seit dem Ende des 1. Weltkriegs die türkischen Außengrenzen festlegt, keineswegs ein Sieg für die türkische Republik gewesen und es müsse erneut über den Nationalpakt gesprochen werden. Was die neoosmanischen Ambitionen Erdoğans illustriert.

Übersetzt bedeutet das, dass die Türkei mit freundlicher Unterstützung von Barzanîs PDK – und gegen den Willen der irakischen Zentralregierung – aktiv bei der Operation zur Befreiung Mûsils mitmischen will. Zwar hat Ankara lange Zeit den IS im Kampf gegen die KurdInnen aktiv unterstützt, will nun aber wohl rechtzeitig umschwenken, um in der Post-IS-Ära ein Stück des Kuchens zu ergattern. Zeitgleich werden im Norden Syriens die gemeinsamen Operationen mit islamistischen Gruppierungen, die sich selbst als Freie Syrische Armee bezeichnen, fortgesetzt. Und auch hier verfolgt die Türkei genauso wie im Irak Pläne, sich langfristig festzusetzen, um bei einem möglichen Zerfall Syriens Teile des Landes unter eigene Kontrolle zu bringen.

So sehr diese aggressive Außenpolitik der Erfüllung neoosmanischer Träume der AKP dient, ebenso sehr ist sie auch direkt gegen die kurdische Freiheitsbewegung gerichtet. Denn die PKK ist letztlich die letzte ernstzunehmende Widersacherin der Politik Erdoğans. Der Krieg in Nordkurdistan stellt eine Türkei, die soeben Teile ihres Militärs entlassen oder verhaften lassen hat, vor große Probleme. Und sie ist sich bewusst, dass in Nordkurdistan ein Sieg über die kurdische Freiheitsbewegung militärisch nicht zu erzielen ist. So will sie ihren Vernichtungskampf ganz bewusst auf Başûr/Nordirak und Rojava/Nordsyrien ausweiten.

Gleichzeitig steht die kurdische Freiheitsbewegung der Türkei nicht nur als bewaffnete Kraft, sondern auch als diametrale Vorstellung von einem künftigen Mittleren Osten gegenüber. Sie bildet mit ihrem Modell des Demokratischen Konföderalismus die radikale Antithese zum türkischen Hegemonialstreben in der Region.

Und so steht der Mittlere Osten vor einem großen Umbruch. Die europäischen Staaten, allen voran Deutschland, haben sich längst auf die Seite der Türkei geschlagen. Lasst uns dem unsere Solidarität mit der kurdischen Freiheitsbewegung entgegensetzen.

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Internationales Pokern auf Kosten der Kurdinnen und Kurden

Songül Karabulut

Dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016 folgte ein gelungener politischer Putsch der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP). Diesen zeichnet aus, dass er von der Regierung als demokratische Rettung des Systems verkauft wurde und all ihre folgenden antidemokratischen, diktatorischen Praktiken mit Unterstützung der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) legitimiert wurden. So wurden am ersten Schultag an die Schüler_innen Materialien verteilt mit dem Titel »Triumph der Demokratie am 15. Juli und das Gedenken an die Märtyrer_innen«. Wie groß diese Lüge und Manipulation ist, beweist die Bilanz des politischen Putsches: Nachdem der militärische Putschversuch binnen circa zwölf Stunden hatte zum Scheitern gebracht werden können, wurde mithilfe der angeblichen sozialdemokratischen Oppositionspartei CHP und der nationalistischen MHP am 21. Juli der Ausnahmezustand (OHAL) über die gesamte Türkei verhängt und am 3. Oktober inzwischen wie erwartet um weitere drei Monate verlängert. Das war der zweite »Dienst« des türkischen Parlaments nach seiner offiziellen Wiedereröffnung nach der Sommerpause am 1. Oktober. Zuvor war am Tag der Parlamentseröffnung das parlamentarische Mandat für grenzüberschreitende Militäroperationen um weitere dreizehn Monate verlängert worden. Das Parlament ist eigentlich gar nicht mehr funktionsfähig, es wurde regelrecht außer Kraft gesetzt. Der Journalist Deniz Yücel sagte Anfang Oktober auf einer Veranstaltung in Berlin, das Parlament werde momentan eher als Freiluftmuseum genutzt. Ständig würden Delegationen eingeladen, denen die Spuren der Bombardierung des Parlaments gezeigt werden.

Nach dem Putsch ist vor dem Putsch

Nach der Verhängung des Ausnahmezustands folgte unter dem Vorwand, gegen die Putschist_innen vorzugehen, eine landesweite Hexenjagd auf die gesamte Opposition: Seit dem 15. Juli wurden *[die folgenden Zahlenangaben schwanken je nach Quelle und Tagesstand]* über 80 000 Menschen im öffentlichen Dienst vorübergehend oder dauerhaft suspendiert. 4 897 Menschen verloren ihren Beamt_innenstatus. Die Zahl des aus dem Militär suspendierten Personals beläuft sich auf 3 534. Gegen 40 000 Bedienstete des öffentlichen Dienstes wurden weitere Untersuchungen eingeleitet. Gegen 5 247 Akademiker_innen aus den staatlichen und Stiftungsuniversitäten wurden Untersuchungen eingeleitet, 4 225 wurden des Dienstes enthoben, 2 341 suspendiert; gegen 1 545 Mitglieder des Verwaltungspersonals wurden Untersuchungen eingeleitet, 1 117 entlassen. 3 392 Richter_innen und Staatsanwält_innen, davon 2 Mitglieder des Verfassungsgerichts, bekamen Berufsverbot.

Insgesamt wurden per Dekret aus dem Bereich des Bildungsministeriums 28 163 Beschäftigte entlassen, aus dem des Gesundheitsministeriums 2 018, des Wirtschaftsministeriums 1 642, des Ministeriums für Familie und Sozialpolitik 439, des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten 1 519, des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 733, des Ministeriums für Jugend und Sport 320, des Zoll- und Handelsministeriums 149, des Ministeriums für Kultur und Tourismus 175. Mit den Dekreten Nummer 670 und 671 wurden 10 026 Mitglieder des Sicherheitsapparates entlassen.

Mit dem Ausnahmezustand wurde die Frist der Ingewahrsamnahme auf einen Monat verlängert, d. h. die Zeit, die ein Mensch ohne Haftbefehl festgehalten werden kann. Laut Bericht des Menschenrechtsvereins der Türkei wurden weit über 50 000 Personen festgenommen, über 30 000 von ihnen wurden verhaftet, Tendenz steigend. Folter während des Verhörs wurde nicht einmal verheimlicht, Bildmaterial mit klaren Folterspuren veröffentlicht.

Es ist nur natürlich, dass für diesen politischen Coup Gefängnisplätze benötigt werden. Dafür wurden nach AKP-Manier Lösungen gefunden. Anfang September wurden über 35 000 verurteilte Straftäter_innen vorzeitig aus der Haft entlassen, um Platz für die neuen, wohlgemerkt politischen, Gefangenen zu schaffen. Es ist nicht schwer zu erraten, dass unter den Entlassenen kein einziger politischer Häftling war,

sondern ausschließlich Kriminelle. Erst vor kurzem gab der türkische Justizminister bekannt, dass weitere 174 neue Haftanstalten mit einer Kapazität von über 100 000 Plätzen gebaut werden sollen.

Auch eine Vielzahl von der Fethullah-Gülen-Gemeinde zugerechneten Institutionen, wie 35 Gesundheits- und 1061 Bildungseinrichtungen, 800 Studierendenwohnheime, 223 Studienzentren, 129 Stiftungen, 1125 Vereine, 15 Universitäten, 19 Gewerkschaften, wurden staatlicherseits beschlagnahmt.

Viele Journalist_innen und Akademiker_innen, die der AKP-Regierung ein Dorn im Auge sind, haben sich entweder ins Ausland abgesetzt wie der damalige Cumhuriyet-Chefredakteur Can Dündar oder sie wurden ins Gefängnis gesteckt wie die beiden bekannten Journalistenbrüder Ahmet und Mehmet Altan oder die bekannte Schriftstellerin Aslı Erdoğan. Gegenwärtig beläuft sich die Zahl der inhaftierten Journalist_innen auf 120. Mit der Verhängung des Ausnahmezustands wurde die Gleichschaltung der Medien vollzogen. Nachdem 23 Radiosender, 45 Zeitungen, 29 Verlage wegen angeblicher Nähe zur Organisation Fethullah Gülens, kurz FETÖ, geschlossen worden waren, sind es in der zweiten Welle kurdische oder alevitisch-linke Medienorgane gewesen. Insgesamt 12 TV- und 11 Radio-Sender, darunter IMC und Hayat, wurden eingestellt, auch der kurdischsprachige Kinderprogrammsender Zarok TV (übersetzt Kinder TV). Diese Gleichschaltung wurde inzwischen auch auf das Ausland ausgeweitet. Der türkischsprachige prokurdische Nachrichtensender MedNûçe TV wurde auf Verlangen der Türkei vom französischen Satellitenunternehmen Eutelsat am 3. Oktober und Newroz TV am 12. Oktober ohne vorherige Mahnung ausgeschaltet.

Der Kampf der Türkei gegen Oppositionelle ist sehr vielschichtig. So setzt sie beispielsweise auch in den sozialen Medien ihren unerbittlichen Feldzug gegen Oppositionelle fort. Viele Nutzer_innen der sozialen Medien in der Türkei beklagen, dass ihr Konto gesperrt worden sei. Das ist kein Wunder. Laut Angaben von Twitter kamen in der ersten Hälfte 2016 die weltweit meisten behördlichen Anträge auf Löschung von Inhalten aus der Türkei. Das Posten von Bildern reicht aus, um gesperrt zu werden. Auch hier ist der Fleiß westlicher Anbieter wie Facebook und Twitter bemerkenswert.

Wie vorausgesagt verlagert und konzentriert sich dieser Staatsterror immer mehr auf Kurdistan. Ein Besatzungskrieg wird geführt, der sich nicht nur auf Nordkurdistan (Bakur) beschränkt. Die Türkei hat diesen Krieg nämlich längst auch über die Grenze nach Südkurdistan (Başûr) und mit der Besetzung von Cerablus (Dscharabulus) auf die demokratische Föderation Nordsyrien/Rojava ausgeweitet.

Die Operationen des politischen Genozids in Kurdistan halten mit voller Geschwindigkeit an. Nachdem die parlamentarische Immunität von 54 der insgesamt 56 Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aufgehoben wurde und sie nun Schritt für Schritt von der Staatsanwaltschaft zur Aussage vorgeladen werden, hat der türkische Staat auch begonnen, Parteifunktionär_innen der HDP und der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) festzunehmen und zu verhaften. So wurde z. B. am 9. September der HDP-Kovizevorsitzende Alp Altınörs festgenommen und verhaftet. Vor allem im Oktober hat die Zahl der Festnahmen kurdischer Politiker_innen sichtlich zugenommen. Mit dem Dekret 674 der Notverordnung wurden insgesamt 28 Stadtverwaltungen (davon 24 kurdische) unter Zwangsverwaltung gestellt und die Bürgermeister_innen suspendiert. Die Rathäuser werden mit Panzern umstellt und im 21. Jahrhundert wird vor den Augen der Weltöffentlichkeit ohne Hemmungen eine koloniale Besatzung praktiziert.



Aktion der Friedensmütter in Istanbul:
Frauen wollen keinen Krieg – Frauen wollen Frieden Foto: DIHA

Der gescheiterte Putsch ist Folge einer gescheiterten Republik

Der gescheiterte Militärputsch vom 15. Juli sollte als das Scheitern der seit 93 Jahren bestehenden kurdenfeindlichen Republik betrachtet werden. Das wiederum führte dazu, dass sich die Türkei in eine zweite Lausanne-Phase begeben hat. Das heißt, die Türkei durchlebt eine ähnliche Phase wie vor und während der Lausanne-Verhandlungen 1922/23. Die AKP, die den Militärputsch vorerst abwehren konnte, zwingt sich jetzt dem kapitalistischen System auf, mit dem Ziel, eine neue AKP-Republik gründen zu können. Das ist der Grund dafür, dass sie im Inland den Staatsterror gegen die Bevölkerung maximiert hat und außenpolitisch mit dem System in Verhandlungen tritt.

Es ist kein Zufall, dass Staatspräsident Erdoğan während seiner Sitzung mit den Dorfvorsteher_innen des Landes den Vertrag von Lausanne erneut thematisiert und als Verrat hingestellt hat. So wie damals, als England und Frankreich mit Atatürk Verhandlungen aufnahmen, nachdem der griechische Angriff hatte abgewendet werden können, so denkt Erdoğan heute, dass USA und EU mit ihm verhandeln müssten, nachdem der Militärputsch zum Scheitern gebracht werden konnte. Den Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) sowie die Flüchtlingsfrage bewertet die AKP als geeignete Vorbedingungen für ihr Verhandlungsvorhaben. Dass sich die AKP-Regierung vor diesem Hintergrund in einer aktualisierten Version der Lausanne-Verhandlungen befindet, ist nicht von der Hand zu weisen. Ihr außenpolitischer Kurswechsel der letzten Monate gegenüber Russland, Israel, Iran, USA und EU ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen. Die Türkei ist in einer schwachen Position und hat ihre kurdenfeindliche Politik zu ihrer roten Linie erklärt. Sie wird in den Verhandlungen folglich etwas anbieten müssen.

Während Erdoğan Inönü vorwirft seinerzeit die Türkei verkauft zu haben, versucht er auf diese Weise seine eigenen Zugeständnisse zu verdecken. Wichtig hierbei ist, was die AKP-Regierung im Gegenzug für die Akzeptanz ihrer Macht und ihrer antikurdischen Politik anbieten wird. Beim ersten Lausanne hatte Inönü als Gegenleistung für die Billigung der kemalistischen Macht und der antikurdischen Politik der Türkei Mûsil (Mosul) freigegeben. Was wird heute das Erdoğan-Regime neben Mûsil wohl herzugeben bereit sein?

Eine Anmerkung an dieser Stelle: Parallel zu dem von Erdoğan eröffneten Lausanne-Diskurs erregt die Behauptung eines Obersten namens Hasan Atilla Uğur, britisches Geld solle kurdische Stämme (Clans) zu einem Aufstand gegen die Türkei verleiten, große Aufmerksamkeit. Daraufhin haben sich Vertreter_innen von über 50 Stämmen mit einer Presse-



Im Camp bei Dergûl leben Menschen, die aus der nahen Stadt Şirnex fliehen mussten. Es ist ihnen »aus Sicherheitsgründen« nicht gestattet in ihre Stadt zurückzukehren. Insgesamt wurden ca. 50 000 Menschen aus der Stadt vertrieben. Foto: Hinrich Schultze | dokumentarfoto.de

konferenz gegen diese Behauptung gewehrt und ihre Loyalität zum Staat bekundet. Hier werden historische Ängste wiedererweckt. Nach dem Vertrag von Lausanne 1923 kam es zum Aufstand kurdischer Stämme gegen ihre Entrechtung, obwohl den Kurd_innen zuvor weitgehende Rechte zugesprochen worden waren. Später wurde dieser Aufstand in Verbindung mit England gebracht. Die Engländer_innen hätten die kurdischen Clans ermutigt, sich gegen die türkische Republik aufzulehnen, um darüber Mûsil von der Türkei zu bekommen. Diese hat später, wie wir wissen, ihren Anspruch auf Mûsil an England abgetreten.

Aus dem Westen nichts Neues

Die Haltung des Westens, vor allem der Bundesregierung, bekommt vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen eine Bedeutung. Trotz erheblicher Kritik aus der Öffentlichkeit setzt die Bundeskanzlerin eine Pro-Erdoğan-Politik fort, sei es in Form des schmutzigen Flüchtlingsdeals, der EU-Beitrittsverhandlungen oder über unzählige weitere Abkommen. Die EU-Kommission hat erneut 600 Mio. Euro für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt, somit beläuft sich die Summe der bisherigen Leistungen auf mehr als zwei Milliarden.

Auch das Schweigen zur neuen Kolonialpolitik der AKP in Kurdistan sowie die Beihilfe durch die Festnahmen kurdischer Politiker_innen in Deutschland oder die Abschaltung kurdischer Fernsehkanäle durch das französische Satellitenunternehmen sind ein Teil dieser Verhandlungsphase. Es ist allseits bekannt, dass die Türkei nur mit Zustimmung aus dem Westen (konkret der USA) in Cerablus einfallen konnte. Jetzt wird darüber verhandelt, ob und, wenn ja, in welcher Form die Türkei bei der »Befreiungsoffensive« in Mûsil eine Rolle spielen wird.

Der eigentliche Grund für die Beendigung des Friedensprozesses

Es ist noch ganz frisch in Erinnerung, als die AKP-Regierung im Juli 2015 den Angriff in Pîrsûs (Suruç) zum Anlass nahm, um den »Antiterrorkampf« gegen den Islamischen Staat zu beginnen. Angeblich hatte sie endlich eingesehen, dass der Kampf gegen den IS unausweichlich sei. Aber es dauerte nicht lange, bis sich diese Bereitschaft als ein totaler Krieg gegen die Kurd_innen entpuppte. Im Türkischen gibt es eine Redewendung: »Wer ein Minarett klaut, sorgt dafür, dass der Überzug passt.« Das trifft absolut auf die Türkei zu. Als die AKP-Regierung den zweieinhalbjährigen Friedensprozess beendete und erneut einen brutalen Krieg vom Zaun brach, wurde der passende Grund auch schnell gefunden. Der Tod zweier Polizist_innen im nordkurdischen Serê Kaniyê (Ceylanpınar) am 22. Juli sollte den Anlass liefern. Der Westen, der bei staatlichen Erklärungen schnell überzeugungswillig erscheint, war auch sofort am Werk und machte die PKK für das Ende des Friedensprozesses verantwortlich. Bis heute haben diese Morde nicht aufgedeckt werden können. Aber nach dem Putschversuch passierte etwas anderes: Der Richter, der Staatsanwalt und der angebliche Informant in diesem Falle wurden wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der Gülen-Gemeinde festgenommen.

Der dreifache Mord an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 in Paris, kurz nachdem bekannt wurde, dass die Gespräche mit Abdullah Öcalan erneut aufgenommen worden waren, ist ja bislang auch nicht gelöst. Der Prozess gegen den mutmaßlichen Mörder Ömer Güney wird Anfang nächsten Jahres beginnen. Dass der türkische Geheimdienst in die Pariser Morde verstrickt ist, wissen auch die französischen Gerichte. Wir leben in einer Zeit, in der die Staaten versuchen, ihre Interessen durch Instabilität und Kriege wahrzunehmen. Daher setzen alle auf die Verschärfung der Krise, des Chaos und der Kriege in der Region. Die kurze Botschaft Abdullah Öcalans, die nach dem Besuch seines Bruders auf Imralı an die Öffentlichkeit drang, zeigt eine Alternative zu dieser Mentalität der Macht. Öcalan unterstrich, dass die AKP den Friedensprozess einseitig beendet habe, und erklärte, die kurdische Frage könne binnen sechs Monaten gelöst werden, sobald die Türkei den Willen dazu beweise. Es reiche aus, wenn die Türkei zwei mit weitreichenden Befugnissen ausgestatte Vertreter_innen zu ihm sende. Diese kurze Botschaft genügt, um zu verstehen, warum er seit April 2015 einer Totalisolation ausgesetzt wird. Frieden ist den Machthabenden nicht dienlich, folglich sollen alle, die ein Interesse an Frieden, Stabilität und Demokratie haben, ausgeschaltet und »zum Schweigen gebracht« werden – entweder durch Totalisolation oder durch Verhaftung, Entlassung, Einschüchterung.

Genau diese Situation einer Wiederholung der Geschichte wollte und will Abdullah Öcalan verhindern. Verhindern, dass die Menschen im Mittleren Osten durch die Teile-und-herrsche-Politik des Westens immer mehr an Potential verlieren und in die Abhängigkeit und Fremdbestimmung geraten. Aber der AKP-Regierung ist ihr Machtstreben wichtiger als die Zukunft des Volkes und der Region. Ihr Einsatz am Pokertisch ist sehr hoch – »alles oder nichts«. Sie setzt alles ein, aber schon jetzt ist abzusehen, dass sie leer ausgehen wird. Alle Züge, die sie macht, um ihre Macht zu festigen, führen lediglich dazu, dass ihre Macht immer mehr ins Wanken gerät.

Weil ihr Spieleinsatz die Zukunft der Menschen ist, dürfen wir die daraus erwachsende Gefahr nicht unterschätzen und die Mitschuld und Motivation der anderen Mitspieler, wie z. B. Deutschlands, nicht übersehen. ♦

Der Präsident der türkischen Republik, Tayyip Erdoğan, die Nr. 1 des Putsches vom 15. Juli

Demokratie und Blockade einer Lösung können nicht zusammen existieren

Veysi Sarısözen, Journalist

Ein skurriles »Gespenst« geht um in Europa: nicht das Gespenst des Kommunismus, sondern das der Flüchtlinge. Obwohl alle Politiker in den Hauptstädten dieses Gespenst erschrocken verfolgen, das über ihren Häuptern schwebt, interessieren sie sich weder dafür, wo es geboren wurde, noch wie es aufgewachsen ist.

Erklären wir also, was in der Türkei vor sich geht, in der zurzeit 3,5 Millionen Flüchtlinge leben. Zweck dieses Beitrags ist es zu erklären, dass es nicht möglich ist, sich vor dem Zorn des Gespenstes zu schützen, indem man »Erdoğan besänftigt«. Wie früher der tragische Reinfall der »Besänftigungspolitik« gegen Hitler wird es auch nicht möglich sein, Erdoğan loszuwerden, indem man ihn »besänftigt«.

In der Türkei fand am 15. Juli 2016 gegen 21.30 Uhr ein »Putsch« statt. Kurz zuvor hatte der türkische Präsident Erdoğan Europa mit dem »Flüchtlingsstrom« in die Ecke gedrängt. Die europäischen Staatslenker wussten nicht, wie sie sich gegen diese Drohung wehren sollten. Die Rufe gegen die rasche Entwicklung der Türkei in eine aggressive Diktatur durch ein »präsidentielles Regierungssystem« wurden gedämpft. Danach folgte der »Putsch«. Nun sind die gleichen Staatslenker, insbesondere Obama, in Panik und verstummen gegenüber den Entwicklungen in der Türkei, nachdem Erdoğan öffentlich unterstellte, dass hinter jenem Putsch Gülen, die USA, die EU und die NATO steckten. Sie sind nicht ohne Grund verstummt. Alle Beschuldigten waren bereits an Putschen mindestens beteiligt. Doch dieses Mal ist es nicht ganz so. In den folgenden Absätzen soll erläutert werden, um was für eine Art von Putsch es sich speziell gehandelt hat.

Die NATO und die Putsche in der Türkei

Die NATO ist ein System. Obgleich ihr Widerpart, der Warschauer Pakt, sich aufgelöst hat, die Konkurrenzarmeen, wie die russische und die chinesische, haben es nicht. Aufgrund dessen hat die Disziplin innerhalb der NATO fortan eine große Bedeutung. Für den Fall der Gefahr einer Abkopplung eines Mitgliedstaates vom System werden zahlreiche Vorbeugungspakete in den dunklen Kammern der NATO bereitgehalten.

Eines davon sieht vor, gegen Regierungen zu putschen, die Mitgliedstaaten in gefährliche Situationen navigieren. Die Geschichte der Türkei weist etliche solcher NATO-Putsche auf.

Darum sind die türkischen Politiker in dieser Thematik sehr erfahren. Sie wissen quasi auswendig, wann, wie, durch was und welche Mächte ihre Schritte einen Putsch auslösen würden. Tayyip Erdoğan und seine Partner sind in dieser Thematik ebenfalls erfahren. Wie auch durch die westlichen Medien bekannt, liegt seit der versuchten Festnahme des Chefs des Nationalen Nachrichtendienstes (MIT) die Wahrscheinlichkeit eines Putsches wieder auf dem Tisch des Palastkalifen. Besonders seit den Korruptionsuntersuchungen gegen die fünf Minister und sogar gegen den Sohn von Erdoğan selbst hat die Regierung ihre ganze Kraft gegen einen wahrscheinlichen Putsch konzentriert.

Der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, hat während des Friedensprozesses, der letztlich nur ein Hinhaltemanöver war, Erdoğan mehrmals gewarnt. Die Blockade der Lösung würde und wird den Putschmechanismus auslösen. Diese Warnung war analytisch und vorausschauend: Die Blockade einer Lösung des Kurdenkonfliktes ist nicht vereinbar mit dem verfassungsrechtlichen, demokratischen und parlamentarischen Regime. Demokratie und Blockade einer Lösung können nicht zusammen existieren.

Genau dies ist dann auch passiert. Die Wahlen am 7. Juni 2015 haben die Türkei einer »Lösung« schlagartig näher gebracht. Die Demokratische Partei der Völker (HDP) schaffte es über die 10%-Hürde und Erdoğans Partei, die Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP), hatte ihre Regierungsmacht verloren. Wäre eine Koalition mit einem Minimalprogramm gebildet worden, hätte nichts die Lösung des Kurdenkonfliktes verhindern können. Die Türkei würde sich dann auf den Pfad der Demokratie begeben. Die Konflikte mit der EU würden

gelöst werden und die Türkei wäre in Syrien und Irak ein Friedensfaktor. Somit wäre keine weitere Kooperation mit dem Islamischen Staat (IS) entstanden und Erdoğan könnte Europa nicht mit der »Flüchtlingskarte« weiter einschüchtern. Noch wichtiger ist jedoch, dass der Putsch vom 15. Juli nicht stattgefunden hätte und somit tausende Menschen nicht im Bürgerkrieg gestorben wären.

Nachdem wir am 7. Juni 2015 kurz vor der Lösung des Kurdenkonflikts gestanden hatten, stürzte Erdoğan die Türkei mit seinem Krieg gegen die PKK nach dem 24. Juli ins Chaos. Es stellte sich heraus, dass dort, wo keine Lösung gefunden werden kann, auch keine Demokratie sichtbar wird. Erdoğan setzte immer zügiger seine Bestrebungen für ein Präsidialsystem, das »Ein-Chef-Regime« ,um.

Die mögliche Lösung des Kurdenkonflikts verweigert

Nachdem wir am 7. Juni 2015 kurz vor der Lösung des Kurdenkonflikts gestanden hatten, stürzte Erdoğan die Türkei mit seinem Krieg gegen die PKK nach dem 24. Juli ins Chaos. Es stellte sich heraus, dass dort, wo keine Lösung gefunden werden kann, auch keine Demokratie sichtbar wird. Erdoğan setzte immer zügiger seine Bestrebungen für ein Präsidialsystem, das »Ein-Chef-Regime«, um. Gegen die Ergebnisse der Wahlen vom 7. Juni wurde vom Palast geputscht und mithilfe des gewalttätigen Kriegsklimas in der folgenden Zeit konnte Erdoğan die Wahlen vom 1. November für sich entscheiden.

Genau hier wurde umgehend der Putschmechanismus ausgelöst. All die Ereignisse danach haben die Aussagen des PKK-Vorsitzenden bestätigt.

Das Programm Erdoğans, also die Lösung des Kurdenkonfliktes zu verweigern und die Errungenschaften der Kurden in Syrien anzufechten, ist nicht mit der Demokratie zu vereinbaren. Entweder wird einer Lösung in Bakur und Rojava durch einen kantonalen Status zugestimmt oder die Türkei wird mit der Diktatur, dem Putsch und dem inneren und äußeren Krieg in den Abgrund stürzen. Erdoğan hat letzteren Weg gewählt. Seine Devise heißt »Durmak yok yola devam … (Wir lassen uns durch nichts aufhalten, wir setzen unseren Weg fort …)«.

Die »Putschexperten«

Die höhnischen und skeptischen Reaktionen aus den westlichen Hauptstädten auf die Putschberichte waren nicht überraschend, denn CIA, BND und auch der britische und der französische Nachrichtendienst waren sich sicher, den Putsch nicht selbst ausgelöst zu haben. Ihr Erstaunen galt der Frage nach den Urhebern.

Wie schon erwähnt, liegen in geheimen Aktenschränken vorbereitete Pläne, wie beispielsweise für einen Putsch, die im Notfall Anwendung finden können. Sicherlich könnte man behaupten, dass sich auswärtige Kräfte an die Gülen-Bewegung und NATO-treue Offiziere gewandt hätten, um eine »Alternative« zur abdriftenden türkischen Regierung zu schaffen, doch sie haben den Putsch vom 15. Juli nicht ausgelöst.

Sowohl die aufgezählten Mächte als auch das türkische Militär sind »Putschexperten«. Es war allseits bekannt, dass sich eine Junta, die die Unterstützung Europas und der USA genießt, in der Türkei auf einen Putsch vorbereitet hat. Es lässt sich auch nicht bestreiten, dass westliche Staaten ihre Finger im Spiel hatten. Doch »einen Putsch durchzuführen« und »den Putsch auszulösen« ist nicht dasselbe.

Die Junta wollte den Putsch um 3 Uhr starten. Doch es kam zu überraschenden Ereignissen. Schauen wir sie uns kurz an:
Der Oberbefehlshaber der größten Militäreinheit in Istanbul, der Kommandant der 1. Armee, schickte am helllichten Tage einen Panzer auf die Bosporusbrücke, der den Verkehr einseitig blockierte. Von der anderen Straßenseite wurden beim Vorbeifahren der Panzer und eine Gruppe von Soldaten staunend beobachtet. Danach hat sich herausgestellt, dass der Kommandant der 1. Armee ein Putschgegner war. Der Putsch wurde auf diesem Wege frühzeitig aufgedeckt.

Daraufhin begannen Kampfjets um 21 Uhr herum mit Tiefflügen. Der Putsch, der um 3 Uhr hatte beginnen sollen, wurde somit vorgezogen.

Um 21.30 Uhr kamen sieben Soldaten zum Sender CNN Türk und gaben im Namen des »Komitees Frieden in der Heimat« den »Putsch« bekannt. Der Generalstabschef sowie alle Kommandanten der Teilarmeen wurden einfach handlungsunfähig gemacht und übergangen. Auch wenn die Erklärung mit »Türkische Streitkräfte, Generalstabschef« unterzeichnet war, gab es niemanden, der hätte widersprechen können. Die Unterschrift zeigte offenkundig, dass der Putsch nicht nach der herkömmlichen Befehlskette durchgeführt wurde. Dass zahlreiche erfahrene Generäle aus diesem Grunde nicht am Putsch beteiligt waren, ist ebenfalls offenkundig. Der Grund für diese

kindische Erklärung war, dass der Putsch ohnehin von Anfang an scheitern sollte.

Wer hat sich dieser Unterschrift bemächtigt? Und von wem kam die lange Einleitung in der Erklärung? Diejenigen, die den Putsch vorzogen, indem sie schon um 21.30 Uhr losschlugen, brachten damit von Anfang an die Niederlage.

Letztlich haben dann die restlichen Verschworenen der hintergangenen Junta am Morgen des 16. Juli um 3 Uhr die »echte« Erklärung auf TRT verlesen. Im Gegensatz zur vorherigen war sie kurz und mit »Generalstabschef« unterzeichnet.

Da der Putsch für 3 Uhr geplant gewesen war, hatte die Junta die Fernsehsender nicht besetzt. Als er aber um 21.30 begann, waren alle Sender live dabei, sodass der Staatspräsident und AKP-Politiker die Polizei und die Bevölkerung aufriefen, den Putsch zu verhindern.

Die türkischen Streitkräfte (TSK) haben bis heute am 27. Mai 1960, am 12. März 1971, am 12. September 1980 erfolgreich geputscht, durch militärische Intervention Regierungen gestürzt. Wie konnte also ein so lächerlicher Putsch organisiert werden? Haben die Generäle ihr »Putsch-Gedächtnis« verloren?

Benötigte Erdoğan den Putsch?

Zurück zum Anfang unseres Artikels. Als Erdoğan den Lösungsprozess beendete, kurdische Städte dem Erdboden gleichmachte, eine Allianz mit dem IS gegen Rojava bildete und mit den USA stritt, wusste er, dass ein Putsch auf ihn wartet. All seine Energie gab er daran, diesen Putsch im Keim zu ersticken, noch bevor er ins Rollen kam.

Es wurde auch klar, dass der Palast, der Geheimdienst MIT, die Polizei und die »Konterguerilla« aus der Çiller-Ağar-Zeit alle notwendigen Vorkehrungen gegen einen möglichen Putsch getroffen hatten.

In der Tat brauchte Erdoğan den Putsch vom 15. Juli. Einen Tag zuvor konnte er nicht einmal den Palast verlassen. Er war weltweit isoliert und diskreditiert. Der aktuelle britische Außenminister gewann bei einem Poesie-Wettbewerb eine Auszeichnung für ein beleidigendes Gedicht über ihn. Die AK-Partei war am Boden. Öffentliche Meinungsumfragen ergaben eine Mehrheit der Bevölkerung gegen Erdoğans Forderung nach »einem Präsidenten«. Die Wirtschaftssektoren, die von Kapitalbewegungen abhängig waren, gaben gefährliche Signale. Die Unsicherheit wuchs. Die innere Opposition wuchs noch schneller, sodass alle AKP-Gründer sich gegen Erdoğan stellten. Letztlich wurde sogar Premierminister Davutoğlu mit einem inneren Putsch beseitigt, was die Fundamente des Palastes deutlich erschütterte. Sogar die Position seines größten Unterstützers Bahçeli wankte. Aber die meiste Zerstörung verursachte der Kampf zwischen der AKP und der Gülen-Gemeinde, mit der sie zuvor die Macht geteilt hatten. Gülen-Anhänger in der Regierung formierten sich gegen den Palast, die Armee erlitt massive Verluste im Krieg gegen die PKK. Die Revolution in Rojava schritt voran. Es war nur noch eine Frage der Zeit, dass sich die Kantone Kobanê und Afrîn verbanden.

Grosse Teile der weltweiten und der ihrer Informations- und Pressefreiheit beraubten türkischen Öffentlichkeit sind der Lüge verfallen, Erdoğan und treue Patrioten hätten einen Putschversuch vereitelt. Eine unfassbare Lüge. Es ist offensichtlich, dass der 15. Juli ein Kind des Palastes ist.

Erdoğans rechtswidriger »Putsch« gegen die Wahlergebnisse vom 7. Juni reichte nicht aus. »Ein neuer Putsch« wurde dringend benötigt. Er sollte wie bei Hitlers Gleichschaltungspolitik wirken, damit alle verfassungsmäßigen Institutionen, jegliche Kontrollinstanz und Opposition eliminiert werden konnten.

Große Teile der weltweiten und der ihrer Informations- und Pressefreiheit beraubten türkischen Öffentlichkeit sind der Lüge verfallen, Erdoğan und treue Patrioten hätten einen Putschversuch vereitelt. Eine unfassbare Lüge. Es ist offensichtlich, dass der 15. Juli ein Kind des Palastes ist:

Am 16. Juli wurden viele Generäle, Piloten sowie ein »Zivilist«, der sich auf dem Akıncılar-Militärflugplatz aufhielt, festgenommen. In den Medien wurde neben den Offizieren auch dieser »Zivilist« in Unterwäsche und Handschellen gezeigt. In jenen Tagen konnte man sich nicht einmal in der Nähe des Militärflugplatzes bewegen, geschweige denn direkt darauf; der Betreffende war jedoch bekannt als Gülens wichtigster Mann. Er wurde nach zwei Tagen Haft wieder entlassen, was später als »unterlaufener Fehler« betitelt wurde. Eine erneute Fahndung blieb bis heute ohne Erfolg.

Dieser Zivilist heißt Adil Öksüz. Er soll nach Informationen des Erdoğan-Kolumnisten Abdülkadir Selvi ein »Doppelagent« sein. Später äußerte auch CHP-Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu, sie hätten Informationen, dass Adil Öksüz ein MIT-Agent sei. Außerdem bestehe die Gefahr, dass er

ermordet worden sei. Lassen Sie uns die folgende Nachricht lesen:

»Der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu erklärte, der Fall Adil Öksüz müsse bis ins Kleinste untersucht werden. Er wies darauf hin, dass hinter Öksüz eine mächtige Organisation stehe und der Verdacht bestehe, dass er getötet worden sei.

Kılıçdaroğlu: ›Adil Öksüz ist kein gewöhnlicher Mann, er muss konsequent angegangen werden.‹ Er betonte, dass bisher kein einziger Geheimdienst erklärt habe, ob jemand sein Agent sei oder nicht. Weiter kritisierte er die Nachrichten, denen zufolge Öksüz kein MIT-Agent sei. Mit Bezug auf die Inhaftierung und Freilassung von Öksüz wies Kılıçdaroğlu darauf hin, dass Öksüz kein gewöhnlicher Mann sei:

›Adil Öksüz Fall muss detailliert überprüft werden. Er muss unter Schutz stehen, sonst kann so etwas nicht einfach vorkommen. Es gibt mächtige Organisationen hinter ihm, lokale und ausländische. Meine größte Sorge ist, dass er getötet wird, bevor er festgenommen werden kann. In der Vergangenheit gab es viele ähnliche Fälle. Viele Personen wurden festgenommen und getötet. Bis heute ist nicht bekannt, wo sie begraben wurden.‹«

Offensichtlich hat Kılıçdaroğlu von staatlicher Seite ernstzunehmende Informationen erhalten. Allerdings kann er damit manche Fakten nicht erklären. Sie würden zeigen, dass der Putsch vom 15. Juli ein sehr organisiertes Komplott des AKP-Palastes war und von Doppelagenten unter den Putschbefürwortern durchgeführt wurde, die AKP-Gegner, Gülen-Anhänger, NATO-Angehörige und sogar kemalistische Offiziere zu einem blutigen Spiel verleiteten, einem Putsch.

Dreh- und Angelpunkt des Putsches vom 15. Juli ist Adil Öksüz. Ein Tag zuvor war er aus den Vereinigten Staaten in die Türkei gekommen. Offensichtlich hat der »Doppelagent« dieses Mal nicht »dem großen Chef der CIA« gedient, sondern »dem MIT, dem Palast und der Polizei«. Höchstwahrscheinlich übernahm er den Vorsitz der Junta, schleppte sie Schritt für Schritt hin zu einem unmöglichen Putsch und löste dann unter einem absurden Namen wie »Komitee Frieden in der Heimat« zu einem falschen Datum und zur falschen Zeit gemeinsam mit anderen Personen einen Putschversuch aus.

Konterguerilla an die Stelle der Gülen-Bewegung gesetzt

Erdoğan hat auf diese Weise den »gegen ihn« früh bekannt gewordenen bevorstehenden Putsch quasi »tot geboren«, während der Coup »Dunkelheit« über das ganze Land brachte. Erdoğan selbst hat unsere Worte bestätigt, seine Rolle beim Putsch so ausgedrückt:

»Das Ergebnis war sehr gut. Unser Gott hat es so befohlen. Während Sie glauben, es ist schlecht für Sie, sorgt er aber dafür, dass es zum Vorteil gereicht. So ist es auch diesmal passiert. Wir haben in dieser Phase die Möglichkeit bekommen und die Kraft erlangt, Sachen zu machen, die wir unter normalen Umständen nicht hätten machen können. Wir haben ihnen (gemeint ist die Fethullah-Gemeinde) Grundstücke und Gelände gegeben. Könnten wir sie zurückbekommen? Nein, könnten



Festnahme von MitarbeiterInnen der kurdischsprachigen Tageszeitung Azadiya Welat in Amed. Foto: DIHA

wir nicht, aber jetzt Dank des Ausnahmezustands haben wir alle beschlagnahmen und verstaatlichen können. Der Staat hat begonnen, das Hab und Gut dieses verräterischen Netzwerkes zu beschlagnahmen.«

Er hat die NATO-Treuen in der Armee, die gegen ihn waren, zum Großteil eliminiert. »Wenn der 15. Juli nicht wäre, könnte er dies unter normalen Umständen nicht tun.« Das Militär wurde faktisch neutralisiert und seine Stelle übernahm ein loyaler Apparat aus 600 000 Polizisten, 200 000 schwer bewaffneten Gendarmeriekräften, die nicht in der Befehlskette der Armee stehen, allen Armeeeinheiten der Küstenwache sowie den weiterhin bestehenden türkischen Gladio-Strukturen. An die Spitze dieses Apparates wurde Süleyman Soylu gestellt, der mit Mehmet Ağar zusammen Anfang der 1990er Jahre tausende Kurden umbrachte und als der Prinz von Tansu Çiller bekannt wurde. Süleyman Soylu wiederum hat Erdoğan lange Zeit aufs Übelste beleidigt. Erdoğan hat die Konterguerilla an die Stelle der Gülen-Bewegung gesetzt, statt mit der Gülen-Bewegung teilt er sich die AKP jetzt mit der Konterguerilla.

So, wie das Erdoğan-Regime europäische Politiker mit der »Flüchtlings-Karte« ausgespielt und verrückt gemacht hat, so mischt er sich nun auch in die europäischen Informationsmonopole ein. Durch Korruption, Investitionsversprechungen sowie nicht transparente finanzielle Beziehungen zu einem französischen Informationsmonopol erreichte er, dass sogar der Fernsehsender MedNûçe TV, der aus Europa in die Türkei sendete, zensiert wurde.

Wäre der Putsch vom 15. Juli ...

Zurück zu unserer Liste. Wäre es nicht zum Putsch vom 15. Juli gekommen, so hätten Erdoğan und Soylu nicht per Diktat, mit Erdoğans eigenen Worten, »die in Kurdistan gewählten Bürgermeister absetzen und die Gemeinden durch Treuhänder beschlagnahmen« können. Er hätte nicht innerhalb von zehn Tagen tausende Aktivisten der DBP und der HDP verhaften lassen können. Dieses Diktat bereitet jetzt die Verhaftung der HDP-Abgeordneten vor. Während Sie diesen Artikel lesen, werden womöglich HDP-Abgeordnete aus dem Parlament heraus verhaftet und in den Kerker geworfen.

Derzeit sind mehr als hunderttausend Beamte entlassen, über 50 000 Menschen festgenommen worden. Es fand ein Putsch gegen die Medien statt, erstmalig in der türkischen Geschichte. Bis auf ein, zwei kleine demokratische Zeitungen wurden alle oppositionellen Medien zerstört.

So, wie das Erdoğan-Regime europäische Politiker mit der »Flüchtlings-Karte« ausgespielt und verrückt gemacht hat, so mischt er sich nun auch in die europäischen Informationsmonopole ein. Durch Korruption, Investitionsversprechungen sowie nicht transparente finanzielle Beziehungen zu einem französischen Informationsmonopol erreichte er, dass sogar der Fernsehsender MedNûçe TV, der aus Europa in die Türkei sendete, zensiert wurde.

Wäre der Putsch vom 15. Juli erfolgreich gewesen, hätten Erdoğan und sein Gefolge nicht in Cerablus einmarschieren können. Nun begibt er sich in Syrien in ein großes Abenteuer. Das Ziel ist natürlich nicht, den IS zu bekämpfen, sondern die Rojava-Revolution zu vernichten. Der IS hat sich »umgekleidet, den Bart abgeschnitten« und kämpft mit dem türkischen Staat gemeinsam gegen die Kurden.

Wäre der Putsch vom 15. Juli nicht, könnte Erdoğan die innere Opposition nicht ausschalten sowie die Oppositionellen in der MHP nicht »rechtlich« zurückdrängen. Seine engste Verbündete, die MHP, würde so sicherlich in die Hände der Opposition fallen. Selbstverständlich könnte er auch nicht die Regierung nach seinen persönlichen Vorlieben gestalten, keine »Gesetzesdekrete« durchbringen, das Parlament de facto außer Kraft setzen und die Türkei mit unbegrenzter Autorität regieren.

Und hätte er das Ganze nicht bewerkstelligt, so würde sein Palast dem Boden gleichgemacht, er selbst vielleicht sogar Ende dieses Jahres wegen Korruption, Diebstahl und Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt werden.

Um all das nicht zu erleben, hat er gegen seine eigene Armee, seine eigene Justiz, sein eigenes Parlament, seine selbsternannte Davutoğlu-Regierung und sogar gegen seine NATO-Verbündeten einen Putsch initiiert.

Er hat einen Putsch gegen sein eigenes Volk verübt. Er ist bereit, für seine machthungrigen und egoistischen Interessen gegen die eigene Bevölkerung in den Kampf zu ziehen.

Das heutige Erdoğan-Regime ist ein Putsch-Regime, das keine Legitimation besitzt. Es ist Zeit, dass sich jeder für den gemeinsamen Kampf der Völker gegen ihn in Bewegung setzt und die internationale Solidarität stärkt. ♦

Die Außenpolitik der Türkei und der Putsch

Von der AKP eine demokratische Entwicklung zu erwarten, wäre naiv

Resul Solgün, Journalist

Die Türkei erwachte nach dem Putschversuch vom 15. Juli als eine neue Türkei. Die USA und die EU haben ihr bzw. der AKP-Regierung nicht die erwartete Unterstützung gezeigt. Sie verlautbarten in der Putschnacht lediglich eine Erklärung, in der es ungefähr hieß: »Die Parteien konnten einander nicht besiegen.« Die AKP-Regierung verzweifelte in ihrer Einsamkeit. Ausgerechnet von Staaten, die vor dem 15. Juli noch als Gegner gegolten hatten, kam der erwartete Beistand. Russland, Iran und China verurteilten den Putschversuch und erklärten der AKP-Regierung ihre Unterstützung.

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan begann eine Großkundgebung zu organisieren, nachdem er zuvor die Bevölkerung auf die Straße gerufen hatte. Sie fand am 7. August 2016 in Yenikapı *[Istanbuler Stadtteil]* unter dem Motto »Demokratie und Märtyrer« statt. Eingeladen waren neben der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) auch die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP), die zuvor von Erdoğan selbst als Geschwisterpartei der Demokratischen Partei der Völker (HDP) diffamiert worden war. Erdoğan klammerte sich nach dem Putschversuch an Kräfte wie Iran, Russland, Syrien, die CHP und MHP, die er jahrelang als gegnerische Kräfte angesehen hatte, und grenzte ganz bewusst die HDP aus.

Während der Kundgebung hatten alle geladenen politischen Akteure die Möglichkeit, sich zu äußern. Meiner Meinung nach waren die Worte Erdoğans am bedeutendsten: »Am Sonntag *[Tag der Kundgebung]* werden wir ein Komma setzen, am Mittwoch einen Punkt.«

Am folgenden Mittwoch traf er sich mit dem russischen Staatspräsidenten. Er hatte sich bei Putin, mit dem die Türkei zuvor auf Kriegsfuß gestanden hatte, in einem Brief für das abgeschossene Flugzeug entschuldigt – er hatte mit Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu regelrecht in einem Wettstreit gestanden, wer denn den Befehl zum Abschuss gegeben habe – und ist dann später zu Kreuze gekrochen.

Bei seiner Rückkehr hielt er eine Balkonrede. Auch wenn er den Eindruck vermitteln wollte, dass alle Probleme mit Russland behoben seien und alles prima laufe, dauerte es nicht lange, bis die Realität an die Öffentlichkeit kam. Putin hatte sich lediglich für die Normalisierung der Beziehungen ausgesprochen und die Erwartung Erdoğans, Russland als Alternative zur NATO an seiner Seite zu haben, erfüllte sich nicht. Erdoğan drohte erneut, mit der Türkei wenn nötig aus der NATO auszutreten.

Die europäischen Länder hatten, bevor sie den Putschversuch verurteilten, an die Regierung appelliert, im Umgang mit den Putschisten den Rahmen der Rechtsstaatlichkeit nicht zu verlassen. Amnesty International veröffentlichte Berichte über systematische Folter an Generälen, Offizieren und Soldaten.

Die Türkeireise des anstatt Außenminister John Kerry gekommenen US-Vizepräsidenten Joe Biden war regelrecht eine Überraschung. Er brachte im Vergleich zu früheren Besuchen nichts Nachteiliges zur Sprache, klopfte im Gegenteil der AKP auf die Schulter. Das war eine unerwartete Entwicklung. In dem Russland-NATO-Dilemma vermittelte die Türkei das Bild völligen Einklangs mit den USA. Diese schienen Gefallen daran zu finden.

Die Türkei verzichtete auf Anschuldigungen, die USA seien am Putsch beteiligt gewesen, verstärkte stattdessen den Druck auf sie, Fethullah Gülen auszuliefern.

Als wir eines Morgens mit der Nachricht erwachten, Panzer der türkischen Armee seien in Nordsyrien eingedrungen, waren wir sehr erstaunt. Als wir uns dann aber nach einer Weile das Ergebnis anschauten, nahm unser Staunen noch mehr zu. Die Türkei hatte etwas geschafft, was eine Koalition aus 40 Ländern mit ihren Luftangriffen nicht hatte erreichen können. Der Abschnitt zwischen Azaz und Cerablus (Dscharabulus) war innerhalb einer Woche vom Islamischen Staat (IS) befreit worden.

Die Türkei begründete ihre grenzübergreifende Operation zweifach, mit dem Kampf gegen den IS und der Anwesenheit der Volksverteidigungseinheiten (YPG) westlich des Firats (Euphrats).

Das erste Ziel, Azaz/Cerablus vom IS zu befreien und diese Region militärisch der türkischen Armee und der Freien Syrischen Armee (FSA) zu unterstellen, ist nicht wirklich erreicht, da sich der IS widerstandslos zurückgezogen hat. Es sieht eher nach einer abgesprochenen Übergabe aus als einer erzwungenen Befreiung.

Nachdem der Rückzug der YPG hinter den Firat von USA, YPG und QSD (Demokratische Kräfte Syriens) bestätigt worden war, stellte die Türkei ihren Einspruch zurück. Doch später kündigte Erdoğan an, falls notwendig bis nach Minbic (Manbidsch) und Al-Bab vorzudringen, und erklärte ganz offen ihre Ablehnung eines kurdischen Korridors *[in Nordsyrien]*.

Auch wenn diese Operation den Anschein erweckt, als sei ihr Ziel der Islamische Staat, so war es eine Rückkehr der Türkei nach Syrien, nachdem sie zuvor mit dem Abschuss des russischen Flugzeugs rausgeflogen war. Und ihr eigentliches Ziel besteht darin, einem kurdischen Korridor Einhalt zu gebieten. Diese Operation war eine Intervention der Türkei gegen eine für sie nachteilige Entwicklung an der Grenze, nachdem sie parallel zum arabischen Frühling die Abkommen von Lausanne *[1923]*, Sèvres *[1920]* und den Misak-ı milli (Nationalpakt) *[1920]* zur Diskussion gestellt hatte.

Ein weiteres wichtiges Ereignis in diesem Zusammenhang ist, dass der Ableger der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK-Irak), die PDK-Iran, die noch vor vier, fünf Monaten Iran den Krieg erklärt hatte, vor einigen Tagen die Waffen niedergelegt hat.

So, wie die mit dem arabischen Frühling betretene Phase die Grenzen bedeutungslos werden ließ und in Syrien, Irak, Iran, Libanon, Jordanien und der Türkei zur Anwesenheit von al-Qaida führte, so hat sie auch dazu beigetragen, dass sich Kurden und Schiiten in Irak, Syrien und der Türkei näher kamen.

Es wurde begonnen, die Existenz sunnitischer Staaten zu hinterfragen, die vor hundert Jahren nach der künstlichen Grenzziehung durch die Engländer und Franzosen Kopien ähnlich entstanden waren. So ist die libanesische Hizbollah zur Unterstützung des Regimes in Syrien, Iran unterstützt mit aller Kraft Syrien. Die Grenzen zwischen Irak, Libanon und Syrien büßen allmählich ihre Bedeutung ein, die künstlichen Grenzen von Skyes-Picot verwischen immer mehr und an ihrer Stelle gewinnen natürliche Linien zwischen kurdischen und schiitisch-arabischen und sunnitisch-arabischen an Kontur.

Der Krieg in Syrien, der sich mit türkischem Beitrag zu einem Miniweltkrieg gewandelt hat, steht heute für alles oder nichts. Die sinnlosen künstlichen sunnitischen Grenzen, die vor hundert Jahren gezogen wurden, zerfallen nacheinander. So, wie die Hizbollah in Syrien wirkt, so kämpfen heute Kurden aus dem Norden für Kobanê in Syrien. Skyes-Picot hat nicht nur die Kurden auf die Türkei, Syrien, Irak und Iran verteilt, sondern auch die schiitischen und die sunnitischen Araber gespalten.

Als die Legitimität des kemalistischen Regimes und anderer ihm ähnelnder Regime im Mittleren Osten, wie die Baath-Regimes, immer stärker zur Diskussion gestellt wurden, begannen auch die Debatten um Misak-ı Milli. Genau an diesem Punkt kam die Erklärung von Präsident Erdoğan, dass das Abkommen von Lausanne eine pure Niederlage sei. Wird die Anwesenheit der Türkei in Cerablus ähnlich wie in Beshiqa eine Besatzung werden? Wird die Türkei im Dreieck Cerablus, Azaz und Helep (Aleppo) Ansprüche anmelden oder eher in Mûsil (Mosul) und Kerkûk (Kirkuk)?

Es steht zu erwarten, dass sie die nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches entstandenen Grenzen in Frage zu stellen beginnen wird, um in Aleppo und Mûsil Ansprüche zu stellen.

Nach dem Putsch gab es zwei verschiedene Erklärungen der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Zacharova während der Phase der Unterstützung für die AKP: »Die Welt hat jetzt besser verstanden, was der Putsch ist« und »Wir haben nicht die AKP, sondern das internationale Recht, d. h. die legitim gewählte Regierung unterstützt«. Trotzdem hat Russland der AKP die militärische Kontrolle über den Abschnitt Cerablus-Azaz erlaubt.

Das ist nicht schwer nachzuvollziehen. Für Russland ist das eigentliche Ziel nicht Cerablus und Azaz, sondern vielmehr die Bestandsgarantie für Assad und Syrien. Daher wollte es nach seiner einjährigen Militärintervention die PYD zur Genf-III-Konferenz einladen (trotz US-Widerstand) und mit einem Teilzugeständnis der Föderation/Autonomie an die PYD/YPG am einfachsten und kostengünstigsten aus dem Syrienkrieg herauskommen. Mit seiner Politik von Zuckerbrot und Peitsche schreckt Russland seine Feinde und zähmt die anderen.

Nach der militärischen Intervention Russlands haben die »oppositionellen« Kräfte begonnen, noch klarer ihre Grenzen zu ziehen. Die FSA wurde aufgerufen, sich entweder an die Seite al-Qaidas zu stellen oder gemeinsam mit Russland/Assad am Verhandlungstisch Platz zu nehmen. Die annähernd 700 Waffenstillstandsabkommen in der Region sind wie ein Beweis dafür.

Im Endeffekt hat Russland vielleicht über die Anwesenheit der Türkei in Syrien hinweggesehen, dafür aber im Süden Syriens die Assad-Gegner liquidiert, was auch das eigentliche Ziel war.

War das Verhalten Russlands klar ersichtlich und nachvollziehbar, war es umso schwieriger, die Haltung der Amerikaner und Deutschlands zu verstehen. Die USA und Russland hatten die Türkei dazu gedrängt, den 98 km langen Grenzabschnitt zwischen Azaz und Cerablus auf türkischer Seite zu kontrollieren und zu sichern. Die Türkei aber wollte diese Grenzsicherung nicht auf ihrer, sondern wie einen schmalen Streifen auf der syrischen Seite, was sie mit ihrer Intervention in Cerablus auch erreicht hat.

Dass der Friedensprozess von heute auf morgen beendet wurde, lag daran, dass sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Kurden entwickelte. Während die AKP als Player in Irak, Syrien und der Türkei agieren und ihr Territorium erweitern wollte, standen die Kurden kurz davor, ihre von der Türkei im Vertrag von Sèvres zugesprochenen Rechte zu erhalten.

Als aber die Bedrohung der Kurden durch diese Unternehmung, die als Operation gegen den IS ausgegeben worden war, Gestalt anzunehmen begann, hingen die USA ihre eigene Flagge an YPG-Stützpunkte. Sie hatten der Türkei kein grünes Licht für Al-Bab und Minbic gegeben. Den Einheiten der türkischen Armee und FSA war es nur gestattet, 20–25 km von der Grenze entfernt zu operieren. Kurz bevor das Vorhaben der Türkei, den kurdischen Korridor zu verhindern, vor dem Scheitern stand, fiel am 3. Oktober 2016 Arima. Arima ist die letzte Wohnsiedlung vor Al-Bab und die YPG standen bereits 20 km vor Al-Bab.

Vor all diesen Entwicklungen war Barzanî nach Irak gereist und die PDK-Iran hatte ihre Waffen niedergelegt. Und es bedeutet, dass die USA noch nicht bereit sind für die Revision von Skyes-Picot. Der Grund dafür, dass bislang kein Unabhängigkeitsreferendum in Südkurdistan abgehalten worden ist, obwohl es Barzanî seit 2014 fast jeden Monat ankündigt, ist das fehlende Einverständnis der USA. Die Einheit Syriens soll wie in Irak erhalten werden. Das hat zwei Kräfte ins Leere laufen lassen: die PDK und die AKP.

Dass der Friedensprozess von heute auf morgen beendet wurde, lag daran, dass sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Kurden entwickelte. Während die AKP als Player in Irak, Syrien und der Türkei agieren und ihr Territorium erweitern wollte, standen die Kurden kurz davor, ihre von der Türkei im Vertrag von Sèvres zugesprochenen Rechte zu erhalten. Deshalb kommt eine Diskussion von Lausanne auch einer Diskussion um Sèvres gleich. Lausanne hatte auf der Verleugnung von Kurden und der Teilung nach schiitischer und sunnitischer Konfession gefußt. Sèvres hingegen war an die natürlichen nationalen und konfessionellen Grenzen angelehnt gewesen.

Genau zu dieser Zeit ereignete sich am 15. Juli der Putschversuch. Die Türkei bewegte sich aufgrund der Flut von Dschihadisten, der Diskriminierung und Ausgrenzung sowie ihrer Probleme in der Regierungsfähigkeit auf eine Spaltung zu. Die Selbstverwaltungsdeklarationen von Cizîr (Cizre), Sûr und Nisêbîn (Nusaybin) und die Zerstörung der kurdischen Städte beschleunigten diesen Prozess. Diese Spaltungsgefahr war einer der Gründe, warum die Putschisten »Frieden im Land, Frieden in der Welt« propagierten. Sie präsentierten sich im staatlichen Fernsehen TRT als Verfolger einer mit den USA, Russland, der EU und der NATO koordinierten Politik.

Sollte sich die Türkei über Azaz/Cerablus hinaus bewegen und die YPG bzw. Rojava angreifen, wird sie auf die Situation vor dem 15. Juli zurückgeworfen werden. Auch wenn es heißt, sie habe sich nach dem 15. Juli sehr verändert, so gilt das nicht für ihre Außenpolitik. Das, was sich verändert hat, ist der Umstand, dass der bis dahin vom IS kontrollierte Grenzstreifen von 98 km nun von FSA-Legionären überwacht wird.

Von einer AKP, die ihre ganze Innen- und Außenpolitik auf Diskriminierung und Erniedrigung stützt, zu erwarten, sich zu einer demokratischen Kraft zu entwickeln, wie es bis ins Jahr 2010 von der EU und den USA gefordert wurde, wäre naiv. Sie hat eine feindselige Politik gegen CHP, Ergenekon, MHP, Gülen-Gemeinde und später gegen HDP und Kurden verfolgt. Auch außenpolitisch hatte sie keine Probleme, Feinde zu finden. Ihr gelang es immer, jemanden zu finden, sei es Sarkozy, Merkel, Putin, Assad, Sisi ... Staatschefs zum Erniedrigen oder Anfeinden waren nicht schwer zu finden.

Die angeführten Punkte beweisen, weshalb die AKP nicht, wie von den USA und der EU gefordert, zu ihrer Haltung von vor 2010 und den festgelegten Bedingungen von Sykes-Picot zurückkehren wird. Die Türkei hat die Phase, sich mit den Kurden an einen Tisch zu setzen, hinter sich gelassen. Sie kann mit dieser Diskriminierungs- und Ausgrenzungspolitik mit den Demokraten und mit dem islamisierten Bildungssystem mit den Aleviten, mit der Zerstörungspolitik in den kurdischen Städten mit den Kurden und mit der Beschlagnahme

der Gülen-Unternehmen mit der Gülen-Gemeinde keinen Frieden mehr schließen.

Frei nach Karl Marx – »Sie können jetzt den kapitalistischen Staat frei von all seinen Illusionen in seiner nackten Form sehen« – wird der 15.-Juli-Putschversuch sowie der »Geist von Yenikapı« nur die innenpolitischen Konflikte aufschieben. Alle Machtcliquen, die Teil der staatlichen Existenzberechtigung sind, werden in dieser Phase aktiv werden. Während die AKP die Türkei in eine Ruine verwandelt und in den Bürgerkrieg treibt, werden andere Kräfte wie Nationalisten, Ergenekon, Islamisten, Faschisten dem nicht stillschweigend zusehen.

Der 15. Juli endete nicht mit einem Putsch, sondern verschaffte der AKP einen Zeitgewinn, der eigentliche Kampf wurde lediglich verschoben. Dieser Kampf wird früher oder später geführt werden. CHP und MHP haben in dieser Phase die AKP unterstützt, damit kein Machtvakuum entsteht. Alle Machthaber wissen genau, dass ein solches Vakuum die Türkei in ein Syrien verwandeln könnte. Sollten die notwendigen Bedingungen gereift und die Unterstützung von außen gesichert sein, so wird sich die Türkei vor einem zweiten Putsch wiederfinden.

Entgegen unseren Erwartungen, nach dem 15. Juli einer ganz anderen türkischen Außenpolitik zu begegnen, stehen wir heute einer noch viel aggressiveren (Außen-)Politik gegenüber. Während die AKP die Türkei wegen Mûsil/Beshiqa und Aleppo/Cerablus in Gefahr bringt, erhält sie sowohl von der MHP als auch von der CHP volle Rückendeckung für diese aggressive Außenpolitik. Infolge dieser Unterstützung sind wir jetzt so weit, dass die Türkei Ansprüche sowohl im Falle Mûsils als auch Aleppos stellt und Irak und Syrien offen bedroht: »Wir werden uns weder aus Cerablus noch aus Beshiqa zurückziehen.« Die Äußerungen gegenüber dem irakischen Ministerpräsidenten Haider al-Abadi und das Ignorieren der US-Aufforderung sowie das Beharren darauf, in Beshiqa zu bleiben, haben die Türkei noch weiter isoliert, als sie es vor dem 15. Juli schon war.

Während sich der mit Zustimmung der USA und Russlands 20–25 km weit innerhalb Syriens entstandene Grenzsicherungsstreifen in ein Besatzungsgebiet der Türkei verwandelt hat und sie bei der Mûsil-Operation den internationalen Mächten keine Beachtung schenkt, durchkreuzt sie als »Player« die Pläne etlicher anderer Kräfte.

Die warmen Botschaften Putins an Erdoğan auf dem Weltenergiekongress und das Zurücktreten der Türkei im Hinblick auf Aleppo ist ein Anzeichen dafür, dass die Türkei in ihrer Außenpolitik zumindest keine antirussische Politik verfolgen wird. Der Einmarsch in Cerablus war nur möglich, weil Russland sein Luftverteidigungssystem deaktiviert hat. Eine russlandnahe oder zumindest nicht gegen Russland gerichtete Politik wird zwar der Türkei Freiraum verschaffen, aber das Problem ist, dass ihr Ziel ein antikurdisches ist.

Es hat den Anschein, als werde diese kurdenfeindliche Politik der Türkei in Mûsil/Beshiqa und auf der Aleppo-Cerablus-Azaz-Linie in naher Zukunft einiges abverlangen. Auch wenn die Mûsil-Operation noch nicht feststeht, so ist die Türkei schon jetzt gewissermaßen aus Irak ausgeschlossen. Und in Cerablus ist sie mit der klaren Linie konfrontiert, die YPG nicht angreifen zu dürfen.

Das Problem ist weniger die kurzfristige Positionierung der Türkei, sondern vielmehr die Strategie der USA und Russlands für den Mittleren Osten in den nächsten dreißig Jahren. Die Fakten sind noch nicht eindeutig, ob diese Gleichung über die Weiterführung von Skyes-Picot oder über neue Grenzziehungen gelöst werden wird. Die Lösung eines dreigeteilten Irak (arabisch-schiitisch, arabisch-sunnitisch und kurdisch) und eines zweigeteilten Syrien scheint immer wahrscheinlicher und der zunehmende Druck auf die Türkei, zum Friedenstisch zurückzukehren, rückt sie immer mehr an den Tisch mit der PKK. Die Dolmabahçe-Deklaration oder das Gesetz über Autonomie für lokale Verwaltung werden der Türkei aufgezwungen.

Diese Fakten deuten darauf hin, dass in naher Zukunft in Irak, Syrien und der Türkei ein System kurdischer autonomer Regionen entstehen wird, genau das, was die Türkei mit aller Kraft zu verhindern sucht: die kurdische Realität. Die militärische Anwesenheit der Türkei in Mûsil und Cerablus/Azaz ist zur Verhinderung dieser Realität gedacht.

Die Gefahr, auf die Obamas Sonderbeauftragter Brett McGurk hinwies (»Die Kurden sind kurz davor, einen historischen Moment zu verpassen«), bezieht sich darauf, dass die Kurden erneut von bestimmten Mächten (vier Mal durch die USA und ein Mal durch die UDSSR) »verkauft« werden *[wie zuvor schon in der Geschichte erst unterstützt und dann fallengelassen]*, wenn sie keine Einheit untereinander bilden.

Die Politik im Mittleren Osten ändert sich mit jedem Augenblick, so dass es notwendig ist, sich auf die Region und die sich verändernden Grenzen zu konzentrieren. Die Kurden können diese Entwicklungen nicht nur als Zuschauer verfolgen. Sie müssen ihre Einheit herstellen, sei es mit der PDK oder ohne sie. ♦

Die Rathäuser, das Zwangsverwaltungsgesetz und seine Auswirkungen

Fortsetzung des Krieges mit Ausnahmezustandsverordnungen

Gültan Kışanak, Ko-Oberbürgermeisterin von Amed und Vorsitzende von GABB

Polizei, Soldaten und gepanzerte Fahrzeuge umstellten am 11. September 2016 um 7 Uhr morgens 24 von der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) verwaltete Rathäuser. Es wurden Razzien in diesen Rathäusern durchgeführt. Gleichzeitig unterbrachen die Telekommunikationsfirmen gerade in diesen Städten den ganzen Tag über die Verbindung ins Internet. Nicht nur die Rathäuser, sondern die gesamte kurdische Bevölkerung unterlag einer Totalisolation. Diejenigen, die von dieser Zwangsverwaltung erfahren hatten, ihre Stimmen auf die Straße tragen und zu diesem Zwecke vor den Rathäusern protestieren wollten, wurden von der Polizei daran gehindert und es kamen zahlreiche Menschen in Untersuchungshaft. Diese Beschlagnahmungspolitik können wir mit einem Satz schildern: Die AKP-Regierung versucht diejenigen Rathäuser, die sie nicht auf demokratischem Wege erobern konnte, im Schatten des Krieges mit den Mitteln des Krieges zu bekommen.

Wenn man sich die politische Arena der letzten fünfzehn Jahre in der Türkei genauer anschaut, so wird man feststellen, dass die Kurdinnen und Kurden auf der Basis der demokratischen Politik mit festen Schritten und immer mehr an Kraft gewinnend ihren Weg verfolgen und es auf der Grundlage der Basisdemokratie bis hierher gebracht haben. Die kurdische Bevölkerung, deren Identität seit Gründung der türkischen Republik verleugnet worden ist und der seither sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene ihre Selbstbestimmungsrechte verwehrt worden sind, konnten erstmals 1999 in Form einer politischen Partei an Kommunalwahlen teilnehmen. In den darauffolgenden fünfzehn Jahren konnte man seinen Weg verfolgen und viele Erfahrungen im Zusammenhang mit der Basisdemokratie sammeln. Bei den Kommunalwahlen im Jahre 2014 konnte die Partei für Frieden und Demokratie (BDP), die anschließend in der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) aufging, 11 Provinzen, davon 3 Großstädte, 68 Kreisstädte, 23 Gemeinden für sich gewinnen. Dabei wurde der Bevölkerung versprochen: Stärkung und Ausprägung der Basisdemokratie, Fortführung des Verständnisses der multilingualen Gemeindeleitung, Ausprägung des Kampfes für die gesellschaftliche Gender-Gleichheit, Entwicklung einer aus der ökologischen Perspektive resultierenden Politik und Anwendung einer Politik, die nicht zur Klassifizierung führt, sondern die sozioökonomischen Missverhältnisse verringert. Dass nun Zwangsverwaltungen auf die Tagesordnung gesetzt worden sind, soll dazu dienen, die Partei der Demokratischen Regionen (DBP) an der Realisierung ihrer angestrebten Politik zu hindern.

Nachdem die Demokratische Partei der Völker (HDP) bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 einen Wahlerfolg erzielt hatte, wurden in einem ersten Schritt Inspektor_innen zur Untersuchung der DBP-regierten Rathäuser einberufen. In organisatorischer, politischer und finanzieller Hinsicht wurden all diese Rathäuser einer nicht gerade objektiven Beurteilungsphase unterzogen. Als Resultat dieses Kontrollmechanismus konnte der Staat jedoch keinerlei »Defizite« feststellen, die er seinerseits für eigene Zwecke hatte verwerten wollen. Im August 2015 kamen die immer lauter werdenden Forderungen der Bevölkerung nach einem selbstverwalteten Leben zum Ausdruck und seitdem hat auch die türkische Regierung angefangen, Diskussionen über das Zwangsverwaltungsgesetz offen zu führen. In den darauffolgenden Monaten wurden etliche Bürgermeister_innen aus ihren Ämtern entlassen und verhaftet. Bei einer genaueren Betrachtung kann man festhalten, dass ein weiterer Grund für den gesteigerten Druck auf die Rathäuser vor allem die Tatsache war, dass im Gegensatz zur kriegerischen Haltung der Regierung die DBP-Rathäuser sich stets für den Friedensprozess ausgesprochen und die Basisdemokratie verteidigt haben. In Städten, in denen keinerlei Häuserkämpfe stattgefunden haben, wurden die Rathäuser von der Regierung offen ins Visier genommen und diese Tatsache verdeutlicht die wahren Absichten der AKP-Zentralregierung, nämlich die Zwangsübernahme aller demokratisch gewählten Rathäuser.

Als das Zwangsverwaltungsgesetz zum ersten Mal als Gesetzesvorlage ins Parlament getragen wurde, konnte es wegen der effektiven Gegenwehr der Oppositionsparteien nicht verabschiedet werden. Danach wurde es auf der Grundlage des ausgerufenen

Ausnahmezustands ohne parlamentarische Zustimmung mit der Unterzeichnung durch den Ministerrat sowie den Staatspräsidenten verabschiedet. Man muss ganz klar festhalten, dass die Verabschiedung dieses Zwangsverwaltungsgesetzes überhaupt nichts mit dem Putschversuch zu tun hat. Die AKP-Regierung hat wie jede andere Regierung, die nicht der Demokratie zugetan ist und deshalb häufig zu solchen Methoden greift, unter dem Vorwand der »Terrorismusbekämpfung« damit begonnen, die DBP-Rathäuser zu konfiszieren. Diese Politik der Beschlagnahmung darf nicht nur als institutionelle Übernahme der Rathäuser durch die Anwendung von Zwang aufgefasst werden, sondern als ein Versuch, den von 1999 bis 2014 andauernden demokratischen Lösungswillen zunichtezumachen. Oder anders ausgedrückt: Das Zwangsverwaltungsgesetz muss als ein Eingriff aufgefasst werden, der statt der von der kurdischen Bewegung implizierten Verhandlungen und Frieden die Kriegspolitik der Regierung offenbart.

Aufgrund der Tatsache der zentralistischen Struktur des türkischen Staates verfügen die Rathäuser im Vergleich mit den europäischen Ländern unzweifelhaft über begrenzte Befugnisse und einen begrenzten Handlungsspielraum. Die kommunalen Verwaltungsstrukturen spielen für die Kurdinnen und Kurden vor allem vor dem Hintergrund, dass sie eine gesellschaftliche Plattform zur Selbstbestimmung des eigenen Schicksals darstellen, eine überaus wichtige Rolle. Aus diesem Grunde ist der Erfolg der basisdemokratischen Strukturen aus kurdisch-gesellschaftlicher Perspektive mit dem Frieden gleichzusetzen und ihr Scheitern mit Krieg und der Unlösbarkeit des Konfliktes. Der türkische Staat versucht mit seiner Politik der Zwangsverwaltungen sowohl die Hoffnung auf ein Leben in Frieden zu zerstören als auch die auf demokratischem Wege erhoffte Zukunft zu rauben. Wenn das nicht der Wahrheit entspricht – warum haben dann die Zwangsverwalter in Rathäusern wie in Êlih (Batman), das kurdisches Theater unterstützt hat, oder in Farqîn (Silvan), wo es Unterstützung für die gesellschaftliche Gendergleichheit gab, gerade diese gesellschaftlichen Aktivitäten eingestellt und für beendet erklärt? ♦



Nach Beendigung der Kämpfe hat das türkische Regime die westlichen Stadtteile von Cizîr enteignet und in eine Steinwüste verwandelt. Foto: Hinrich Schultze | dokumentarfoto.de

Ein Kommentar zu den bisherigen Reaktionen auf die Zwangsverwaltung

Lieber ehrenhaft in die Hölle als sich mit Erdoğan den Himmel teilen

Ali Haydar Kaytan PKK-Gründungsmitglied und Mitglied der KCK-Führung

Es ist eine der tragischen Geschichten von Eduardo Galeano, die ich gelesen habe.

Als Amerika von den europäischen Kapitalisten besetzt wurde, haben sich Ureinwohner vielerorts entweder erhängt oder zusammen mit ihren Kindern den Tod durch Gift gewählt. Den Tod zu wählen ist auch eine Form des Widerstands, ein Racheakt an den Besatzern. Die westlichen weißen Männer können diese Rache nicht vermeiden, wissen sie jedoch sehr gut einzuordnen. Für sie sind die Indianer Wilde, Menschen, die denken, alles gehöre allen, von Geburt an schlecht und faul. Um nicht arbeiten zu müssen, haben sie sich eigenhändig vergiftet oder erhängt und so ihrem Leben ein Ende bereitet.

Der Indianerhäuptling Hatuey aus der Region Guahaba bringt sich nicht um; mit seinem Volk flieht er im Kanu aus Haiti in die Höhlen und Berge Ost-Kubas. Er zeigt dort seinem Volk einen Korb voll Gold und sagt: »Das ist der Gott der Christen. Aus diesem Grund jagen sie uns. Deshalb sind unsere Väter und Geschwister gestorben. Lasst uns also tanzen. Wenn der Tanz diesem Gott gefällt, wird er ihnen das schlechte Verhalten uns gegenüber verbieten.«

Hatuey wird drei Monate später festgenommen. Indigene Kopfgeldjäger binden ihn an einen Pfahl. Bevor das Feuer um ihn herum brennt, kommt ein Priester und verspricht ihm Ruhm und ewigen Trost, wenn er sich taufen lasse. Hatuey fragt, ob es in diesem Himmel auch Christen gebe. Als der Priester bejaht, wählt Hatuey ohne zu zögern die Hölle, und daraufhin fängt das Holz Feuer.

Ich weiß, dass Menschen, die keinen Kontakt mit ihrer Gesellschaft haben, die an gesellschaftlichen Problemen uninteressiert und ahnungslos sind im Hinblick auf Freiheit, über diese Geschichte lachen und sie vergessen werden. Diese Menschen werden auf die Worte und die Haltung Hatueys ähnlich reagieren wie auch auf lustige Witze. Sie werden die Weisheit seiner Worte und seine Haltung nicht verstehen und erkennen. Diese Annäherungsweise bringt sie nicht Hatuey näher, sondern denen, die ihn zu Asche verbrannt haben. Es ist eine der großen Fertigkeiten des Kapitalismus, die Gefühlswelt von in Sklaverei lebenden Menschen in eine Wüste zu verwandeln. Wie es in der Bibel heißt, sehen sie mit ihren Augen, doch erkennen nicht. Sie hören mit ihren Ohren, aber verstehen nicht; denn ihre Herzen sind taub. Es sind Menschen, die von der Geschichte getrennt und im Gefängnis des Individualismus gefangen sind.

In den Augen eines im Alltagstrott Gefangenen hat diese Geschichte keine andere Bedeutung als die Flucht eines Primitiven vor der Zivilisation. Doch dieselbe Geschichte kann bei jemand, der von seinen eigenen Wurzeln nicht abgetrennt ist, zu einem Gefühlsausbruch führen. Vielleicht gibt es ähnliche Ereignisse in der Vergangenheit seines eigenen Volkes. Ich habe persönlich von ähnlichen Begebenheiten während des Dersim-Massakers 1937/38 gehört. Aus diesem Grund bringt mich insbesondere jede Erzählung über den Genozid an den Indianern zur Vergangenheit von Dersim, den Genozid, zurück. Zwischen dem kapitalistischen Überfall in Amerika und dem Massaker in Dersim besteht eine typische Ähnlichkeit. In beiden ist die Sichtweise auf die Menschen, die sich nicht beugen wollen, dieselbe. Auch den Menschen in Dersim wird der Stempel der Wildheit aufgedrückt. Sie werden als faul dargestellt. Als Menschen, die den Sinn des Lebens darin sähen, ihren Hunger zu stillen. Diese Menschen wüssten nicht durch mehr Arbeit mehr Geld zu gewinnen, zu horten und anzusammeln. Aus diesem Grund entsprechen sie nicht der Logik des Besatzers.

Die Menschen aus Dersim sind dem verbunden, was ihnen heilig ist. Deshalb wissen sie sich selbst und das, was ihnen heilig ist, zu verteidigen. Sie machen nicht leicht Zugeständnisse an ihre Haltung der Selbstverteidigung. Selbst der am harmlosesten wirkende Mensch hat sicherlich einen Dolch unter dem Kissen. Die Kemalisten waren sich dessen bewusst und sammelten zuallererst die Waffen ein. Ein großer Teil der Stämme wurde mit Worten gelockt und ein bedeutender Teil ihrer Waf-

fen wurde in den Militärstationen übergeben. Als das Massaker begann, haben sie den Betrug verstanden. Der Anführer des Haydaran-Stammes Hıdır Ağa klagte: »Als wir unsere Waffen einsammelten und in Nazımiye übergaben, waren alle Berge beleidigt.« Der Feind hatte seine Zelte nahe dem Gipfel Koê Jele aufgeschlagen. Hıdır Ağa: »Der Gipfel des Bergs Jele wurde spiegelglatt unter den Füßen der feindlichen Soldaten.«

Ein Verräter verrät zuerst sich selbst

Der moderne Mensch ist ein blinder, tauber, stummer und skrupelloser Betrüger. Der Ort, an dem er sich bewegt, erinnert an einen Friedhof. Er selbst gleicht einer lebenden Leiche. Er ist nur so lebendig wie ein Geist. Er ist der Erde, den Bergen, Wäldern und dem Wasser entfremdet. Entfremdung ist identisch mit Verrat. Eine Person kann nur ihre Nächsten verraten. Was kann jemand näher sein als die eigene Gesellschaft! Wer kann euch näher sein als ihr selbst? In diesem Sinne verrät ein Verräter zuerst sich selbst. Er realisiert den Verrat mit dem Vergessen, dass er eine historische gesellschaftliche Existenz ist. Jemand, der sich selbst verrät, hat alles und jeden verraten. Der unberührte und noch nicht mit dem Dreck der Zivilisation infizierte kurdische Mensch weiß den Wert der Erde, der Berge, Wälder und des Wassers zu schätzen. Denn ohne diese ist ein Leben als Mensch nicht möglich. Mit diesen Werten zu brechen, bedeutet einen Bruch mit den eigenen Wurzeln. Ein Samenkorn, das vom Wind zwischen die Pflastersteine geweht wird, versucht sich mit dem vom Wind herbeigetragenen bisschen Erde ans Leben zu klammern. Aber niemals wird es sich tief verwurzeln können. Genau das ist das Schicksal eines Menschen, der von seinen eigenen Werten getrennt ist.

Gegen den Kapitalismus zu sein und sich seiner Moderne anzupassen – diese Haltung kann keinen Erfolg haben. Es ist unausbleiblich, dass die Zersplitterung der Gefühls- und Gedankenwelt die Widerstandsreihen zerstört. Die erste Voraussetzung für Widerstand ist die Loslösung..

Zweifellos waren wir früher eine ungenügend organisierte Gesellschaft. Der türkische Staat hingegen war organisiert und wusste genau, was er wollte. Aus diesem Grund sind wir trotz unseres Widerstandes gebrochen worden. Die Kolonialisten haben sogar die Neugeborenen abgeschlachtet, damit wir uns nicht noch einmal erheben. Sie haben gegen uns die Deportation und Züchtigungsmethoden angewandt. Lange Jahre wurden wir in der Stille begraben. Unsere Zungen wurden paralysiert, dass wir keinen Laut von uns geben konnten. Wir wurden zur niedrigsten Form eines Volkes degradiert, dessen Ehre in Beschlag genommen worden war. Es bestand so gut wie keine Aussicht mehr auf eine Hoffnung. Auf dem Mutterboden ist der Widerstand von Neuen gesprossen. Der Feind hat über einen Zeitraum von vierzig Jahren versucht, diesen Widerstand zu brechen, aber er hat es nicht geschafft. Wir haben eigentlich Entwicklungen geschaffen, die mit der Überwindung einer wasserlosen Wüste zu vergleichen sind. Als Gesellschaft haben wir uns gewissermaßen der Befreiung genähert. Genau dann, als sich am Horizont die Oase zeigte, haben einige förmlich schlappgemacht. Während wir unsere Tempo eigentlich steigern müssen, um das Wasser zu erreichen, sind wir an dem Punkt angekommen, vor Durst fast im Sterben zu liegen.

Tritt man so für seine Werte ein?

Diese Urteile können schwer wiegen. Doch wenn man sich das Desinteresse gegenüber der Besetzung der Kommunalverwaltungen auf Befehl der Karikatur eines Diktators betrachtet, muss man akzeptieren, dass diese Worte noch leicht sind. Tritt man so der Besatzung entgegen, die unter Marschmusik riesige türkische Flaggen an den Kommunalgebäuden aufhängt? Das dort ist der gemeinsame Wert der Gesellschaft! Tritt man so für seine Werte ein? Warum folgt keine Reaktion auf den Raub eines Wertes, der so viel Schmerz gekostet hat, wie bei einem Bauern gegenüber einem Dieb in seinem Garten? Es tut wirklich weh, wie manche, die behaupten Politik zu machen, über die Besetzung einer dieser Institutionen nicht die Besorgnis aufbringen wie für ihre Haare, ihre Kleidung und ihr Äußeres. Einige stumme Proteste reichen sicherlich nicht aus, um da den eigenen Stolz zu retten, geschweige denn die eigenen Werte zu schützen.

Während die faschistische Diktatur vom Genozid träumt und ihre ganze Kraft mobilisiert, den Traum von heute schon morgen zu realisieren, ist es gelinde gesagt Selbstbetrug, von Frieden zu schwafeln. Das Erste, was in einer solchen Situation getan werden muss, ist es, alle Verbindungen mit diesem Regime zu trennen und es mit seinem nackten Gewaltapparat alleinzulassen. Gegen den Kapitalismus zu sein und sich seiner Moderne anzupassen – diese Haltung kann keinen Erfolg haben. Es ist unausbleiblich, dass die Zersplitterung der Gefühls- und Gedankenwelt die Widerstandsreihen zerstört. Die erste Voraussetzung für Widerstand ist die Loslösung. Von Widerstand ohne Loslösung zu sprechen ist Heuchelei. Selbst wenn als Ergebnis des ausbleibenden Bruchs mit dem Kolonialismus das Paradies wartet, ist es tausendmal ehrenhafter, den Weg in die Hölle zu nehmen, um sich mit Erdoğan und seinem Regime nicht den Himmel teilen zu müssen. Auch wenn der Preis dafür ist, im Feuer zu Asche zu verbrennen. ♦

Was der Angriff auf kurdische und oppositionelle Medien über die »neue« Demokratie in der Post-Putsch-Türkei aussagt

Nach dem Putsch ist vor dem Putsch

Rosa Burç, Politikwissenschaftlerin

Bereits eine Woche nach Vereitelung des Putschversuchs vom 15. Juli wurden die Straßenschilder in Istanbul ausgetauscht. Will man heute von der europäischen auf die asiatische Seite, so fährt man nicht mehr über die »Bosporus-Brücke«, sondern über die »Brücke der Märtyrer des 15. Juli«. Präsident Erdoğan erklärte den Ausnahmezustand und ließ täglich Demokratiekundgebungen stattfinden. Der Ausnahmezustand werde die Grundrechte nicht verletzen und die Bürger würden ihren Alltag wie gewohnt fortsetzen können, erklärte er. Denn man bereinige ja »nur« den Staat von den Putschisten.

Erdoğan betonte ausdrücklich, dass der Ausnahmezustand lediglich zum Schutze der Demokratie notwendig sei und der Staat sich vor sich selbst schützen müsse. Zeitgleich patrouillierten Spezialeinheiten der Polizei in allen Hauptstraßen großer Städte und führten willkürliche Personenkontrollen und Festnahmen durch. Dies alles diene der türkischen Demokratie, die mit dem 15. Juli wieder zu sich gefunden habe, so Erdoğan. Also eine Demokratie per Notverordnung.

Doch kann überhaupt noch von Demokratie die Rede sein, wenn ein Land im Ausnahmezustand und per Dekret des Staatspräsidenten regiert wird? Rein ontologisch ist der größte Feind von Militärputschen die Stärkung und Vertiefung der Demokratie und nicht die Abschaffung ihrer Institutionen.

Dass der Putschversuch einen zivilen Putsch geboren hat, wurde spätestens mit der Schließung der letzten oppositionellen und kurdischen Rundfunkanstalten Anfang Oktober deutlich. Im Visier der Regierung stehen lange nicht mehr nur die zum Feind stilisierten Anhänger der Gülen-Bewegung, die für den Putschversuch vom 15. Juli verantwortlich gemacht werden, sondern die »traditionellen Feinde« der Republik: Oppositionelle und Kurden.

Wie sonst lässt sich erklären, dass per Dekret des Staatspräsidenten die Schließung eines Kinderkanals erzwungen wurde, der lediglich Kindersendungen wie »Spongebob – Schwammkopf« oder »Die Schlümpfe« in kurdischer Synchronisation zeigte? Den Kurden wird zunehmend der Raum für eine eigene Stimme, sei es auch »nur« ein alternatives Sendeprogramm für kurdische Kinder, genommen. Begründet wird dies mit »notwendigen Maßnahmen gegen terroristische Propaganda und Organisation« und rechtlich abgesichert mit Notverordnungen im Rahmen des Ausnahmezustandes, der zuletzt um weitere drei Monate verlängert wurde.

Zahlreiche Oppositionelle, Anwälte, Menschenrechtler, Politiker, Bürgermeister, Journalisten, Intellektuelle, Kulturschaffende, Radio- und Fernsehanstalten, Verlagshäuser und Zeitungen, die die Kurdenfrage thematisieren und sich der Demokratiefrage in der Türkei widmen, sind in der Post-Putsch-Türkei massiven staatlichen Angriffen ausgesetzt. Obwohl es sich ja, laut Regierung und Staatspräsident Erdoğan, um einen »Krieg gegen die Feinde der Demokratie« handle, die betont eine türkische sei.

Die Türkei erlebt in der Phase nach dem 15. Juli vielmehr ein Revival des »Regimes der nationalen Einheit«, in dem nur diejenigen Platz finden, die sich mit der allbekannten Parole »eine Nation, eine Flagge, ein Staat, ein Vaterland« identifizieren. Es ist der Versuch, die Türkei zurück auf ihre Werkseinstellungen zu setzen, also ein Narrativ ausgehend von den Losungen »Wie glücklich ist der, der sich Türke nennt« und »Die Türkei den Türken« erneut salonfähig zu machen.

Nachdem 1980 das türkische Militär zum dritten Mal in der Geschichte der Republik geputscht hatte, erschien die kurdische Zeitung unter dem Namen »Hawar«, was in kurdischer Sprache so viel bedeutet wie »Hilferuf, Klage«. Sie wurde damals von Inhaftierten des für seine Foltermethoden bekannten Gefängnisses von Amed (Diyarbakır) handschriftlich verfasst. Sie war somit im Grunde eine »Klageschrift«. So lässt sich auch vielleicht am besten die kurdische Pressegeschichte beschreiben. Denn nur in den von Kurden herausgebrachten Zeitungen wurden die Missstände in den Gefängnissen, die

Repressionen des Staates und die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen thematisiert.

Die Tageszeitung Özgür Gündem hat sich der Fortführung dieser Tradition angenommen, die mit der Hawar-Zeitung im Gefängnis von Amed begonnen hatte. Sie wurde in den 1990er Jahren mit der Idee gegründet, den Kurden und demokratischen Kreisen ein Sprachrohr zu geben, und wurde aus diesem Grund oft zur Zielscheibe verschiedener Regierungen. Ihre Redaktionsräume wurden unter der Regierung von Tansu Çiller zwei Mal bombardiert, viele Redakteure verloren ihr Leben in Untersuchungshaft, wurden auf offener Straße erschossen oder waren gezwungen, das Land zu verlassen. Bekanntlich waren die 1990er Jahre eine dunkle Zeit in der Türkei, besonders mit Blick auf Presse- und Meinungsfreiheit.



Trotz Verbot unabhängiger Medien, die Zeitungen werden, trotz der Gefahr, eventuell festgenommen zu werden, zur Bevölkerung getragen. Foto: DIHA

Aus diesem Grund hat die Tageszeitung Özgür Gündem, die vergangenen September zum 50. Mal verboten und geschlossen wurde, eine besondere Stellung im Bewusstsein demokratischer Kräfte des Landes. Dass heute immer noch mit der Begründung der »Terrorpropaganda« Sendeanstalten und Zeitungen geschlossen werden, die sich für einen alternativen Diskurs in der Demokratie- und Kurdenfrage einsetzten, zeigt, dass die Regierung keinerlei Ambitionen verfolgt, die Kurdenfrage mit demokratischen und friedlichen Mitteln zu lösen.

Auch der Versuch, Politiker der Demokratischen Partei der Völker (HDP), die sich mit den geschlossenen Radio- und Fernsehanstalten sowie Zeitungen solidarisieren, aus dem politischen Geschehen auszugrenzen, u. a. über die Immunitätsaufhebung, zeigt die Entschlossenheit der Regierung, die Kurdenfrage aus dem Parlament zu drängen und ihr somit jeglichen zivilen Raum für eine Lösung zu entziehen. Die Zerstörungspolitik für die kurdischen Städte wie Cizîr (Cizre), Silopiya (Silopi), Şirnex (Şırnak) oder Sûr war ein Ausdruck dessen, dass nur noch die militärische »Lösung« auf der Agenda der Regierung steht.

Im Zuge der Errichtung der neuen türkischen »Demokratie des 15. Juli« wurden alle demokratisch gewählten Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen der kurdischen Provinzstädte im Rahmen der Notverordnungen des Ausnahmezustandes mit Statthaltern aus Ankara ersetzt. In einem nächsten Schritt sind dann die von der HDP verwalteten Großstädte wie Wan (Van), Mêrdîn (Mardin) und Amed dran.

Damit rächt sich die Regierung nicht nur an den Städten, die als Hochburgen der HDP gelten und Präsident Erdoğan daran gehindert haben, nach den Wahlen 2015 über eine Dreiviertelmehrheit die Verfassung zu ändern und das Präsidialsystem de jure einzuführen, sondern sie schreitet immer weiter mit der Institutionalisierung des autoritären »Einheitsregimes« voran.

Auf dem Weg werden nun alle potentiellen Sprachrohre, also alle demokratischen und unabhängigen Medien, zensiert und geschlossen. Angefangen bei der Tageszeitung Özgür Gündem bis hin zum kurdischen Kinderkanal Zarok TV. ♦

Rosa Burç hat ihren M. Sc. in International Politics an der SOAS, University of London. Derzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Sie promoviert am Lehrstuhl für Regierungslehre im Bereich der Transformations-, Nationalismus- und Föderalismusforschung.

Ich stamme aus einem Land, in dem der Präsident sagt: »Ich habe keine Zeit, Zeitungen zu lesen. Meine Assistenten fassen mir immer alles zusammen …«

Die alten Putschisten sind erfahrener als die neuen

Ahmet Nesin, Schriftsteller, Rede vor den UN am 22.09.2016

Lassen Sie mich Ihnen zuerst erklären, aus was für einem Land ich komme. Sie werden feststellen, dass mein Text weniger eine Analyse ist als vielmehr überwiegend aus Beispielen besteht. Es ist mein erster wichtiger Text und ich denke, dass beispielhafte Ausführungen am überzeugendsten und nachvollziehbarsten sind. Ich könnte Ihnen auch Statistiken vorstellen; aber da ich mir sicher bin, dass Sie diese sofort vergessen würden, wenn sie nur schriftlich dargelegt werden, werde ich Ihnen von meinen Erfahrungen erzählen, da diese nicht so leicht in Vergessenheit geraten.

Die erste Zeitung in der Türkei, bzw. die erste türkische Zeitung, wurde von Agâh Efendi im Jahre 1860 herausgegeben. Es gab zuvor auch andere Publikationen, doch diese wurden von Franzosen und nicht in türkischer Sprache publiziert. In Europa gab es die erste gedruckte Zeitung überhaupt im Jahre 1605.

Das erste uns bekannte Buch der Welt ist 2 500 Jahre alt und befindet sich derzeit in einem Museum in Bulgarien. Das erste gedruckte Werk ist eine Bibel aus dem Jahre 1 450. Das erste gedruckte türkische Werk hingegen war Vankulu Lugati im Jahre 1729. Ibrahim Müteferrika, der die erste Druckerei ins Land brachte, gab bis zu seinem Tod insgesamt siebzehn Werke heraus. Sowohl bei der ersten gedruckten Zeitung als auch beim ersten gedruckten Buch liegt eine Spanne von 250 Jahren zwischen der europäischen und der türkischen Ausgabe. Die Spanne wird noch größer, wenn noch die Einführung des lateinischen Schriftsystems in der Türkei, also die türkische Sprache in Betracht gezogen wird. Nun werde ich versuchen, die Pressefreiheit der Türkei aus diesem Zeitunterschied zu erläutern.

Ich stamme aus einem Land, in dem Postkarten mit Taubenmotiven im Grunde verboten sind. Wie es in anderen Ländern aussieht, weiß ich nicht, doch in der Türkei werden Parlamentsbeschlüsse über lange Zeit angewendet, bis eine neue Regierung sie wieder aufhebt. Da die Taube den Frieden symbolisiert, Picasso sie mit einer solchen Absicht gezeichnet hat und der Frieden immer das Bestreben der Linken war, wurden Bilder und Postkarten, auf denen eine Taube abgebildet war, in der Türkei einst verboten.

Da die Taube den Frieden symbolisiert, Picasso sie mit einer solchen Absicht gezeichnet hat und der Frieden immer das Bestreben der Linken war, wurden Bilder und Postkarten, auf denen eine Taube abgebildet war, in der Türkei einst verboten.

Das wurde nicht mal mit einem Gerichtsbeschluss entschieden, sondern im Parlament. Dieses Verbot blieb bestehen, da es von keinem ernst genommen wurde. Falls ein demokratisches Parlament versuchen würde, alle antidemokratischen Beschlüsse der Vergangenheit abzuschaffen, würde es für dieses Vorhaben wahrscheinlich vier bis fünf Jahre brauchen; und höchstwahrscheinlich würde es wieder abgewählt werden, da es auf Grund dieser Beanspruchung nichts anderes zustande bringen konnte.

Es war das Jahr 1981, als gegen einen unserer wichtigsten Poeten und Übersetzer, Abdül Kadir, gerichtlich vorgegangen wurde, da er ein Buch von Brecht übersetzt hatte. Als sein Verfahren beendet war, erzählte er mir, was der gutmütige Staatsanwalt ihm gesagt hatte: »Herr Abdül Kadir, Sie könnten auch ein vierversiges Gedicht schreiben. Wir sind mit derartigen Vollmachten ausgestattet, dass wir Sie wegen eines kleinen Wörtchens aus diesem Gedicht hinter Gitter bringen könnten.«

Ich stamme aus einem Land, von dem behauptet wird, dass da ein Putschversuch unternommen wurde. Besser gesagt glau-

ben oder denken Sie, dass ich aus solch einem Land stamme. In Wirklichkeit stamme ich aber aus einem Land, das fortdauernd von einer Militärjunta regiert wird. Ich denke, dass jeder hier, sogar auch in der Türkei, zustimmt, dass der Putsch am 12. September 1980 faschistisch war. Ich bin mir sogar sehr sicher, dass der Präsident Recep Tayyip Erdoğan dasselbe sagen würde, wenn man ihn danach fragen würde. Wir stimmen mit ihm in einer Sache überein, aber leider bin ich mir nicht sicher, ob das mein Pech ist oder seins.

Lassen Sie mich Ihnen etwas Merkwürdiges mitteilen: Die Türkei, von der behauptet wird, hier wäre ein Putschversuch unternommen worden, wird immer noch mit der faschistischen Verfassung des 12. September 1980 regiert. Dafür gibt es nur eine Begründung, nämlich dass der Faschismus in der Türkei seit 1980 fortgeführt wird. Die Türkei wird immer noch mit der 12.-September-Verfassung, mit demselben Wahl- und Parteiengesetz und mit derselben 10%-Hürde regiert.

Es geht um nichts anderes als um eine Art Vertrauensfrage der Putschisten, von denen es bei uns im Übermaß gibt, mit der sie das Vertrauen durch Putsch erneuern – ganz genau wie es Regierungen tun, die mit einer knappen Mehrheit gewählt wurden und sich durch Vertrauensfragen an das Parlament gelegentlich legitimieren. Falls sie es schaffen, werden sie wie Kenan Evren Präsident, wenn nicht, kommen sie ins Gefängnis. Sie denken wahrscheinlich, der fehlgeschlagene Putschversuch bringt automatisch eine Demokratisierung mit sich. Doch derjenige, der durch den Putsch gestürzt werden sollte, regiert selbst mit einer Militärjunta-Verfassung und hat die Gunst der Stunde ausgenutzt, um den eigenen Putsch – also den Faschismus – auszuweiten. Eigentlich haben wir mehr Glück als Ihr, denn ein Putsch wird gegen eine Demokratie unternommen. Wird jedoch versucht, ein Putschregime durch einen Putsch zu stürzen, wird dies nicht gelingen, denn die alten Putschisten sind erfahrener. Aber, wie bereits gesagt, haben wir bei uns eine Menge von der Sorte Putschisten. Die Regierung schickt die neuen Putschisten in die Gefängnisse und holt die alten da raus, um mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Mir ist bewusst, dass ich eigentlich über die Presse in der Türkei und Kurdistan hätte schreiben sollen. Doch ohne diese Einleitung kann ich nicht von der Presse, von meinem Beruf erzählen. Mein Vater, Aziz Nesin, war Autor und Journalist. Seine erste Verhaftung war im Jahr 1946 und meine letzte 2016. Ich wurde also wegen der gleichen Straftat wie mein Vater siebzig Jahre nach ihm verhaftet. Cetin Altan wurde zuletzt 1970 und seine Söhne Ahmet und Mehmet Altan wurden nun auch neulich, 46 Jahre später, verhaftet, und Mehmet wurde anschließend zu einer Haftstrafe verurteilt. Die Türkei ist also durch und durch ein stabiler Staat: Sie steht seit dem ersten Tag der Erschaffung durch Gottes Hand fest auf ihren Beinen und hat sich nie selbst verraten.

Wissen Sie, vor wie vielen Jahren die Druckerei Tan angezündet wurde? Ganz genau vor 71 Jahren, 1945, wurde die Druckerei und Redaktion Tan verbrannt. Wissen Sie, wer unter denjenigen war, die die Zeitung geplündert und angezündet haben? Der spätere türkische Premierminister und Präsident Süleyman Demirel. Und wann wurde die kurdische Zeitung Özgür Ülke bombardiert? Im Jahre 1994! Interessant an dem Ganzen ist, dass die Zeitung Tan am 4. Dezember angegriffen wurde und Özgür Gündem am 3. Dezember. Ich bin mir sicher, dass die Terminierung der Angriffe bewusst geschah. Das Datum für das Referendum ist nämlich auch identisch mit dem des Putsches am 12. September. Mag sein, dass 49 Jahre zwischen beiden Ereignissen liegen, doch beide verfolgen die gleiche Idee. Ich stamme aus einem Land, in dem Zeitungen der sich nach Frieden sehnenden Kurden angezündet werden. Ich stamme aus dem Land, in dem kurdische und sozialistische Jugendliche ermordet werden, weil sie Zeitungen verteilt oder über Tatsachen berichtet haben. In meinem Land werden Druckereien, Redaktionen und Zeitungen angezündet. Was mir und Ihnen fremdartig erscheint, sehen Menschen, die nur ihrem alltäglichen Leben nachgehen, als Normalität. Das hängt damit zusammen, dass der Islam auch lange Zeit Druckereien verboten hat. Während Ihr damit angefangen habt, Eure Bücher und Zeitungen zu lesen, haben wir uns unserem Klatsch und Tratsch gewidmet. Das Druckwesen ist mit 300 Jahren Verspätung bei uns angekommen, deswegen wird das System, das Ihr und die Intellektuellen bei uns Faschismus nennt, in der Türkei und in Kurdistan als der Kampf um die Demokratie verkauft.

Ich stamme aus einem Land, in dem Zeitungen der sich nach Frieden sehnenden Kurden angezündet werden. Ich stamme aus dem Land, in dem kurdische und sozialistische Jugendliche ermordet werden, weil sie Zeitungen verteilt oder über Tatsachen berichtet haben.

Ich stamme aus einem Land, in dem außer vier, fünf revolutionär-demokratischen Zeitungen alle Zeitungen von Bossen verwaltet werden, die selbst keine Journalisten sind. Diese Zeitungsbosse haben keine Wertschätzung für einen Reporter, einen Autor, sie verstehen nichts von Journalismus oder vom Wesen von Kolumnen. Um dies verstehen zu können, muss man selbst Journalist sein.

Ich stamme aus einem Land, in dem der Präsident sagt: »Ich habe keine Zeit, Zeitungen zu lesen. Meine Assistenten fassen mir immer alles zusammen …« Ich stamme also aus einem Land, das von einer Person regiert wird, die aus Zeitmangel keine Bücher und Zeitungen liest, keine Theater- und Filmvorführungen besucht, der die Oper und das Ballett scheut wie einen Geist. Man kann von jemandem, der so etwas nicht goutiert, nicht erwarten, dass er der Türkei Frieden und Demokratie bringt. Wir können doch nicht von jemandem mit einem solchen Gedankengut erwarten, dass er die Problematik des Mittleren Ostens, die Syrien- oder Irak-Problematik, geschweige denn die Türkei-Problematik versteht.

Ich stamme aus einem Land, in dem die Vorsitzenden des Friedensvereins inhaftiert sind und in der Haft an Krebs sterben. Ich versuche Ihnen das Ganze als jemand, der wegen eines Friedensaufrufs verhaftet wurde, etwas näherzubringen. Ich stamme aus einem Land, in dem viele Journalisten wie mein Bruder Metin Göktepe ermordet oder verhaftet wurden.

Ich bin hier, um den Autoren Aslı Erdoğan und Necmiye Alpay eine Stimme zu geben, die wie ich und meine Freunde Erol und Sebnem wegen einer eintägigen Solidaritätsaktion mit der Zeitung Özgür Gündem verhaftet worden sind und immer noch festgehalten werden.

Ich stamme aus einem Land, in dem Özgür Gündem verboten wurde und die Mitarbeiter nach Lust und Laune verhaftet werden. Zurzeit sind mehr als 100 Autoren- und Journalistenkollegen inhaftiert. Ich stamme aus einem Land, das einen der letzten zehn Plätze des Welt-Demokratie-Rankings belegt. Ich versuche Ihnen ein Land zu erklären, in dem der Reisepass der Ehefrau von Can Dündar, der für die Demokratie kämpft, konfisziert wird. Ich versuche Ihnen also eine Pressewelt zu erklären, in der wir alle als Geiseln festgehalten werden. ♦



Das ist ein Bild nach einer Razzia türkischer »Sicherheitskräfte« im Büro der Partei der Demokratischen Regionen DBP in Bismil. Allein in der Provinz Bismil wurden 13 Mitglieder der DBP festgenommen. In anderen Provinzen in Nordkurdistan sieht es nicht anders aus. Die Zahl der Festnahmen und Verhaftungen von kurdischen PolitikerInnen der HDP und DBP geht in die Tausende. Foto: ANF

Die Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen als Teil der Opposition in der Türkei

Wo es keinen Frieden gibt, kann auch nicht von Bildung gesprochen werden

Interview mit Sakine Esen Yılmaz

Sakine Esen Yılmaz war Generalsekretärin von Eğitim Sen (Eğitim ve Bilim Emekçileri Sendikası), der Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft in der Türkei. Sie musste aufgrund von Repressionen das Land verlassen und befindet sich auf der Flucht. Sie lebt derzeit als Asylbewerberin in Deutschland. Dem Kurdistan Report gewährte sie ein Interview.

Können Sie uns kurz Ihre Gewerkschaft vorstellen? Wann wurde sie gegründet, aus welchen Bedürfnissen heraus? Wie viele Mitglieder haben Sie? Und was sind die bisherigen Aktivitäten?

Eğitim Sen wurde am 23. Januar 1995 mit dem Zusammenschluss der Bildungsgewerkschaften Eğitim-İş und Eğit-Sen gegründet. Sie ist Nachfolgerin der Lehrer*innengewerkschaften TÖS und TÖB-DER in der Türkei. Sie setzt den hundertjährigen traditionellen Kampf für Bildung und Bildungswerktätige im öffentlichen Dienst fort und organisiert für den Bereich der Bildung Werktätige im öffentlichen Dienst. Eğitim Sen sichert in der Türkei die Mitgliedschaft von staatlichen Beamt*innen in einer Gewerkschaft. Bevor es diese Gesetzesregelung gab, also vor den Regelungen von 2001, führte Eğitim Sen den Kampf für erste Gewerkschaftsrechte, das Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen. Wenn staatliche Beamt*innen heute in Gewerkschaften Mitglied sind, dann nur, weil Eğitim Sen es ermöglicht hat. Heute haben Beamt*innen in der Türkei immer noch kein Streikrecht. Bei Tarifverhandlungen haben sie begrenzte Rechte. Eğitim Sen führt heute den Kampf für weitere Gewerkschaftsrechte und den Kampf für die Freiheit fort.

Aktuell mit mehr als 100 000 Mitgliedern steht Eğitim Sen für das Grundprinzip der kostenlosen säkularen, wissenschaftlichen und muttersprachlichen Bildung. Eğitim Sen spielt gleichzeitig auch eine aktive Rolle im Demokratisierungsprozess des Landes, für die Freiheit der Frau und für den Friedensprozess. Unsere Gewerkschaft glaubt an eine direkte Beziehung zwischen der Demokratisierung der Gesellschaft und den Bildungsproblemen und führt beide Kämpfe parallel.

Sie sind Bestandteil von KESK. Wie ist Eğitim Sen darin eingegliedert?

Eğitim Sen ist mit ihren Mitgliedern der größte Bestandteil des Dachverbandes der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Türkei (KESK – Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu). KESK wurde am 8. Dezember 1995 in Ankara gegründet und gehört dem Internationalen und dem Europäischen Gewerkschaftsbund an.

In welcher Region sind Sie stark vertreten und welche Arbeiten werden dort ausgeführt? Mit welchen Schwierigkeiten sind Sie konfrontiert und wo gibt es keine Probleme?

Eğitim Sen ist eine in der gesamten Türkei organisierte Gewerkschaft. Sie vereint 103 Filialen und verfügt über ein Organisationsnetz mit mehr als 400 Vertretungen bis in die entlegensten Orte der Türkei. Mit ihnen zusammen arbeitet ca. die Hälfte der Mitglieder von Eğitim Sen in den kurdischen Provinzen. Doch leider waren und sind die Eğitim-Sen-Mitglieder an ihren Einsatzorten allen möglichen Repressionen und Ermittlungen ausgesetzt. Um die oppositionellen Stimmen im Bildungsbereich zum Schweigen zu bringen und einer AKP-nahen Gewerkschaft Platz zu schaffen, wurden die Eğitim-Sen-Mitglieder zum Austritt gedrängt, einem Mobbing an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt und ihre Aktivitäten wurden verboten. Im Zusammenhang mit dem in den letzten Jahren verschärften Krieg in den kurdischen Provinzen wurden Mitglieder und Vorstandsmitglieder von Eğitim Sen von regierungsnahen Presseorganen zur Zielscheibe gemacht. Das Ergebnis war, dass einige Personen suspendiert und verhaftet wurden.

Eğitim Sen hat diese unrechtmäßigen Vorgehensweisen vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und vor die Internationale Arbeitsorganisation (ILO – International Labour Organization) gebracht und versucht, die positiven Entscheidungen zur Regulierung der Inlandsgesetze zu nutzen, die sie durch ihre wirksame Arbeit erzielen konnte.

Mit welchen Repressionen des türkischen Staates hatten Sie in der Vergangenheit zu kämpfen?

Insbesondere wegen der Forderung nach muttersprachlicher Bildung standen wir 2005 kurz vor einem Verbot. Obwohl der EGMR dieses Verbotsverfahren für unrechtmäßig erklärte, werden sogar noch heute viele Eğitim-Sen-Mitglieder wegen der Forderung nach Bildung in der Muttersprache mit Ermittlungsverfahren überzogen. Bei zwei großen Operationen am 26. Mai 2009 in Izmir und am 25. Juni 2012 in Ankara wurden mehr als 150 Personen, mehrheitlich Gewerkschaftsvorstände, monatelang gefangen gehalten. Natürlich waren diese Operationen nicht juristischer, sondern politischer Natur – und durch die Kriminalisierung der Gewerkschaft sollten die Angestellten im öffentlichen Dienst daran gehindert werden, bei den KESK-Gewerkschaften und allen voran bei Eğitim-Sen Mitglied zu werden. Seit 2009 bis heute gibt es in den kurdischen Provinzen keine Mitglieder von Gewerkschaftsvorständen, die nicht disziplinarischen und gerichtlichen Ermittlungen und sogar Untersuchungshaft ausgesetzt waren.

Eğitim Sen ist eine in der gesamten Türkei organisierte Gewerkschaft. Sie vereint 103 Filialen und verfügt über ein Organisationsnetz mit mehr als 400 Vertretungen bis in die entlegensten Orte der Türkei. Mit ihnen zusammen arbeitet ca. die Hälfte der Mitglieder von Eğitim Sen in den kurdischen Provinzen. Doch leider waren und sind die Eğitim-Sen-Mitglieder an ihren Einsatzorten allen möglichen Repressionen und Ermittlungen ausgesetzt.

Seit Juli 2015 wird ein intensiver Vernichtungskrieg in Kurdistan geführt. Inwiefern sind Sie davon betroffen? Und welche Unterschiede gibt es zu den Repressionen aus der Vergangenheit?

Besonders in den 1990er Jahren wurden sehr viele Personen bei gewerkschaftlichen Aktivitäten von unbekannten Tätern ermordet. Der auffälligste Unterschied zu den 90er Jahren ist: Während damals Führungspersonen gezielt ermordet wurden, werden heute werktätige und demokratische Kräfte mit Hilfe angeheuerter Kräfte umgebracht.

Die Kundgebung in Ankara ist in dieser Hinsicht ein Wendepunkt. KESK und Eğitim Sen hatten zu der Kundgebung für Demokratie und Frieden am 10. Oktober 2015 in Ankara mit aufgerufen. Beim Angriff auf diese Kundgebung wurden hunderte KESK-Mitglieder verletzt und insgesamt haben 101 Personen ihr Leben verloren. Dieser Angriff auf die werktätigen und demokratischen Kräfte in der Türkei war gleichzeitig ein Angriff auf KESK. Hinter dem Angriff stand der Plan, die Kräfte einzuschüchtern, die gegen den Krieg protestieren könnten.

Nach dem Angriff vom 10. Oktober wurde in den Orten mit Ausgangssperre wie Farqîn (Silvan), Sûr, Nisêbîn (Nusaybin) und Cizîr (Cizre) in dem brutalen Kriegszustand deutlich, warum auf die Forderung nach Frieden und Demokratie mit einem Massaker geantwortet worden war. Eğitim Sen hat immer die Arbeiter*innenrechte, den Frieden und das Streben nach Demokratie verteidigt. Sie hat mit den Menschen, die nach dem Angriff des Islamischen Staates (IS) auf Şengal und Kobanê in die Türkei geflohen waren, Solidarität gezeigt und in der Bildungs- und Rehabilitationsarbeit für die Kinder in den Flüchtlingscamps eine aktive Rolle gespielt. Dieses Verhalten von Eğitim Sen machte sie zur Zielscheibe für die Regierung. Eğitim Sen hat nie Gewerkschaftsarbeit als Verteilen von Brot und Butter gesehen, sondern hat immer zusammen mit den Kräften für die Werktätigen und für Demokratie gearbeitet. Dort, wo es keinen Frieden gibt, kann auch nicht von Bildung gesprochen werden.

Am 29. Dezember 2015 wurde mit einem eintägigen Streik gegen den Krieg erneut die Forderung nach Frieden erhoben. Daraufhin hat die Regierung Ermittlungen gegen 13 000 Eğitim-Sen-Mitglieder aufgenommen, die am Streik teilgenommen hatten. Zu ihnen gehörten die nach dem Putschversuch vom 15. Juli suspendierten 11 285 Eğitim-Sen-Mitglieder. Die den Militärputsch für einen zivilen Putsch ausnutzende AKP hatte eigentlich schon vor Jahren mit diesen Vorbereitungen begonnen. Sie versucht das gesellschaftliche Gefüge mit ihrer eigenen Ideologie zu formen.

Mit dem Massaker vom 22. Juli 2015 in Pîrsûs (Suruç) wurde die Umsetzung dieses Plans begonnen. Schließlich wurde

nur einige Tage nach diesem Massaker die Hauptgeschäftsstelle von Eğitim Sen von der Polizei gestürmt, und die sich dort aufhaltenden Gäste wurden festgenommen. Das Ziel ist vor allem, den Willen derjenigen demokratischen Massenorganisationen zu brechen, die die kurdische Frage auf friedlichem Wege lösen wollen. Die AKP arbeitet einerseits daran, die Gewerkschaft wirkungslos zu machen, und andererseits setzt sie mit der sich vertiefenden Kurd*innenfeindschaft die Ausgliederung der kurdischen Erzieher*innen in die Tat um. Auf diese Weise glaubt sie, alle oppositionellen Kräfte, die gegen die türkisch-islamische bzw. nationalistisch-rückständige Bildungspolitik stehen, zum Schweigen bringen zu können.

Seit dem versuchten Militärputsch und Erdoğans zivilem Putsch wird Jagd auf die Opposition gemacht. Inwiefern betrifft Sie das als Teil der Opposition?

In der Türkei gibt es eine Million Kinderarbeiter*innen. Mit der Suspendierung von 11285 Lehrkräften haben eine Million Kinder das neue Schuljahr ohne Lehrer*innen begonnen. Auf der anderen Seite unterliegen wegen der fehlenden muttersprachlichen Bildung Kinder mit einer anderen Muttersprache als Türkisch der Assimilation. Darüber hinaus wird zusätzlich auf Gruppen mit anderer Glaubensrichtung durch das Verfahren des verpflichtenden *[sunnitischen]* Glaubensunterrichts Druck ausgeübt. In der Türkei unterliegen die Kinder leider einem der AKP-Ideologie entsprechenden Erziehungsprozess. Außerdem ist es wegen des Krieges in Kreisen wie Kilis, Cizîr, Sûr, Nisêbîn (Nusaybin) oder Hezex (Idil) nicht möglich, von Bildung zu sprechen, weil dort ein erheblicher Teil der Schulen in Polizei- und Militärstationen umgewandelt wurde.

Gibt es internationale Solidarität? Wenn nicht, woran liegt es? Der Kurdistan Report wird im deutschsprachigen Raum veröffentlicht. Was möchten Sie zur Sprache bringen? Welche Wünsche, Appelle und Forderungen haben Sie?

Die Öffentlichkeit in Deutschland und in der Welt sollte wachsam und mitfühlend sein mit Kindern, denen das Recht auf Leben – in der Türkei haben Dutzende Kinder wegen des Krieges ihr Leben verloren – sowie das Recht auf Bildung und Gesundheit verwehrt wird. Und sie darf zu dieser von der türkischen Regierung betriebenen Politik nicht schweigen. Sie sollte die suspendierten Lehrer*innen und Mitglieder von Eğitim Sen nicht alleinlassen und Solidarität zeigen. ♦



Am 10. Oktober 2015 haben u. a. KESK und HDP zu einer Friedensdemonstration nach Ankara aufgerufen. 102 Menschen wurden auf dieser Aktion gegen den Krieg bei einem Anschlag getötet. Der IS übernahm später die Veranwortung für den Terroranschlag. Viele Menschen haben in diesem Jahr am 10.10. an Gedenkveranstaltungen teilgenommen und erneut gegen den Krieg demonstriert, der sich immer weiter ausbreitet und noch brutalere Züge annimmt. Foto: ANF

Die kurdische Community im Kontext deutsch-türkischer Beziehungen

Der Verantwortung gerecht werden

Dersim Dağdeviren

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind tief in der Geschichte beider Staaten verwurzelt – sie lassen sich bis in die Zeit der Kreuzzüge zurückverfolgen – und umfassen vor allem politische, geostrategische, militärische und wirtschaftliche Bereiche. Zu Zeiten des Osmanischen Reiches entfalteten sie sich immer mehr und erreichten mit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union eine neue Dimension. Auch die Existenz einer großen türkischen Diaspora prägt die deutsch-türkischen Beziehungen wesentlich. Vergessen wird in diesem Kontext oft, dass die kurdische Migrationsgruppe, die als solche aufgrund der herkunftsstaatlichen Zuordnung der Migranten nicht erfasst wird, mittlerweile die zweitgrößte Gruppe Zugewanderter in Deutschland bildet. Einen nicht unwesentlichen Teil der kurdischen Migranten stellen neben den Arbeitsmigranten Flüchtlinge. Während in den vergangenen zwei Jahren Flüchtlinge aus Süd- und Westkurdistan dominierten, stammt ein Großteil der in Deutschland lebenden Kurden aus Nordkurdistan bzw. der Türkei. Spätestens nach dem versuchten Militärputsch im Juli, aber auch schon im Gefolge des Krieges in der Türkei nach den Parlamentswahlen 2015, machen sich wieder zahlreiche Kurden aus der Türkei auf den Weg nach Deutschland und damit zu einem der engsten Verbündeten der Türkei.

Wie eng die Verflechtungen zwischen beiden Staaten sind, lässt sich allein mit zahlreichen Beispielen aus den vergangenen Monaten belegen. Diese stehen nicht ausschließlich im Zusammenhang mit der kurdischen Thematik, sondern tangieren auch universelle Belange wie Pressefreiheit, die Herausforderungen der Fluchtbewegungen, Konfliktbewältigung oder den Genozid an den Armeniern.

Die Pressefreiheit, die in der Türkei nicht erst mit den jüngsten Schließungen unabhängiger, mehrheitlich kurdischer Sender ad acta gelegt ist, wird auch hier eingeschränkt. Das Verbot der in Deutschland erscheinenden kurdischen Tageszeitung Özgür Politika im Jahre 2005 ist nur ein Beispiel. Die Einschränkungen sind jedoch nicht auf kurdische Medien beschränkt, wie der Fall des Satirikers Jan Böhmermann zeigt. Er wurde wegen eines »Schmähgedichts« auf Staatspräsident Erdoğan dem türkischen Staat regelrecht »auf dem Tablett serviert«.

Auf dem Tablett serviert wurden auch die Politiker, die zu Recht – so belegt es die Geschichte – den Genozid an den Armeniern als solchen und in Zusammenhang damit die deutsche Verantwortung benannt hatten. Die Bundesregierung distanzierte sich von der Parlamentsresolution und sprach ihr jedwede Verbindlichkeit ab; eine Schande, vor allem vor dem Hintergrund, dass der türkische Staatspräsident Bluttests zur Rassenbestimmung der türkischstämmigen Abgeordneten gefordert hatte. Spätestens hier hätten, allein im historischen Kontext, bei der Bundesregierung alle Alarmglocken läuten müssen und ein Kurswechsel hätte vorgenommen werden müssen. Aber wieder stehen militärische Interessen im Vordergrund. Die Türkei, »zentrale Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen« (so der Wortlaut aus dem deutschen Innenministerium), gehört neben Saudi-Arabien, dessen wahhabitische Staatsideologie sich mit der des sog. Islamischen Staates (IS) deckt, zu den wichtigsten Abnehmern der deutschen Rüstungsindustrie. Dass deutsche Panzer und Munition im Krieg gegen die Kurden eingesetzt werden, ist schon lange bekannt, man erinnere an die Fotos mit den Leopard-Panzern aus den 1990er Jahren. Heute finden diese Rüstungsgüter ihren Einsatz auch in Nordsyrien, wo die türkische Armee unter dem Deckmantel der Bekämpfung des IS einmarschiert ist. Tatsächlich aber richten sich ihre militärischen Aktivitäten gänzlich gegen die Demokratischen Kräfte Syriens, deren Errungenschaften in Form der autonomen Administration von Rojava und der demokratischen Föderation Nordsyrien und die kurdische wie arabische Zivilbevölkerung. In diesem Zusammenhang spielt auch die Luftwaffenbasis Incirlik – die Bundeswehr will hier Investitionen in Höhe von 58 Millionen Euro tätigen – eine zentrale Rolle.

Die Herausforderungen, die sich aus den weltweiten Fluchtbewegungen – der Nahe Osten ist eine der Hauptquellen für Flucht – ergeben, beeinflussen die deutsch-türkischen Beziehungen ebenfalls maßgeblich. Die Herangehensweise

der deutschen Regierung an diese Problematik ist nicht nur vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Entwicklungen im Nahen Osten auch und vor allem ein Produkt westlicher Politik darstellen, falsch, sondern zudem mit fatalen Konsequenzen behaftet. Fatale Konsequenz der fehlerhaften Politik, die sich im Flüchtlingsdeal zwischen der Türkei und der EU widerspiegelt, sind neue Fluchtbewegungen, nun auch wieder von Demokraten und Kurden aus der Türkei. Maßgebliche Wegbereiterin dieses Abkommens war mit mehreren Staatbesuchen, auch kurz vor den kritischen türkischen Parlamentswahlen, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie ebnete damit nicht nur dem Deal einen Weg, sondern leistete wichtige Wahlkampfhilfe für Erdoğan auf dem Kurs zu seiner Präsidialdiktatur, unterstützte die Entkräftung der dortigen Opposition und trug so zu einer Intensivierung der Konflikte in der Türkei und der gesamten Region bei. Einem vermeintlichen Engagement für eine Konfliktlösung in der Region standen und stehen vor allem die genannten Rüstungsexporte und geostrategische Interessen entgegen.

Dass deutsche Panzer und Munition im Krieg gegen die Kurden eingesetzt werden, ist schon lange bekannt, man erinnere an die Fotos mit den Leopard-Panzern aus den 1990er Jahren. Heute finden diese Rüstungsgüter ihren Einsatz auch in Nordsyrien, wo die türkische Armee unter dem Deckmantel der Bekämpfung des IS einmarschiert ist.

In der außenpolitischen Linie der Bundesregierung scheint hier keine Kehrtwende in Sicht, ebenso wenig in der Innenpolitik. Das längst hinfällige Verbot der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), die damit korrelierende Kriminalisierung kurdischer Aktivisten unter dem Deckmantel des Paragraphen 129b StGB sowie zahlreiche Veranstaltungsverbote, zuletzt des 24. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals im Rhein-Energie-Stadion Köln, werden fortgeführt, gar intensiviert.

In der öffentlichen Meinungsbildung allerdings ist zunehmend eine Trendwende in der Bewertung deutsch-türkischer Beziehungen und der kurdischen Thematik zu verzeichnen. Die zu Recht kritische Berichterstattung der deutschen Medien im Hinblick sowohl auf die Ereignisse in der Türkei als auch auf die Politik der Bundesregierung leistet hierbei einen wichtigen Beitrag.

Die Bewertung der Ereignisse in der Türkei ist allerdings problematisch, weil in diesem Kontext oft eine Reduktion aller Probleme auf die Person des Staatspräsidenten Erdoğan erfolgt. Dabei hat die Türkei nicht erst seit dem Militärputschversuch im Juli oder den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr ausgeprägte Defizite bei den demokratischen Strukturen. Seit der Republikgründung 1923 beherrschen Massaker und Militärputsche die Agenda des Landes. Die heutige Verfassung ist eine Hinterlassenschaft der Putschisten von 1980. Der nach dem Putschversuch vom 15. Juli verhängte Ausnahmezustand für das ganze Land ist in den kurdischen Gebieten seit Jahrzehnten Normalzustand.

Dieser Normalzustand wird gefördert durch das Schweigen der Bundesrepublik zu den Entwicklungen in der Türkei. Es ist offensichtlich, dass der vermeintliche Putsch von Erdoğan und seiner AKP-Gefolgschaft genutzt wird, um den Staat von jeglicher Opposition zu säubern. Abgesehen von den Gülenisten, einst engste Verbündete der AKP unter Recep Tayyip Erdoğan, richten sich die Repressionen massiv gegen Kurden, schon immer Erzfeind Nummer eins, sowie linke und demokratische Kräfte.

Deutschland wäre gut beraten, einen grundlegenden Kurswechsel vorzunehmen. Die Fortführung der Beziehungen zur Türkei in gewohnter Form wird die Konflikte in der Türkei sowie der gesamten Region verschärfen und die Fluchtbewegungen verstärken. Deutschland hat eine politische und historische Verantwortung. Jeglicher Dialog mit der Türkei sollte darauf ausgerichtet bzw. beschränkt sein, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Hierzu gehören die Anerkennung des Massakers an den Armeniern durch die Bundesregierung und entsprechender Druck auf die Türkei, die Aufhebung des PKK-Verbots und die Beendigung der damit korrelierenden Kriminalisierung der Kurden in Deutschland sowie die Verstärkung der Bemühungen für erneute Friedensgespräche zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Seite unter der Führung von Herrn Abdullah Öcalan als deren zentralen politischen Repräsentanten, auch vor dem Hintergrund der Befriedung der gesamten Region des Nahen Ostens. ♦

Dersim Dağdeviren ist Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, Vereinsgründerin und Vorsitzende von Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer Akademikerinnen und Akademiker e. V., Vorstandsmitglied der European Turkey Civic Commission (EUTCC), Europa-Delegierte des Gesundheitskongresses des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) in Amed (Diyarbakır/Türkei), Mitglied der Kinderhilfe Mesopotamien e. V., Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e. V. und Vorstandsmitglied des Marburger Bundes, des größten europäischen Ärzteverbandes, Bezirksverband Gelsenkirchen.

Die kurdische Befreiungsbewegung als gemeinsamer Störenfried

Deutschland verfolgt im Mittleren Osten eigene geostrategische Interessen

Elmar Millich

Im Zusammenhang mit der Affäre Böhmermann und anderen Einflussnahmen des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan auf die deutsche und europäische Politik war in den Medien oft vom »langen Arm« Erdoğans die Rede, der vor allem die sich in der Türkei aufhaltenden syrischen Flüchtlinge als Druckmittel benutzt, um türkische Interessen durchzusetzen. Nun hat vor allem Bundeskanzlerin Merkel in der Tat ihr politisches Schicksal mit dem Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei stark in seine Hände gegeben. Es wird aber oft übersehen, dass die Bundesrepublik eigene Interessen in der Region verfolgt, die mit denen der Türkei übereinstimmen. Ein prägnantes Beispiel ist hier die Politik um die Nutzung der türkischen Militärbasis Incirlik.

Nach den Anschlägen von Paris im November 2015 beschlossen Bundesregierung und Bundestag, sechs deutsche Tornado-Kampfflugzeuge zur Luftaufklärung in Syrien auf die türkische Militärbasis zu verlegen. Dieser Beitrag zur Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates (IS) in Syrien war innenpolitisch nicht unumstritten. Vor allen aus der Fraktion der Linkspartei kamen Einwände, dass es ohne Zustimmung der syrischen Regierung keine völkerrechtliche Grundlage für den Einsatz gäbe. Ebenso wurden Bedenken geäußert, dass die einer breiten Allianz von dort kriegsführenden Staaten zur Verfügung gestellten Aufklärungsbilder von der Türkei genutzt werden könnten, um nicht gegen den IS, sondern gegen die syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) vorzugehen.

Während diese Einwände von der deutschen Bundesregierung unbeachtet blieben, führte die Resolution des Deutschen Bundestages zum Völkermord an den ArmenierInnen im Juni dieses Jahres zu erheblichen Irritationen zwischen Deutschland und der Türkei. Aufgrund der Resolution untersagte die Türkei deutschen ParlamentarierInnen den Besuch der in Incirlik stationierten deutschen SoldatInnen, ein wohl innerhalb der NATO einmaliger Vorgang. Da der Bundestag einer Verlängerung der Stationierung Ende dieses Jahres unter den gegebenen Bedingungen nicht zugestimmt hätte, wurde zwischen der Türkei und Deutschland ein Schmierentheater verabredet. Anfang September meldete der Spiegel, dass sich die deutsche Bundesregierung von der Armenienresolution des Bundestages distanzieren wolle. Daraufhin begab sich der überrascht tuende Regierungssprecher Steffen Seibert vor die Presse, um eine inhaltliche Distanzierung zu dementieren, aber ebenfalls zu betonen, dass die Resolution für die Bundesregierung nicht rechtlich bindend sei. Davon war in Deutschland auch niemand ausgegangen, aber genau dieses Vorgehen war zwischen deutschen und türkischen AußenpolitikerInnen verabredet, um den weiteren Einsatz der deutschen Tornados in der Türkei nicht zu gefährden. Inzwischen haben dann auch Mitglieder des Verteidigungsausschusses die SoldatInnen in Incirlik besucht und erklärten das Thema für erledigt.

Wie sehr die Bundesregierung daran interessiert ist, ihre militärische Präsenz in der Region auszubauen, zeigen Pressemitteilungen, dass es schon vor der oben geschilderten Einigung über den parlamentarischen Zugang nach Incirlik den Beschluss gab, die deutsche Militärbasis dort für 58 Millionen Euro auszubauen, unter anderem mit dem Bau eines mobilen Gefechtsstands. Diese Investitionen würden wahrscheinlich nicht getätigt, wenn sich die Bundeswehr nicht auf eine längere Präsenz dort einstellen würde.

Ebenfalls unter der Maßgabe, den IS zu bekämpfen, weitet die Bundesregierung auch ihren militärischen Einfluss im Irak aus. Seit zwei Jahren gibt es eine enge Kooperation mit der kurdischen Autonomieregierung in Hewlêr (Erbil) unter der PDK Barzanîs. Bei ihrer jüngsten Reise in die Region versprach Bundesverteidigungsministerin von der Leyen weitere Waffenlieferungen an die Streitkräfte der Autonomen Region Kurdistan, die kurdischen Pêşmerge, zu prüfen. Bislang erhielten diese zumeist deutsche G36-Sturmgewehre und die Panzerabwehrwaffe MILAN. Geplant sind nun auch ABC-Schutzanzüge und -Masken sowie Funkgeräte. Insgesamt betrug die Waffenlieferung bislang 1800 Tonnen. Außerdem sollen die etwa 100 im Nordirak stationierten deutschen SoldatInnen mit ihrer Ausbildung der Pêşmerge näher an die Front nach Mossul rücken.

Die massive Konzentration der militärischen Aufrüstung und politischen Ausrichtung auf Barzanî ist höchst kritisch zu sehen,

da es auch die innerkurdischen und regionalen Machtverhältnisse stark berührt. Barzanîs Amtszeit als Präsident der Autonomen Region ist seit Jahren abgelaufen und die PDK (Partiya Demokrata Kurdistanê | Demokratische Partei Kurdistans), befindet sich mit den beiden anderen relevanten kurdischen Parteien – YNK (Yekîtiya Nîştimaniya Kurdistanê | Patriotische Union Kurdistans) und Goran (Bewegung für Wandel) – in einer aggressiven politischen Auseinandersetzung, die wie schon in früheren Zeiten zu militärischen Konflikten führen könnte. Des Weiteren befindet sich die PDK in den êzîdischen Gebieten auch in Konfrontation mit den dort der PKK nahestehenden êzîdischen Selbstverteidigungskräften. Die deutsche Aufrüstung der PDK scheint eine Reaktion auf den Schock von 2014, als der Angriff des IS auf die Şengal-Region und nachfolgend auch auf die kurdischen Gebiete im Nordirak nur unter maßgeblichem Einsatz von PKK-Kräften gestoppt werden konnte. Dieses brachte der Organisation international erhebliches Ansehen ein. So weit will man es in Berlin nicht noch mal kommen lassen. Damit ist man sich mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan und Barzanî, seinem Statthalter im Nordirak, einig.

Einig ist man sich auch in der Ablehnung der demokratischen Föderation Nordsyrien – Rojava, des kurdisch-arabischen Selbstverwaltungsprojekts im Norden Syriens. Seit Monaten haben sowohl die Türkei als auch die kurdische Autonomieregierung im Nordirak an ihren Grenzen ein komplettes Embargo verhängt. Weder Sachleistungen in Form von Lebensmitteln oder Medikamenten noch Personen werden durchgelassen. Die internationale Staatengemeinschaft schweigt dazu. Aufforderungen der Organisation ICOR (International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations), die in Kobanê ein Gesundheitszentrum gebaut hat, an das deutsche Auswärtige Amt entsprechend Einfluss zu nehmen, damit HelferInnen und Medikamente die Grenze passieren können, wurden von diesem ignoriert. Im Gegenteil betrachtet die Bundesregierung die AufbauhelferInnen oder InternationalistInnen, die sich an der Seite der YPG an den Kämpfen beteiligen, mit großem Argwohn. Einem australischen InternationalistInnen, der Ende 2015 über Deutschland nach Schweden weiterreisen wollte, wurde die Einreise verweigert. In Rheinland-Pfalz und Hessen wurde von den Versammlungsbehörden bei Demonstrationen das Mitführen von PYD- und YPG-Fahnen verboten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt in einer Broschüre für FlüchtlingshelferInnen explizit davor, dass PKK- und PYD-nahe in Deutschland sesshafte KurdInnen zu syrisch-kurdischen Flüchtlingen Kontakt aufnehmen.

Eindeutig fiel auch die Stellungnahme der Bundesregierung zum Einmarsch türkischer Truppen und mit der Türkei verbündeter Söldner in Syrien aus. Obwohl allgemein anerkannt ist, dass der Einmarsch weniger gegen den IS als vielmehr gegen die KurdInnen und mit ihnen verbündete arabische Kräfte gerichtet ist, äußerte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, »die Bundesregierung habe Sympathien, wenn sich die Türkei am militärischen Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat beteilig«. Im Übrigen sei es »das legitime Recht der Türkei, gegen terroristische Umtriebe vorzugehen«. Ein Hohn, wenn man bedenkt, dass die Türkei den IS vor allem im Kampf gegen die KurdInnen in den letzten Jahren massiv unterstützt hat.

Auf europäischer Ebene sieht es nicht besser aus. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, der nach dem Putsch deutliche Worte zum Vorgehen der türkischen Regierung gegen Oppositionelle aller Art gefunden hatte, fraß bei seinem Türkei-Besuch im September Kreide. Schulz traf zwar den CHP-Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu, allerdings bewusst nicht den Kovorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Selahattin Demirtaş. Der mitreisende Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos brachte es auf den Punkt: »Die EU ist ein Schlüsselpartner der Türkei, und die Türkei ist ein Schlüsselpartner der EU.« Es scheint jetzt eine inoffizielle Übereinkunft zu geben, dass die Türkei die umstrittenen Antiterror-Gesetze zumindest während des Ausnahmezustands nicht ändern wird, allerdings so lange auch nicht weiter auf der Visafreiheit insistieren wird. Im Gegenzug wird sich die EU aus den innenpolitischen Entwicklungen der Türkei – abgesehen von allgemeinen Appellen – heraushalten. Bezogen sich diese Appelle in den letzten Monaten vor allem auf die Medienfreiheit, hat sich die EU in diesem Punkt nun komplett unglaubwürdig gemacht. Nachdem in der Türkei 12 TV-Sender – darunter auch ein Kinderkanal in kurdischer Sprache – verboten wurden, nahm nun die französische Regierung Einfluss auf den Satellitenbetreiber Eutelsat, die kurdischen Sender MedNûçe-TV und Newroz TV aus der Übertragung zu nehmen. Damit hat ausgerechnet Europa die letzten oppositionellen Sender, die in der Türkei empfangen werden konnten, den Garaus gemacht.

Sicher ist es richtig, den »schmutzigen Deal« zwischen der Türkei und der EU bezüglich der Flüchtlingsmigration hart zu kritisieren und die Bundesregierung vor sich herzutreiben, aber es wäre eine zu kurze Analyse, alles Entgegenkommen gegenüber der Türkei als Folgen der »Erpressbarkeit« zu sehen. Zumal das Abkommen bislang kaum umgesetzt wurde. Nur wenige hundert MigrantInnen sind auf freiwilliger Basis bislang in die Türkei zurückgekehrt. Noch geringer fiel die Zahl der Flüchtlinge aus, denen legal die Einreise aus der Türkei nach Europa gestattet wurde. Deutschland hat aber auch aus geopolitischen Gründen in der Region ein starkes Eigeninteresse an einer engen Kooperation mit der Türkei. Dabei erweist sich die kurdische Befreiungsbewegung mit ihrer eigenständigen ideologischen Ausrichtung als gemeinsamer Störenfried sowohl in der Türkei als auch im Irak und in Syrien. Somit stammt auch die zunehmende Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland und in Europa aus einer gewissen außenpolitischen Eigendynamik und ist nicht nur Gefälligkeit gegenüber der Türkei. ♦

Riza Altun: Die PKK wird dort ihren Platz einnehmen, wo für eine Lösung gekämpft wird

Der Beginn der Offensive um Mûsil

Erdal Er, Behdinan, Firatnews, 18. Oktober 2016

Riza Altun, Mitglied des KCK-Exekutivrates, bewertet die soeben gestartete Operation in Mûsil (Mosul) und erklärt, dass die PKK die Ereignisse nicht allein aus einer Beobachterrolle heraus begleiten werde, sondern aktiv ihren Platz dort einnehmen wird, wo für eine nachhaltige Lösung gekämpft wird. Für eine mögliche Teilnahme an der Mûsil-Operation habe die PKK sowohl ihre politischen als auch ihre militärischen Vorbereitungen getroffen.



Der Journalist Erdal Er im Gespräch mit Riza Altun. Foto: YÖP

Die Operation in Mûsil hat begonnen. Wie bewerten Sie die ersten Berichte aus dem Operationsgebiet?

Die Operation in Mûsil hatte eine sehr lange und umkämpfte Vorlaufs- und Vorbereitungszeit. Bis zum Schluss wurde diskutiert, wer an dieser Operation teilnehmen soll, ohne abschließendes Ergebnis.

Warum?

Weil viele der Gruppen, die an der Operation teilnehmen möchten, Widersprüche und Interessenkonflikte untereinander haben. In solch einer Atmosphäre wurde die Operation gegen die Stadt aufgenommen.

Und welche Interessen haben die jeweiligen Kräfte, die an der Operation teilnehmen?

Unter den Teilnehmenden der Operation herrscht kein Konsens. Wenn wir uns den aktuellen Stand anschauen, so sehen wir, dass es eine offizielle Operation gibt, die von den irakischen Kräften gestartet wurde und von der internationalen Koalition unterstützt wird. Diese Einheiten werden die Operation auch offiziell anführen und diejenige Kraft sein, die nach Mûsil vordringen wird. Aus dieser Sicht betrachtet sehen wir, dass die Türkei bei der Operation außen vor gelassen wurde. Die Pêşmerge-Einheiten hingegen nehmen an der Operation teil, werden aber nicht in das Innere der Stadt eindringen, sondern ihren Fokus auf das Umland von Mûsil legen. Die schiitische Miliz Hashd al-Shaab wird ebenfalls nicht in die Stadt vordringen. Sie werden vor der Stadt agieren. Und bei den sunnitischen Milizen von Hashd al-Watani war die Mehrheit der Gruppen ebenfalls nicht dafür, dass sie bis nach Mûsil eindringen. Das sind die Umstände, unter denen die Operation nun begonnen wurde. In der ersten Etappe wurde wohl mit der Bombardierung durch die internationale Koalition begonnen. Auch die Pêşmerge schießen von außerhalb der Stadt mit Raketen auf die Stellungen des Islamischen Staats IS. Aber wie gesagt, trotz des Beginns der Operation sind die Positionen der Operationsteilnehmer nicht abschließend geklärt.

Sie haben erklärt, dass die Operation in Mûsil begonnen wurde, ohne dass ein wirklicher Konsens unter den Teilnehmern der Operation besteht. Welche Risiken birgt dieser Umstand?

Jede Gruppe, die an der Operation teilnimmt, hat eigene Vorstellungen für die Stadt nach einem Sieg gegen den IS. Die Probleme resultieren genau aus dieser Situation. Die verschiedensten Kräfte wollen deshalb an der Operation teilnehmen, weil sie sich dadurch erhoffen, im Nachhinein einen größeren Einfluss in der gesamten Region übernehmen zu können.

Kann unter diesen Umständen überhaupt eine siegreiche Operation erwartet werden?

Ich denke, gerade zu Beginn der Operation wird eine Klarheit und Stabilität in den Reihen der Operationsteilnehmer nicht zu erwarten sein. Wie sich die Operation dann mit der Zeit entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Denn es ist nicht klar, wer in diesem Krieg wie agieren, wer wen unterstützen wird. Um das ansatzweise zu verstehen, muss man sich die Kräfteverhältnisse und die Gruppen in der Stadt anschauen. In Mûsil agieren unterschiedliche Gruppen. Dann gibt es unter den Teilnehmern der Operation Gruppen, die potentiell die Seiten wechseln und auf einmal mit dem IS agieren könnten. Außerdem stellt sich die Frage, welche Rolle Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar spielen, die ja offiziell Teil der Operation sein wollen, auf der anderen Seite aber ohne Zweifel ihre Verbindungen zum IS aufrechterhalten. Auch ist unklar, welche Rolle die Demokratische Partei Kurdistans PDK in diesem Wirrwarr genau spielen wird. Wie Sie sehen, sind viele Fragen noch unbeantwortet. Aus diesem Grund lässt sich derzeit kaum absehen, wie sich diese Operation weiterentwickeln wird.

Heißt das, dass die Situation derzeit noch schwieriger ist als vor Beginn der Operation?

So kann man das sagen. Die Frage, die über allem kreist, welchen Ausgang die Operation ausgehend von der derzeitigen Lage nehmen wird. Denn was passiert, wenn die internationale Koalition, die irakische Armee und Polizei die Stadt nicht befreien können? Was wird also passieren, wenn der Irak trotz aller Luftunterstützung nicht erfolgreich sein wird? Wird er sich dann zurückziehen oder muss er anderen Kräften Zugeständnisse machen, um mit ihnen gemeinsam die Operation fortzuführen und zu einem Ende zu bringen? Letzteres ist nicht unwahrscheinlich. So oder so wäre ein Scheitern der irakischen Armee kein gutes Szenario, weil dann der IS vermutlich zu einem Gegenschlag ansetzen würde. Insgesamt würde das die ohnehin komplizierte Lage nochmals deutlich schwieriger machen.

Aber selbst wenn wir vom gegenteiligen Szenario ausgehen und Mûsil tatsächlich vom IS befreit werden würde, auch dann bleibt die Frage offen, was mit der Stadt passieren wird. Denn die Kurden, die verschiedenen sunnitischen Kreise, die schiitischen und auch die unterschiedlichen regionalen Mächte haben alle ihre eigenen Vorstellungen, wie es in einem Mûsil, das vom IS bereinigt wurde, weitergehen wird.

Und weshalb wollen all diese Gruppen Mûsil einnehmen?

Der Plan der internationalen Koalition ist noch nicht ersichtlich. Es wurde der Öffentlichkeit bislang weder ein Plan noch ein Ziel mitgeteilt. Die veröffentlichten Erklärungen drehen sich eher um Floskeln wie »Kampf gegen den IS« oder »Kampf für die Demokratie«. Dennoch steht außer Frage, dass sie ihre tiefgreifenden Pläne in der Schublade haben, auch wenn sie diese nicht mit der Öffentlichkeit teilen wollen. Sie werden klare Ansprüche erheben und sind gewillt, ihre eigenen Interessen im Mittleren Osten zu schützen. Gleichzeitig agieren sie flexibel und versuchen ihre Pläne den Umständen entsprechend zu aktualisieren – natürlich ohne das Ziel vor den Augen zu verlieren. Doch viel mehr lässt sich gegenwärtig zum Vorhaben der internationalen Koalition nicht sagen.

Die irakische Zentralregierung hat das Ziel, ihre föderale Struktur zu schützen. Wenn sie die Möglichkeit hat, wird sie auch darüber hinausgehen und ihre eigene Macht und Hegemonie auszuweiten versuchen. Sie hat beispielsweise Probleme mit den Kurden. Auch wenn sie gemeinsam mit den Kurden den Weg des Föderalismus eingeschlagen hat, so gibt es doch weiterhin Gebiete, die umstritten sind. Diese Probleme bestehen weiterhin und die irakische Zentralregierung wird nach der Gelegenheit suchen, sie in ihrem eigenen Sinne zu lösen.

Auf Seiten von Südkurdistan/Nordirak gibt es ebenfalls klare Forderungen, aber auch große Schwierigkeiten. Natürlich geht es hier auch um die mit der Zentralregierung umstrittenen Gebiete, allen voran um Kerkûk, aber auch um weitere Gebiete. Die Frage, wo die Grenze zwischen der kurdischen Föderation und dem Rest vom Irak verläuft, ist ungeklärt. Dieses Problem muss geklärt werden. Andererseits gibt es die Forderung Barzanîs nach einem eigenen Staat, während andere Teile der Bevölkerung eher die Föderationslösung bevorzugen. Somit gibt es innerhalb der Kurden im Irak zwei Positionen, und es bleibt unklar, welche der beiden die Überhand gewinnt.

Der Iran nähert sich der Angelegenheit aus der schiitischen Perspektive. Die Herrschenden in Teheran wollen in der gesamten Region zur hegemonialen Kraft wachsen und beharren deshalb darauf, dass die irakische Regierung ihren schiitischen Charakter beibehält und weiter festigt. In diesem Sinne wird die Zentralregierung in Bagdad durch den Iran unterstützt und gestärkt.

Die Türkei verfolgt ihrerseits über die Sunniten im Irak eine ähnliche Politik. Sie hat Ziele, die noch von der Zeit der Osmanen herrühren. Um diese Ziele herum organisierten Erdoğan und seine AKP ihre grundlegenden Strategien. Erdoğan wertet den Mittleren Osten als osmanischen Boden und agiert auch dementsprechend. Dass er in letzter Zeit immer wieder den Vertrag von Lausanne anprangert, hat hiermit zu tun. Während die Türkei in der Vergangenheit den Vertrag von Lausanne als einen historischen Sieg der türkischen Republik tituliert hat, macht Erdoğan also nun eine neue Seite auf und erklärt, dass Lausanne eine Niederlage darstelle und nicht die Türkei repräsentiere. Was bedeutet diese neue Seite? Sie bedeutet, dass Erdoğan sich als Erbe des Osmanentums und des Osmanischen Reiches betrachtet und aus diesem Grund zumindest in einem Mindestmaß die Diskussion um Misak-ı Milli wiederaufmachen will. Es soll klargestellt werden, dass die Türkei in ihrer jetzigen Position Ansprüche auf Regionen wie Aleppo, Mûsil oder Kerkûk erhebt. Die türkische Regierung verfolgt in dieser Hinsicht dunkle und schmutzige Pläne. Sie will die gesamte Situation in der Region in ein Chaos führen und darauffolgend ihre Hegemonie installieren. Gleichzeitig fährt die Türkei einen strikt sunnitisch-sektiererischen Kurs und will eine sunnitische Linie etablieren, die von den salafistischen Kräften bis hin zu den sunnitischen Akteuren im Irak und in Syrien reichen soll.

Wie bewerten Sie, die PKK, inmitten all dieser Widersprüche die Mûsil-Operation? Was sind Ihre Lösungsvorschläge?

Wir wollen, dass die Probleme im Mittleren Osten auf Grundlage der Perspektive von Gleichberechtigung, Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie gelöst werden. Und hierfür kämpfen wir. Das ist auch unsere Politik im Irak, in Syrien, in der Türkei und im Iran. Unser Vorsitzender hat dies unzählige Male zur Sprache gebracht und ausgeführt. Wir kämpfen gegen die Benachteiligung von Religionen, Völkern, Klassen oder Geschlechtern und glauben daran, dass jede Gruppe auf Grundlage der Gerechtigkeit und auf Augenhöhe ihre Probleme lösen kann. Das wollen wir auch für Mûsil.

Können Sie die Mûsil-Angelegenheit aus der Perspektive der PKK ein wenig vertiefen?

Grundlegend für uns sind das Zusammenleben und die Geschwisterlichkeit der Völker. Diese Linie vertreten wir im Mittleren Osten, und wir sind davon überzeugt, dass inmitten des derzeit stattfindenden Umbruchs in der Region nur diese Linie zur Freiheit für alle führen kann. In diesem Sinne leisten wir unseren Widerstand, und diesen Widerstand versuchen wir im Mittleren Osten weiter auszubauen. Denn der Mittlere Osten kann nur befreit werden, wenn die vorherrschenden Probleme gelöst und die Trennung zwischen den Völkern und Religionsgemeinschaften überwunden werden. Und ohne einen freien Mittleren Osten wäre es falsch, für ein freies Kurdistan einzutreten. Für uns gehört beides zusammen, das nehmen wir auch zum Maßstab.

Unsere grundlegende Annäherung an die Situation war wie folgt: Was ist die Krise des Mittleren Ostens und wie kann sie gelöst werden? Unsere Antwort darauf lautete, dass diese Krise nur gemeinsam durch ein demokratisches Gesellschaftsmodell überwunden werden kann. Als dann die rückständige Linie des Salafismus angefangen hat, in der Region Fuss zu fassen, haben wir mit unserer Haltung klargemacht, an welcher Front und auf welcher Seite wir kämpfen. Wir haben unseren Freiheitskampf in Syrien, im Irak, in Mûsil, in Kerkûk und überall geführt. Und unsere Annäherung an die aktuelle Mûsil-Operation ist dieselbe.

Auch vor dem Auftauchen des IS haben wir in Kurdistan und im Mittleren Osten unseren politisch-militärischen Kampf auf dieser Grundlage geführt. Unser Kampf war auch schon damals auf die Demokratisierung des Mittleren Ostens und Kurdistans ausgerichtet. Entweder ist es uns in der Vergangenheit nicht gelungen, das gut zu vermitteln, oder die anderen wollten uns nicht verstehen. Jedenfalls hat die anhaltende Krise in der Region zur Entstehung einer Organisation wie dem IS geführt. Und mit der Entstehung des IS sind auch die wahren Absichten vieler Akteure in der Region offenbart worden. Auch unser Widerstand hat dazu geführt, dass wir besser verstanden worden sind.

Unsere grundlegende Annäherung an die Situation war wie folgt: Was ist die Krise des Mittleren Ostens und wie kann sie gelöst werden? Unsere Antwort darauf lautete, dass diese Krise nur gemeinsam durch ein demokratisches Gesellschaftsmodell überwunden werden kann. Als dann die rückständige Linie des Salafismus angefangen hat, in der Region Fuß zu fassen, haben wir mit unserer Haltung klargemacht, an welcher Front und auf welcher Seite wir kämpfen. Wir haben unseren Freiheitskampf in Syrien, im Irak, in Mûsil, in Kerkûk und überall geführt. Und unsere Annäherung an die aktuelle Mûsil-Operation ist dieselbe.

Glauben Sie, dass das von Ihnen beschriebene Modell auch für Mûsil ein Beispiel sein könnte?

Ich denke, dass mit diesem Modell die Risiken, mit denen Mûsil konfrontiert ist, aus dem Weg geräumt werden könnten. Mûsil ist mit seiner schiitischen, sunnitischen, kurdischen, assyrischen und êzîdischen Bevölkerung ein pluralistisches Mosaik. Ich habe bereits beschrieben, wie sich die verschiedenen Parteien der Befreiungsoperation diesem Mosaik annähern. Jeder nähert sich dem aus seiner Position und entsprechend seinen Interessen an. Welche dieser Sichtweisen soll denn für Mûsil eine Lösung bringen? Wenn jeder Teil dieser Vielfalt nur entsprechend seinen Eigeninteressen agiert, ist das problematisch. Leider wird aber bereits im Laufe der Befreiungsoperation genau so agiert. Wie sehr können die Schiiten die Sunniten akzeptieren, wie sehr erkennen die Turkmenen die Araber und die Kurden an usw. All das ist ein Problem und es gibt keine Kraft, die diese Probleme löst, indem sie sich all den Gruppen gleichberechtigt annähert und ihnen die Möglichkeit gibt, sich selbst zu repräsentieren. Und ich glaube nicht, dass dieses Problem mit den klassischen Vorstellungen und Ansätzen gelöst werden kann.

Wir sprechen deshalb von einem gesellschaftlichen Ansatz, in welchem jede Gruppe sich selbst artikulieren und für seine eigenen Interessen eintreten kann. Wir sprechen von gleichberechtigten Beziehungen untereinander und einer gemeinsamen Selbstverwaltung. Das gilt selbstverständlich nicht nur für Kurdistan, sondern auch für Mûsil und den gesamten Mittleren Osten. Unsere politische Lösung sieht von daher vor, dass eine konföderale Struktur mit gemeinsamen Verfassungen geschaffen wird, welche ein gemeinsames Leben im Mittleren Osten ermöglichen kann. Das ist unser Lösungsmodell und in diesem Rahmen sind wir auch bereit, an der Mûsil-Operation teilzunehmen.

Heißt das in diesem Fall, dass sie an der Operation teilnehmen werden oder besteht da eine Unsicherheit?

Wir haben eine klare politische Strategie, die wir für den Mittleren Osten entwickelt haben. Unsere Annäherung und unser Weg sind klar. Natürlich gibt es kurzfristige oder kon-



Flüchtlinge aus Mûsil auf dem Weg nach Rojava Foto: ANHA

junkturelle Veränderungen der Lage, auf diese müssen wir kurzfristig reagieren und unseren Kurs neu abstimmen. Im Falle der Mûsil-Operation haben wir von Anfang an deutlich gemacht, dass wir bereit sind im Kampf gegen den IS unsere Rolle einzunehmen. Doch aufgrund der verschiedenen Interessen, welche die unterschiedlichen Kräfte im Hinblick auf Mûsil verfolgen, stellt sich natürlich für uns die Frage, wer an der Operation letztlich teilnimmt und wer nicht. Als noch niemand den Kampf gegen den IS gewagt hat, haben wir bereits an den Fronten in Şengal, Maxmur und Kerkûk aktiv den Kampf gegen diese Organisation geführt und ihren Vormarsch gestoppt. Nun haben einige Gruppen geäußert, dass sie unsere Teilnahme an der Operation nicht wollen. Wir denken, dass hat mit den Interessen einiger regionaler Mächte zu tun.

Wer sind diese regionalen Mächte?

Die Türkei spielt hier eine äußerst aktive Rolle. Denn ihr ist Folgendes klar geworden: Die PKK hat aktiv gegen den IS gekämpft und ist zu einer Kraft in der Region geworden. Auch wenn die Türkei sich das nicht selbst eingestehen mag, so hat sie selbst sich doch durch ihre Beziehungen zum IS international marginalisiert. Aus diesem Grund hat sie es sich nun zum Ziel gemacht, die Rolle der PKK beim Kampf gegen den IS zunichtezumachen. Nun wollen sie selbst die Kraft sein, die am stärksten gegen den IS vorgeht, um so nicht dem IS, sondern vielmehr der PKK einen Schlag zu versetzen. Bei der Mûsil-Operation beabsichtigt sie diesen Plan umzusetzen – sie will unbedingt bei der Operation ihre Präsenz zeigen und gleichzeitig unbedingt verhindern, dass die PKK an der Operation teilnimmt. Der türkischen Regierung geht es nicht um die Lösung der Mûsil-Frage. Ihr geht es darum zu verhindern, dass die Kurden aus der Operation gestärkt hervorgehen. Sie will mit allen Mitteln die PKK aus der politischen Arena werfen. Hierfür baut sie sowohl Druck auf die internationale Koalition als auch auf die irakische Zentralregierung auf.

Aber es ist nicht nur die Türkei, die gegen eine Teilnahme der PKK an der Operation ist. Auch Saudi-Arabien und Katar spielen da eine Rolle. Auf kurdischer Seite wissen wir auch, dass die PDK sich ebenfalls dagegen wehrt. Wir haben die Information erhalten, dass die PDK bei ihrem letzten Zusammenkommen mit dem irakischen Premierminister Haider al-Abadi sich mit aller Deutlichkeit gegen eine Teilnahme der PKK an der Operation ausgesprochen und dies zu ihrer roten Linie erklärt hat. Es arbeiten also verschiedene Akteure gemeinsam, um zu unterbinden, dass die PKK politisch Boden gewinnt. Sie sehen die PKK als Gefahr für ihre eigene Politik und Interessen. Nichtsdestotrotz werden wir unseren Kampf entlang unserer Prinzipien fortsetzen.

Welchen Weg werden Sie von nun an einschlagen?

Wir werden sehen, wie sich im Laufe der Mûsil-Operation die Gleichgewichte verändern und was dessen Folgen sein werden. Wir werden das genau bewerten und dementsprechend unseren Weg fortsetzen. Wir haben nicht die Absicht, uns von den Entwicklungen loszulösen. Das hat es nie gegeben und wird es auch nie geben. Wir wissen, dass es eine kurdenfeindliche Linie gibt, an deren Anfang die Türkei steht. Wir sind uns ebenfalls auch bewusst, dass die Türkei eine entsprechende kurdenfeindliche Politik verfolgt, die sich vor allem gegen die PKK richtet.

Wir wissen auch, dass es von türkischer Seite seit längerem Pläne gibt, gegen Şengal eine militärische Operation zu starten. Diese mögliche Operation steht im Zusammenhang mit der Mûsil-Operation und der Frage, welche Rolle die Türkei darin spielen wird. Außerdem ist nicht ganz abzusehen, welche Pläne die Türkei gemeinsam mit der PDK in Maxmur und Kerkûk gegen uns verfolgt. Genauso ist nicht ganz klar, was die Türkei ebenfalls zusammen mit der PDK gegen die Meder-Verteidigungsgebiete vorhat. Natürlich werden wir gegen jeden dieser möglichen Angriffe unsere Positionen verteidigen.

Gibt es entsprechende Vorbereitungen Ihrerseits?

Selbstverständlich. Seitdem wir mitgeteilt haben, dass wir bereit sind an einer Mûsil-Operation teilzunehmen, sind wir sowohl politisch als auch militärisch vorbereitet. Wir sind selbst unterschiedliche Szenarien durchgegangen und haben uns entsprechend auf jede mögliche Eventualität vorbereitet.

Werden hinsichtlich der Mûsil-Operation diplomatische Gespräche mit der internationalen Koalition, der irakischen Regierung und anderen Kräften geführt?

Wir stehen mit allen Kreisen in Kontakt. Allerdings gibt es noch keine Ergebnisse, die ich hier benennen könnte. Wie gesagt, die Operation hat unter den genannten Bedingungen begonnen. Aber es ist unklar, wie sich das Ganze entwickeln und zu welchen Ergebnissen das führen wird. Was wir aber in jedem Fall festhalten können, ist, dass die PKK die Phase nicht nur passiv beobachten wird. Sie wird dort ihren Platz einnehmen, wo für eine Lösung gekämpft wird. ♦

Entwicklungen in Rojava seit Ausrufung der Föderation bis September 2016

Das Föderale System Nordsyrien auf seinem Weg

Ercan Ayboğa und Devriş Cimen, 20.09.2016

Die Ausrufung des »Föderalen Systems Rojava – Nordsyrien« am 17.03.2016 ist eine wichtige Etappe im Freiheitskampf der Kurd_innen von Westkurdistan (Rojava) und der mit ihnen verbündeten Bevölkerungsgruppen und politischen Organisationen. Es war ein Ausdruck der positiven Entwicklungen im Staate Syrien nach der Befreiung von Kobanê im Januar 2015 und die Ankündigung weiterer anvisierter Ziele.

Die den drei selbstverwalteten Kantonen unterstehenden Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) hatten die Kantone Kobanê und Cizîrê im Juni 2015 verbunden und anschließend etliche weitere Gebiete befreit und den Islamischen Staat (IS) spürbar zurückgedrängt. Die taktisch-militärische Zusammenarbeit mit den USA seit der Teilbesetzung von Kobanê im Oktober 2014 spielte hierbei eine nicht untergeordnete Rolle. Dabei kooperierten sie mit einer wachsenden Zahl anderer bewaffneter Organisationen und lokaler Bevölkerungsgruppen, die sich im Herbst 2015 zu den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) zusammenschlossen. Es entstand ein größeres zusammenhängendes Gebiet.

Neben den militärischen Erfolgen gab es wichtige innere politische Entwicklungen: Die wirtschaftliche Situation verbesserte sich etwas trotz Embargo durch die Türkei, die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) und den IS – insbesondere wurden die Mittel und Produkte durch den Aufbau vieler neuer Kooperativen und mehr Demokratie in der Wirtschaft gleichberechtigter und solidarischer verteilt. Sehr wichtig war es, dass eine Reihe neuer politischer Strukturen geschaffen bzw. vertieft wurden – sowohl direktdemokratische durch die Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) als auch andere im Rahmen der demokratisch-autonomen Selbstverwaltung. Mittels dieser Strukturen beteiligten sich immer mehr bisher fernstehende oder bis vor kurzem unter dem IS lebende Menschen am politischen Leben. Vor allem Araber_innen brachten sich ein – entweder als Individuen oder durch verschiedene Organisationen (einschließlich Stämme).

Die seit dem Kobanê-Widerstand gewachsenen internationalen Sympathien für Rojava bzw. die Kurd_innen in Syrien führten zu einem Legitimitätsstatus, und auch wenn sie Grenzen hatten – vor allem durch die Antihaltung der türkischen Regierung und der PDK –, erleichterten sie die Ausrufung und den Aufbau der Föderation Nordsyrien.

Das System der Kantone hätte auf die befreiten Gebiete ausgeweitet werden können bzw. neue geographisch anschließende Kantone hätten gegründet werden können, aber der Begriff Föderation ist weitläufiger, anerkannter und verbindet alle befreiten Gebiete unter einer Verwaltung. Da die Kantone weiterbestehen und die direktdemokratischen Strukturen weiterarbeiten, ist die Föderation als Überbau der bisherigen Strukturen und als Einbindung der neu befreiten Bevölkerungsteile zu verstehen, in gewissem Maße auch als das politische Pendant zur militärisch vorangeschrittenen Entwicklung.

Die Reaktionen der betreffenden Regierungen waren unterschiedlich. Die PDK ging fast gar nicht auf die Erklärung ein – gegen das Wort Föderation hatte sie nichts, vielmehr wollte sie keine Weiterentwicklung des sich ausweitenden Bündnisses, an dem der Barzanî-assoziierte Kurdische Nationalrat in Syrien (ENKS) nicht beteiligt war – und schloss wenige Tage später die Grenze zu Rojava komplett. Der türkische Staat stand dem Ganzen ohnehin sehr feindselig gegenüber, womit es in dieser Hinsicht erst gar keine Erwartungen gegeben hatte. Das Baath-Regime lehnte das Projekt in einer Manier ab, als ob es immer noch alleiniger Souverän über das ganze Staatsterritorium wäre, ohne es im Nachhinein weiter groß zu thematisieren.

Positiver waren die Reaktionen auf internationaler Ebene, vor allem der beiden großen Mächte USA und Russland. Letzteres begrüßte die Föderation sogar – im Gegensatz zu seinem Partner Syrien. Hierbei muss gesagt werden, dass Russland zu diesem Zeitpunkt mit der Türkei im Konflikt stand. Die USA

verhielten sich offiziell distanziert und wollten so etwas auf syrischer Ebene diskutiert und behandelt sehen. Die EU-Staaten haben sich dazu nicht direkt geäußert. Die Äußerungen der beiden großen Mächte sind Ausdruck ihres momentanen Kalküls im Hinblick auf den Krieg in Syrien und ihre Beziehungen mit den Rojava-Kantonen; sie können sich öffentlich jederzeit dagegen positionieren, wenn es ihren neuen Interessen entspricht.

Die anschließenden Monate vergingen damit, dass mit der eigenen Bevölkerung über die Bedeutung der erklärten und noch nicht wirklich breit praktizierten Föderation Versammlungen abgehalten wurden, in internationalen Gesprächen die dahinter steckende Idee verbreitet und Unterstützung gesucht und der Gesellschaftsvertrag vorbereitet wurde. Während dieser Diskussionen wurde im Sommer 2016 der Begriff Rojava aus dem erklärten Namen »Föderales System Rojava – Nordsyrien« herausgenommen, um damit die ethnisch-religiöse Vielfalt dieser Region noch mehr in den Vordergrund zu stellen und keiner einzigen Identität den Vorrang zu geben, auch wenn sie die Mehrheit stellen sollte. Das entsprach dem ideologischen Ansatz im Rahmen des Demokratischen Konföderalismus.

Allerdings verläuft der Prozess des Aufbaus der Föderation doch nicht so schnell wie erhofft. Das zeigt sich daran, dass die Vorbereitungstreffen lange dauern, im September 2016 eine zweite Runde der Vorstellung der Föderationsidee in allen Orten stattfand und der Gesellschaftsvertrag erst im Oktober 2016 verabschiedet werden soll. Die Diskussionen nehmen wegen der Vielfalt der beteiligten Akteure viel Kraft und Zeit in Anspruch, was nicht unbedingt negativ zu werten ist. Unter normalen und friedlichen Umständen benötigt ein Gesellschaftsvertrag viel Zeit, doch es herrscht Krieg in Rojava und Syrien und die Zeit drängt.

Währenddessen nahmen die Aggressionen des türkischen Staates gegen Rojava zu. Es wurde an der Grenze weiterhin gezielt auf Bewohner_innen und YPG-/YPJler_innen geschossen und Flüchtlinge in beiden Richtungen wurden immer öfter erschossen und bei der Festnahme gefoltert. Das lief parallel zur Intensivierung des Krieges in Nordkurdistan, der sich ab Frühjahr 2016 auf den größten Teil des Territoriums – vor allem die Berge – ausbreitete.

Von März bis Mai 2016 wurde diskutiert, ob die QSD in Zusammenarbeit mit den USA als nächstes Raqqa oder Minbic (Manbidsch) angreifen sollten. Letzteres wollten vor allem die QSD. Diese Diskussion sagte viel über die Strategien aus. Die USA wollten vordergründig den IS zerschlagen, dafür war die Einnahme seiner Hauptstadt wichtig. Die QSD wollten Schritt für Schritt vorgehen, eine Verbindung mit Afrîn schaffen, damit die wichtige Şehba-Region *[etwa das Gebiet zwischen Minbic und Azaz/Tel Rifaat]* befreien (und nicht dem Baath-Regime oder anderen reaktionären Kräften überlassen) und schließlich die IS-Nachschubwege kappen. Raqqa wäre demnach erst einmal weniger wichtig und könnte danach befreit werden. Durch eine Reihe von Faktoren und Verhandlungen zwischen QSD und USA begann Ende Mai die Operation Minbic, die nach 73 Tagen am 12.08.2016 mit dem Verlust von über 300 Kämpfer_innen erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Im ersten Halbjahr 2016 hatte die Syrienpolitik des türkischen Staates abgewirtschaftet. Auch durch den Konflikt mit Russland schwand sein Einfluss auf die Entwicklungen, die AKP-nahen Kräfte verloren in Syrien immer mehr an Boden. Die Minbic-Operation machte der Türkei ihre Situation dort besonders klar. Als Folge setzte sie nun alles daran, einen Strategiewechsel einzuleiten. Zunächst wurden die USA öffentlich vor die Wahl gestellt, entweder mit der Türkei oder mit den QSD zusammenzuarbeiten. Vor allem bemühte sie sich intensiv um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu Russland, was eigentlich das Akzeptieren der meisten russischen Positionen bedeutete. Ende Juni 2016 kündigte sie an, ihre Beziehungen sowohl zu Russland als auch zu Israel wieder zu verbessern – die schwächelnde türkische Wirtschaft war ein weiterer Faktor für diesen Schritt.

Mit diesem Kurswechsel hat die Türkei anscheinend eines ihrer beiden vordringlichsten Ziele in Syrien aufgegeben, nämlich den Sturz des Baath-Regimes und die darauffolgende Installierung einer türkeinahen Regierung. Denn das zweite wichtige Ziel – zu verhindern, dass Kurd_innen ihre Rechte und eine Autonomie in Syrien erhalten – war dem türkischen Staat wichtiger. Die Unterdrückung, Leugnung und Assimilation der Kurd_innen war und ist für ihn noch immer ein strategisches Element. Selbstbewusste und emanzipierte Kurd_innen sind nicht nur ein Trauma für die AKP, sondern für den türkischen Staat. So hat sich die AKP bereit erklärt, sich Assad doch noch anzunähern und zusammenzuarbeiten. Dies hieße eine Annäherung an Russland, Iran und Syrien, sogar auch an Irak. Letztere drei Staaten waren ohnehin nie für die Rechte der Kurd_innen in ihrem eigenen Herrschaftsgebiet.

Die Türkei erhoffte sich mit diesem Politikwechsel, die NATO-Staaten in Bezug auf Syrien unter Druck setzen zu können. Denn wenn die syrische Regierung wie auch deren strategische Partner zu möglichen Angriffen des türkischen Militärs auf Rojava schweigen, ist es für die NATO deutlich schwieriger, sich gegen die aggressiven Pläne der Türkei zu wenden. Schließlich ist diese eine strategische Partnerin, die es nicht zu verlieren gilt.

So waren die sehr gelassenen Reaktionen der Türkei zu Beginn der Minbic-Operation nicht sehr verwunderlich. Ihr reichte zunächst das Versprechen der USA, dass die YPG/YPJ sich nach der Befreiung von Minbic zurückziehen sollten. Denn zum einen hoffte sie, dass der IS die QSD in einen langen kräftezehrenden Krieg hineinziehen würde, und zum anderen bereitete sie inzwischen den genannten Strategiewechsel vor.

Als aber die QSD zusammen mit dem Militärrat von Minbic (von den QSD aufgebaute lokale Verteidigungsstruktur) am 12.08. relativ schnell Minbic befreiten, beschleunigte die Türkei die Zusammenarbeit mit dem Baath-Regime und Iran, die QSD zurückzudrängen. So war es nicht zufällig, dass wenige Tage nach der Befreiung von Minbic das Baath-Regime in Hesekê angriff. Die QSD in und um Hesekê sollten gebunden werden und nicht weiter in Richtung Afrîn marschieren können. Es sollte auch das Rojava-Projekt insgesamt geschwächt werden. Außerdem war es als ein Beweis der syrischen Regierung gegenüber der Türkei zu verstehen, dass sie tatsächlich deren Strategiewechsel gutheißt. Als dieser Angriff auf Hesekê in wenigen Tagen zurückgeschlagen wurde, ging die Türkei dazu über, selbst direkt einzugreifen.

Sie marschierte am 24.08.2016 mit ihr nahestehenden bewaffneten Gruppen (fast alle salafistische, für die das Label Freie Syrische Armee, FSA, verwendet wird) in das Şehba-Gebiet zwischen Cerablus (Dscharabulus) und Azaz ein. Syrien, Iran und Russland protestierten nicht, wegen der Absprache im Rahmen des Politikwechsels. Schon nach zwei Tagen griff das türkische Militär zusammen mit den Salafist_innen die etwa zehn Kilometer südlich gelegenen Stellungen an, die vom wenige Tage zuvor gegründeten und mit den QSD verbündeten Militärrat von Cerablus gehalten wurden. Es folgten heftige Kämpfe; türkische Kampfflugzeuge griffen Zivilist_innen an und ermordeten 35 von ihnen, als die Salafist_innen nicht vorankamen. Daraufhin zog sich der Militärrat von Cerablus aus mehreren Dörfern zum Fluss Sacûr zurück, um weitere Massaker zu verhindern. Aber auch, weil die USA inzwischen schnell intervenierten. Sie handelten de facto einen Waffenstillstand aus, der nach wie vor hält.

Die Gefahr für die befreiten Gebiete in und um Minbic ist jedoch nach wie vor groß. Die Türkei wird sich nicht damit abgeben, nur den vom IS gehaltenen Grenzstreifen einzunehmen. Sie wird wohl weiter nach Al-Bab zu gehen versuchen und dann sind Angriffe auf die QSD zu erwarten. Sie hat tausende Kämpfer_innen aus anderen Regionen Syriens wie Idlib und Aleppo abgezogen und hierher verfrachtet. Sie greift in Nordkurdistan die kurdische Freiheitsbewegung an allen Fronten auf brutale Weise an und wird sich erst recht in Rojava nicht zurückhalten. Ein tiefsitzender Hass des türkischen Staates auf die kurdische Freiheitsbewegung muss konstatiert werden, sonst ist seine Intervention in Syrien nicht ganz zu verstehen.

Die Gefahr für die befreiten Gebiete in und um Minbic ist jedoch nach wie vor gross. Die Türkei wird sich nicht damit abgeben, nur den vom IS gehaltenen Grenzstreifen einzunehmen. Sie wird wohl weiter nach Al-Bab zu gehen versuchen und dann sind Angriffe auf die QSD zu erwarten. Sie hat tausende Kämpfer_innen aus anderen Regionen Syriens wie Idlib und Aleppo abgezogen und hierher verfrachtet.

Welche Rolle genau die USA spielen, lässt sich nicht abschließend sagen. Ohne deren Einverständnis hätte die Türkei nie einrücken können; das wird auch nicht geleugnet. Die USA haben für ihr Einverständnis und ihre begrenzte militärische Unterstützung für den türkischen Einmarsch wahrscheinlich mehrere Aspekte berücksichtigt. Vorausgegangen waren die türkische Kehrtwende in ihrer Syrienpolitik und das De-facto-Schweigen von Syrien, Iran und Russland. Die Türkei jonglierte geschickt mit dem gescheiterten Militärputsch, präsentierte sich international als Opfer und setzte westliche Staaten moralisch unter Druck, weil die angeblich den Putsch indirekt unterstützt hätten – sie fühlte sich »alleingelassen«, so die Propaganda. Der Druck basierte auch darauf, dass die Türkei ihre Beziehungen zu Russland in Windeseile fast wieder auf den Stand vor der Verschärfung des Syrienkonflikts gebracht hat und die Option diskutiert, sich strategisch nach Osten zu orientieren. Die USA und die EU wollen dagegen die Bündnispartnerin Türkei in der NATO halten.

Der zweite wichtige Grund für die USA liegt darin, dass sie die Kurd_innen von Rojava gegen die Türkei ausspielen wollen, was aber nicht gleich das Ende der militärischen Kooperation bedeutet. Die USA sind daran interessiert, dass die Revolution von Rojava nicht zu erfolgreich wird und nur den IS in ihrem eigenen Sinne bekämpfen soll. Es handelt sich schließlich um ein emanzipatorisches und solidarisches Projekt, was dem Staat USA ideologisch widerspricht. Zwar sind die USA in ihrer Außenpolitik sehr pragmatisch, doch haben sie in der Geschichte noch nie mit einer solch linken Kraft – wenn auch nur militärisch – kooperiert. Die Kurd_innen haben seit dem Oktober 2014 allseits betont, dass es um eine taktische

Zusammenarbeit gehe und sie nicht darauf vertrauen wollten, sie strategisch zu sehen, was eine Lehre aus ihrer eigenen Geschichte ist. So haben sie auch immer wieder gleichzeitig mit Russland Gespräche geführt, um Widersprüche zwischen den verschiedenen Kräften auszunutzen. Dennoch haben sie ein vordergründiges Interesse daran, dass die Zusammenarbeit mit den USA weitergeht. Die USA sind schließlich ein Mittel, den IS schneller als sonst in die Schranken zu weisen und die Aggression der Türkei gegen Rojava zu zügeln. Allerdings sind diesem Interesse Grenzen gesetzt, insbesondere wenn es um die politischen Inhalte in Rojava geht.

Hier ist zu erwähnen, dass die Kurd_innen in Syrien als dritten Weg das Modell der Demokratischen Autonomie recht erfolgreich entwickeln. Ein Modell – egal, welchen Namen es in der Tat trägt –, das eine Lösung für die ethnische und religiöse Vielfalt Syriens anbietet. Das tun sie auch unter Embargo- und Kriegsbedingungen, um so viele Bevölkerungsgruppen wie möglich einzubinden, und verteidigen es gegen jeglichen Angriff. Die von einigen internationalen Medien verbreitete Nachricht nach dem türkischen Einmarsch in Syrien, wonach die Kurd_innen von den USA verraten werden würden, ist eine Desinformation. Denn es wird so dargestellt, als gäbe es keine autonomen Strukturen und alles würde von den USA vorangetrieben. Oder als ob das Autonomie- oder Föderationsprojekt vom Einverständnis der USA abhinge. Dahinter steht eine orientalistische Betrachtungsweise. Die Realität sieht allerdings so aus, dass mit jeder Kraft, die das Projekt anerkennt, Kontakte geknüpft werden und kooperiert wird. Das können die USA, Russland oder auch der syrische Staat sein.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat die US-Billigung der türkischen Intervention in Syrien als Fehler bezeichnet und es damit begründet, dass die Türkei weitergehende Ziele in Syrien verfolge und sich nicht mit dem Grenzstreifen zufriedengeben werde. Sie werde weiter vorrücken und die QSD angreifen wollen, womit der Konflikt in Syrien weiter verkompliziert und die Wahrscheinlichkeit eines möglichen Friedensprozesses in Syrien noch weiter abnehmen werde.

Dieser türkische Einmarsch ist auch im Sinne des IS. Denn es war spätestens mit der Befreiung von Minbic klar, dass der IS den Grenzstreifen zwischen Azaz und Cerablus aufgrund des internationalen Drucks nicht länger würde halten können. Die türkische Kontrolle über das an das Herrschaftsgebiet des IS angrenzende Areal wird ihm weiterhin ermöglichen, mit direkter türkischer Hilfe an neue Kämpfer, Waffen und Logistik zu kommen. Die Übergabe des vom türkischen Militär transportierten Materials irgendwo über die türkisch-syrische Grenze wird viel schwieriger nachzuweisen sein. So kann der IS sich weiter am Leben halten und vor allem für das Föderale System Nordsyrien eine große Gefahr bleiben. Mit anderen Worten: Der türkische Einmarsch ist auch eine Hilfsaktion für den IS.

Sind sich die USA solcher Gefahren nicht bewusst? Bestimmt. Warum schweigen sie? Weil die Türkei eine Bündnispartnerin ist, die es nicht zu verlieren gilt; und auch aus anderen strategischen Gründen (»den Feind kontrollieren können«). Ist denn der Kampf gegen den IS dann nicht eine Farce? Teilweise ja, denn einerseits werden die QSD unterstützt und andererseits die Türkei in Syrien, die Hauptunterstützerin des IS.

Eine andere wichtige Frage ist, ob die Türkei wirklich endgültig das Ziel aufgegeben hat, das Baath-Regime zu stürzen. Hat sie damit wirklich ihren Einsatz im Krieg um Aleppo aufgegeben? Oder gibt es vielleicht das Ziel, dass die türkeinahen Salafist_innen Aleppo von Norden aus – wenn die Şehba-Region unter Kontrolle gebracht ist – angreifen und von der Türkei dabei mit Waffen und Logistik unterstützt werden? Wahrscheinlich hat sich die Türkei diese Option freigehalten. Denn sie wird schauen, wie weit die Konzessionen Russlands, Irans und Syriens gehen und wie die NATO-Staaten reagieren werden.

Die Kräfte im Föderalen System Nordsyrien sind im Interessengeflecht der Welt- und Regionalmächte nicht so schwach, dass sie einfach überrollt werden könnten. Zum einen ist ihre militärische Widerstandskraft stärker denn je, zum anderen können die Kurd_innen nicht mehr wie früher negiert werden. Überhaupt akzeptiert der Mittlere Osten dauerhaft keine reaktionären, statischen und kollaborierenden Regime mehr. Der Drang der ethnischen, religiösen und sozialen Bevölkerungsgruppen nach mehr Freiheit und gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist stärker geworden. Die Aufstände seit 2011 in mehreren Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrikas sind auch ein Ausdruck davon.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat in den letzten 35 Jahren die Entwicklungen im Mittleren Osten im Vergleich am besten voraussehen können. Der revolutionäre Prozess von Rojava trifft diese Forderungen in erheblichem Umfang, was seinen bisherigen Erfolg erklärt. Und die Bewegung baut ihre Selbstverwaltung und -verteidigung immer weiter aus, macht sich dabei nicht von anderen Kräften abhängig und vertraut nur auf ihre eigene Stärke. Obwohl alle Staaten und reaktionären Kräfte die revolutionäre Entwicklung in Rojava und Nordsyrien verleugnen, beeinträchtigt das nicht unsere Hoffnung auf einen Erfolg, der durch internationale Solidarität gestärkt werden kann. Jede Solidarität mit der Revolution von Rojava wird die unabhängige und befreierische Linie in Syrien und im Mittleren Osten stützen. ♦

Trotz Angriffen und Embargos

Neuaufbau von Kobanê schreitet voran!

Meike Nack, Weqfa Jina Azad a Rojava | Stiftung der Freien Frau in Rojava

Am 15. September 2014 begann der sogenannte Islamische Staat (IS) die kurdische Stadt Kobanê (Ain al-Arab) im Norden Syriens anzugreifen. Die meisten Bewohner mussten fliehen. In Pîrsûs (Suruc), das gegenüber von Kobanê auf der türkischen Seite der Grenze liegt, entstand ein riesiges Flüchtlingslager. Kobanê wurde nach 134 Tagen aufopferungsvollen Widerstands durch die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) befreit. Damit wurde das erste Mal der Wille des IS gebrochen und der IS konnte in der Folge zurückgeschlagen werden.

Anlässlich des Welt-Kobanê-Tages möchten wir als Komitee der Solidaritätsprojekte für Rojava hier einen Überblick über die Entwicklungen in Kobanê geben und nochmals dazu aufrufen, sich für die Stadt des Widerstandes und den Aufbau der demokratischen Selbstverwaltung in Nordsyrien/Rojava zu engagieren.

Die weitestgehend zerstörte Stadt ist von Minen und Schutt befreit. Mit dem Aufruf zu internationaler Solidarität begann ihr Neuaufbau als ein revolutionäres Projekt. Dies sah nicht nur den Wiederaufbau der Häuser vor. Durch die Neuorganisierung der Gesellschaft versuchen die Bewohner Rojavas wie in Kobanê das höchste Maß an Selbstbestimmung und -verwaltung unter Einbeziehung der Vielfalt der Gesellschaft zu erreichen. Dieses von Abdullah Öcalan entwickelte Modell des Demokratischen Konföderalismus zur Lösung gesellschaftlicher Probleme begeistert heute international die Linke.

In den Kanton Kobanê sind ca. 250 000 Menschen, die Hälfte der Einwohner, in ihre Stadt sowie auch die meisten Dorfbewohner zurückgekehrt. Stadt und Dörfer organisieren sich zunehmend. Und die ersten Erträge dieser Neuorganisierung und Selbstverwaltung tragen Früchte.

Hingegen setzen das internationale Kapital und seine Nationalstaaten ihre politischen wie militärischen Angriffe fort. Mit dem Embargo der Türkei und ihrer Verbündeten wie der kurdischen Autonomieregion im Irak (Demokratische Partei Kurdistans, PDK) gegen Nordsyrien wird versucht, die Menschen in Rojava zu isolieren und sie von jeglicher Hilfe abzuschneiden. Mit dieser Methode wollen sie das revolutionäre Projekt Rojava scheitern lassen.

Als die Regierung von Rojava ein konföderales Modell als Lösungsmodell auch für Gesamtsyrien vorgeschlagen hatte, begann die Türkei damit einhergehend direkt die kurdischen Städte bzw. Stadtteile in Bakur (Nordkurdistan) mit einer noch immer kaum fassbaren Brutalität anzugreifen. Der Genozid an der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und die Angriffe auf die Demokratische Partei der Völker (HDP) und die Stadtverwaltungen unter ihrer Regie wirkt sich erheblich auf den Aufbau des Projekts Rojava aus. Der allergrößte Teil des Baumaterials, des Werkzeugs, der Zelte sowie Verpflegung für die Versorgung der Menschen aus Kobanê und der Fuhrpark für die Aufräumarbeiten waren kurzfristig von den Stadtverwaltungen der kurdischen Städte in der Türkei organisiert worden.

Einhergehend mit der Zerstörung der kurdischen Städte in der Türkei begannen auch die grenzüberschreitenden Operationen und militärischen Angriffe auf die kurdischen Städte im Norden Syriens. Mahnwachen und Demonstrationen wurden von der Türkei grenzüberschreitend angegriffen, ein Einmarsch türkischen Militärs zum Bau der Grenzanlage auf syrischem Boden wurde von den YPG/YPJ zurückgeschlagen. Und zuletzt wurden Ende September mehrere Dörfer im Kanton Rojava von türkischen Einheiten angegriffen. Die Auswirkungen des Mangels an medizinischem Gerät sowie Medikamenten, aber auch an Personal sind für die Gesundheitsversorgung dramatisch.

Genauso muss die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus eigener Produktion gewährleistet werden. Die zusätzliche Versorgung der knapp 400 000 Flüchtlinge ist unter diesen Bedingungen äußerst schwierig – ebenso ist es durch die enorme Hitze problematisch, durch Hygiene in den Camps der Binnenflüchtlinge Krankheiten vorzubeugen. Dies in Kombination mit fehlenden Medikamenten führt dazu, dass sich Erkrankungen wie Entzündungen, Pilzkrankheiten oder auch Leishmaniose verbreiten.

Zudem ist Kobanê die nächstgelegene Stadt zu den anhaltenden Gefechten in den Kämpfen gegen den IS. Sie ist die erste Station für die Versorgung von Verletzten aus der Bevölkerung wie auch der Kämpfer der Streitkräfte für ein demokratisches Syrien.

Dabei ist das Projekt der demokratischen Selbstverwaltung angesichts dieser äußerst problematischen Umstände noch erstarkt. Tev-Dem (Tevgera Demokratik, in der Demokratischen Bewegung organisiert sich die Bevölkerung von Rojava) und Kongreya Star (die Frauenbewegung in Rojava) haben in kürzester Zeit zahlreiche Projekte entwickelt, um die gesundheitlichen, ökonomischen und bildungsnotwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Durch den Geist des Widerstandes gelingt es den Menschen in Rojava, trotz derartiger politischer Angriffe und damit einhergehender Schwierigkeiten eine noch stärkere revolutionäre Kraft zu entfalten.

So konnten in diesem Schuljahr für die zahlreiche Familien, die mit ihren schulfähigen Kindern in die Stadt zurückgekehrt sind, 7 von insgesamt 23 Schulen der Stadt Kobanê geöffnet werden. Für die Inbetriebnahme der Grundschulen wurden von der Kantonsregierung 220 Lehrerinnen und 50 Lehrer ausgebildet.

Der Wiederaufbau der 16 anderen schwer beschädigten Schulen hält an. Zunächst wurden die weniger beschädigten Schulen wieder instandgesetzt. Für die Renovierung der weiteren Schulen bedarf es noch viel Unterstützung, für die sich das Bildungsministerium auch internationale Hilfe erhofft.

Im Rahmen des Aufbaus des Gesundheitssystems hat Anfang Dezember der Gesundheitsrat von Kobanê zusammen mit dem Rat der Familien der Gefallenen acht Gesundheitszentren in verschiedenen Stadtteilen eröffnet. Darin werden jeweils zwei Personen arbeiten. Dort werden sowohl Behandlungen als auch Gesundheitsseminare durchgeführt werden. Neben den errichteten Krankenhäusern ermöglichen sie eine Erstversorgung der Menschen in ihren jeweiligen Stadtteilen.

Um eine Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten, sind eine Vielzahl an Projekten zum Anbau von Gemüse, Obst, Weizen und auch Sesam entstanden. Die Rückkehr der Dorfbewohner und die Garantie ihres Schutzes durch organisierte Selbstverteidigung sind überlebenswichtig für die gesamte Bevölkerung. Vor zwei Wochen haben die Bauern mit der Sesam-Ernte begonnen. Trotz der schwierigen Umstände konnte ein stolzer Ertrag von insgesamt 2700 Tonnen Sesam eingefahren werden. Sesam ist die Grundlage für viele Nahrungsmittel in Syrien.

Auch die Frauenbewegung Kongreya Star des Kantons hat zahlreiche Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation der Frauen und Kinder durchgeführt. Dazu hat sie zunächst mit der Gründung von Frauenräten und Frauenkommunen in der Stadt und in den Dörfern begonnen. Die Kommune ist das kleinste Organisationsmodell von Frauen in ihrer Nachbarschaft. Sie besteht aus fünf Komitees und dem Vorstand. Die Kommunengemeinschaft wählt jeweils zwei Vorstandsmitglieder und drei Mitglieder für die fünf Komitees: Komitee für Wirtschaft, Zusammenkommen und Frieden, Gesundheit, Bildung sowie Verteidigung. Diese Bereiche sind die wesentlichen Bestandteile, aus denen eine Lebensorganisierung entsteht.



In Kobanê gibt es wegen des Krieges 872 Halb- und 62 Vollwaisen, viele von ihnen können nicht bei Familienangehörigen untergebracht werden. Für ca. 100 Kinder baut die Frauenstiftung einen Ort zum Leben und Lernen. Dort können sie die traumatischen Erlebnisse, die Angriffe und teilweise auch erlebte Gefangenschaft beim IS aufarbeiten. Wer dieses Projekt für die Waisenkinder unterstützen möchte, kann sich an die Stiftung der Freien Frau in Rojava wenden: wjar2014int@gmail.com | Tel.: 0151-12070278 Foto: Weqfa Jina Azad a Rojava

Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, kann sich gern an das **Netzwerk für Solidaritätsprojekte für Kobanê und Rojava** wenden:
kobane_projekte@lists.riseup.net
oder an:
Weqfa Jina Azad a Rojava
Foundation Free Woman in Rojava
Alaa 1, Qamislo Qenaswes, Rojava (Nordsyrien)
Tel.: 00963 52 451 006
facebook: Weqfa Jina Azad
mail: jina.azad2014@gmail.com
www.weqfajinaazad.org

In Europe:
Foundation Free Woman in Rojava
mobile in Germany: 0049 151 120 70 278
mail: wjar2014int@gmail.com
c/o International Free Women´s Foundation
Rotterdam, Netherlands

Die Stiftung der Freien Frau in Rojava unterstützt die Frauenbewegung Kongreya Star durch ein Projekt, das einer speziell vom Krieg betroffenen Gruppe zugutekommt. In Kobanê gibt es wegen des Krieges 872 Halb- und 62 Vollwaisen, viele von ihnen können nicht bei Familienangehörigen untergebracht werden. Für ca. 100 Kinder baut die Frauenstiftung einen Ort zum Leben und Lernen. Dort können sie die traumatischen Erlebnisse, die Angriffe und teilweise auch erlebte Gefangenschaft beim IS aufarbeiten. Alle Kinder haben mehrere Familienangehörige verloren, viele haben deren Tod direkt miterlebt. Das Projekt der Frauenstiftung möchte die Kinder darin stärken, miteinander eine neue Gemeinschaft aufzubauen und trotz der schwer traumatisierenden Erlebnisse eine Perspektive für ihr eigenes Leben zu schaffen. Es wird ein Zentrum bestehend aus Unterkünften, einer Schule, Aufenthaltsräumen und einer Gartenanlage. Die Schule ist sowohl für die Waisenkinder als auch für Kinder aus der Nachbarschaft, so dass ein spezieller Fokus auf pädagogische Konzepte für die Kinder gerichtet ist, aber ebenso eine Integration in die weitere Gesellschaft von Kobanê stattfindet.

Auch wenn es noch immer verschiedene Initiativen gibt, hat sich der Charakter der notwendigen Unterstützung stark verändert. Bis vor einem Jahr konnten noch zahlreiche Delegationen nach Rojava fahren, um vor Ort aktiv Hilfe zu leisten. Mit der Isolation Rojavas wird auch versucht, den Informationsfluss zu unterbrechen und damit ein weiteres Mal die Informationen über das Engagement der kurdischen Bewegung für einen friedlichen Mittleren Osten zu verdecken. Gerade deswegen ist es umso mehr notwendig, in Deutschland und anderen Ländern Europas gemeinsam eine Lobby zur Unterstützung des Modells der demokratischen Selbstverwaltung zu schaffen und über die Projekte des zivilgesellschaftlichen Aufbaus zu berichten. Noch immer versucht der Westen, seinen neoliberalen Kapitalismus im Mittleren Osten zu etablieren oder mithilfe des sogenannten IS ein derartiges Chaos zu schaffen, dass die Region über eine Intervention kontrollierbar wird.

Dagegen bedeutet Solidarität mit Kobanê und Rojava allen Isolierungsversuchen zum Trotz, an einer frauenbefreiten, basisdemokratischen, nichtkapitalistischen, antifaschistischen, friedensschaffenden und ökologischen Perspektive und der Ausweitung ihrer Praxis mitzuwirken. ♦

Erneut große Solidarität mit Schulen in Kobanê

Schulpartner trotz/en geschlossener Grenze

Pressemitteilung der Oberschule Eversten und der Helene-Lange-Schule

Nach dem diesjährigen gemeinsamen Spendenlauf der Helene-Lange-Schule und der Oberschule Eversten für den Wiederaufbau der Schulen in Kobanê zeichnet sich ein großer Erfolg ab: Bereits jetzt ist der Spendenstand aus dem letzten Jahr fast erreicht, und mehrere schon angekündigte Spendenbeträge stehen noch aus. Mit vermutlich weit mehr als den 18 000 Euro aus dem letzten Jahr wird das Oldenburger Schulprojekt »Jiyana nû – Solidarität macht Schule« in diesem Jahr den Aufbau und die Ausstattung der Schulen in Kobanê unterstützen können. Ebenso wie im letzten Jahr soll das Geld so schnell wie möglich vor Ort ankommen, um dort für die aktuellen Vorhaben der Schulverwaltung von Kobanê eingesetzt werden zu können.

Unter anderem deshalb reiste in der vergangenen Woche eine Delegation der HLS und OBSE nach Berlin und übergab dem Vertreter der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava in Deutschland, Herrn Sipan Ibrahim, in seinem im Mai 2016 eröffneten Büro die ersten 10 000 Euro des Spendenbetrages.

Beeindruckt von den Schilderungen des Spendenlaufs versicherte Herr Ibrahim, dass er den Kindern und Lehrkräften in Kobanê ausführlich davon berichten werde und bedankte sich in ihrem Namen herzlich für das Engagement.

Das Treffen zwischen den Vertretern der Oldenburger Schulen und Herrn Ibrahim diente aber gleichzeitig einem weiteren Zweck: Offiziell sollten nun die seit letztem Jahr geplanten, ers-

ten Schulpartnerschaften zwischen Schulen in der Region Rojava (Nordsyrien)/Kobanê und der BRD/Oldenburg beschlossen werden.

In einem schriftlichen Austausch hatten die Beteiligten eine Partnerschaftsvereinbarung erarbeitet, die Ziele, Grundsätze und Vorhaben der zukünftigen Schulpartnerschaft zwischen der Helene-Lange-Schule Oldenburg und der Schule S. Osman in Kobanê/Stadt sowie zwischen der Oberschule Eversten Oldenburg und der Schule S. Ehmed Yasin in Girê Spî/Kanton Kobanê festlegt.

In einer von Respekt, Toleranz und Verständnis für den Anderen geprägten, vertrauensvollen Zusammenarbeit wollen die Schulen, so die Vereinbarung, mit verschiedenen Korrespondenzformen und Begegnungsmaßnahmen die Lebenswelt des jeweils Anderen kennenlernen und an gemeinsam festgelegten Themen und Projekten arbeiten.

So engagiert die Beteiligten diese Vereinbarung erarbeitet hatten, so ernüchtert mussten sie, wie erwartet, nun das Gespräch über die Möglichkeiten ihrer Umsetzung erleben. Nach wie vor ist die Region der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava, und damit auch Kobanê, von Begegnungsmöglichkeiten fast vollständig ausgeschlossen, durch die Schließung der Grenzen, insbesondere seitens der türkischen Regierung, sowie durch die Kriegssituation auf syrischem Gebiet. Mehrfach beschrieb Herr Ibrahim in dem Gespräch, dass die zahlreichen verschiedenen Hilfsangebote für Rojava aus Europa, personelle wie materielle, das Gebiet nicht erreichen können. Dies behindert den Wiederaufbau des vom sog. IS befreiten Gebietes und die Entwicklung einer Zukunftsperspektive für die Menschen extrem, und das, obwohl gerade hier auch zahlreiche Menschen aus den umkämpften Gebieten Zuflucht gefunden haben.

Dennoch, oder gerade deshalb, war man sich einig: Das Solidaritäts- und Schulpartnerschaftsprojekt der Oldenburger Schulen soll in Kooperation mit den Vertretern aus Kobanê mit allen jeweils möglichen Maßnahmen weitergeführt werden.

Am 19. November um 14.00 Uhr stellen SchülerInnen und Lehrkräfte der Schulen das Projekt im Rahmen einer Veranstaltung im CineK/Kulturetage vor. Im Anschluss an die Filmdokumentation »Perperik« zur Situation der Schulen in Kobanê von Nurdane Turkmen berichten sie von den bisherigen Aktivitäten im Projekt und Planungen für die Zukunft. Dabei werden auch die Schulleitungen sowie Herr Sipan Ibrahim, Vertreter der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava in Deutschland, anwesend sein, um den noch ausstehenden Betrag aus dem diesjährigen Spendenlauf der OBSE und HLS entgegenzunehmen und Auskünfte zu Publikumsfragen zu geben.

Oldenburg, 02.10.2016

Birgit Zwikirsch (birgit.zwikirsch@obs-eversten.de)
Christian Katz (christian.katz@hls-ol.de)



Treffen zwischen VertreterInnen der Oldenburger Schulen und Sipan Ibrahim in der Berliner Vertretung der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava. Foto: Archiv

Die Konsultativkonferenz der Autonomen Region Kurdistan am 24./25. September 2016

Eine Lösung für die aufgestauten Probleme der Autonomen Region Kurdistan!

Kovorsitz des Nationalkongresses Kurdistan



Das kurdische Volk im Irak ist seit der Gründung des Staates Opfer von Panarabismus und engstirnigem arabischem Nationalismus.

Der kurdische König Scheikh Mahmud Hafid flehte die englischen Kolonialisten an, als sie dabei waren, im Zuge des Sykes-Picot-Abkommens den Staat Irak »zusammenzustellen«, Südkurdistan nicht mit dem neu geschaffenen Staat zu vereinigen. Er vertrat die Ansicht, KurdInnen und AraberInnen sollten besser getrennt leben. Er betonte auch die bestehende kurdische und arabische Geschwisterlichkeit und bat um Unterstützung, sie zu stärken.

Die Kolonialmächte hörten offensichtlich nicht auf ihn und schickten ihn ins Exil.

Die Geschichte des Irak ist wie die der Türkei, Syriens oder des Iran eine Geschichte der engstirnig-nationalistischen Aggression gegen die einheimischen Völker der Region wie KurdInnen, AssyrerInnen, ArmenierInnen oder BelutschInnen.

1991 verloren infolge der irakischen Diktatur, des Totalitarismus und der gewaltsamen Annexion mindestens eine halbe Million KurdInnen ihr Leben; 5 000 Dörfer wurden zerstört und die Menschen waren mit Massenarbeitslosigkeit und Armut konfrontiert. Saddam Husseins aggressives und sadistisches Verhalten wurde zur Belastung für das internationale Gewissen.

Die internationale Solidarität mit dem kurdischen Volk in Südkurdistan und der Freiheitswille der KurdInnen wurden zu Geburtshelfern des heutigen semiunabhängigen Kurdistan. Die USA und der Westen unterstützten das Projekt einer föderalen Einheit im Irak. Auch Japan und Staaten wie Russland und China zeigten Verständnis und Solidarität für diese Idee.

Die gesamte kurdische Bevölkerung im Mittleren Osten und auch andere Bevölkerungsgruppen wie ChristInnen, AssyrerInnen und ArmenierInnen, nicht jedoch die TürkInnen, unterstützten die Idee. Dieser Teil Kurdistans erlangte schnell internationale Sympathie und praktische Unterstützung; er konnte eine Verfassung entwickeln und ein Parlament, eine Regierung und eine Repräsentation in den zentralirakischen Institutionen herausbilden.

Diese Erfolge erlitten einen schweren Schlag, als Tribalismus, Clan-Denken und feudale Strukturen, Nepotismus, das Fehlen einer patriotischen Loyalität gegenüber dem nationalen Projekt, fehlendes fortschrittliches Denken und mangelnde Bereitschaft zur Unterstützung von Frauen- und Menschenrechten die Oberhand gewannen. Die destruktive Führung ebnete den Weg für ein bis dahin undenkbar hohes Niveau der Korruption in allen Bereichen des Lebens; sie stiftete Uneinigkeit zwischen den KurdInnen und förderte Abgrenzung und

Konflikte, die auf territorialer Kontrolle durch verschiedene politische Gruppierungen basierten.

Obwohl es seit fast 25 Jahren, zumindest seit 2003, Freiheit bzw. teilweise Unabhängigkeit gibt, haben sich in Südkurdistan/Başûr politische, ökonomische und soziale Probleme aufgestaut, die nicht nur die Erfolge in diesem Teil Kurdistans, sondern auch den Fortschritt der Befreiungsbewegung in anderen Teilen Kurdistans in Gefahr bringen.

Der Kovorsitz konkretisiert die Probleme wie folgt:

- Tribalismus und feudale Strukturen;
- Nepotismus und eine Politik basierend auf Freundschaften;
- Diebstahl, Betrug und Korruption;
- Ignoranz und Hochnäsigkeit; fehlendes Verständnis politischer Repräsentation und mangelnder Respekt vor BürgerInnen-, Frauen- und Menschenrechten;
- das Fehlen einer fortschrittlichen und umweltfreundlichen politischen Vision.

Diese Probleme haben eine Situation geschaffen, in der das achte Kabinett der Regionalregierung Kurdistan Probleme mit der Repräsentation hat, das Parlament ist paralysiert und die Ministerien funktionieren nicht richtig. Es gibt Probleme der demokratischen Verantwortlichkeit.

Nach vielen Jahren der Krise haben die Entscheidungsträger noch immer keine dauerhafte Lösung gefunden.

Aber diese politischen und ökonomischen Probleme beeinflussen das soziale Leben der Menschen. Die BürgerInnen in Başûr fordern eine sofortige Lösung. Der Nationalkongress Kurdistan (KNK) sah daher die Notwendigkeit einer Konsultativkonferenz, insbesondere weil die Parteien sich als unfähig erwiesen haben, die Probleme zu lösen.

Deshalb wurde vom 24. bis 25. September 2016 eine Konsultativkonferenz im Bezirk Qere Hencir organisiert, der zur kurdischen Stadt Kerkûk (Kirkuk) gehört. Alle kurdischen Parteien, NGOs, religiösen Institutionen, unabhängige Persönlichkeiten und Intellektuelle waren zur Teilnahme eingeladen, um ihren Beitrag zu einer friedlichen und demokratischen Lösung zumindest der dringendsten Probleme zu leisten.

Es ist erwähnenswert, dass drei Abgesandte der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) unter den TeilnehmerInnen waren; einer als Vertreter von Mesûd Barzanî, des PDK-Vorsitzenden, einer als Repräsentant und ein weiterer als Mitglied des Politbüros der PDK. Auch nahmen der Gouverneur von Kerkûk, der Direktor des Bezirks Qere Hencir, drei Mitglieder der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) sowie Mitglieder von Gorran, der Bewegung für Veränderung, und anderer politischer Parteien teil.

Der Nationalkongress Kurdistan arbeitet als eine Dachorganisation für alle politischen Parteien, NGOs, religiöse Institutionen und unabhängige Persönlichkeiten. Sein Schwerpunkt liegt auf einer friedlichen und demokratischen Lösung sowohl der nationalen Probleme als auch der kurdischen Frage in den Kolonialstaaten.

Der KNK strebt nach demokratischen und friedlichen Lösungen basierend auf gemeinsamen Zielen und gegenseitigem Respekt. Die nationalen Ziele aller Institutionen in Kurdistan, seien es ethnische, religiöse, kulturelle, regionale oder individuelle, müssen berücksichtigt werden. Wir suchen nach den besten Optionen für einen stabilen demokratischen Dialog mit einer offenen Atmosphäre und unter Berücksichtigung von Diversität und verschiedenen Ansichten.

Der KNK hat hunderte Konferenzen, Seminare, Panels und Sitzungen ausgerichtet, nur um die kurdische Frage zu erläutern und den Weg für eine friedliche und demokratische Lösung zu ebnen. Auf der kurdischen nationalen Ebene gab es allein seit 2011 zahlreiche Konferenzen, zum Beispiel im Oktober 2011 eine Konferenz in Brüssel betreffend die Kurdistanfrage als Ganzes; im November 2012 im französischen Parlament über Rojava von Kurdistan und Syrien; im April 2014 eine Konferenz in Schweden über Rojhilat (Kurdistan unter iranischer Besetzung). So war diese Konferenz nur eine weitere Aktivität des KNK, die dem föderalen Kurdistan im

Irak helfen wollte, seine eigenen Probleme mit effektiveren und modernen Lösungen zu bewältigen.

Die Konferenzen und Aktivitäten des KNK basieren auf freier und freiwilliger Teilnahme. Diese Konsultativkonferenz wurde vollständig von lokalen Mitgliedern aus dem Gebiet Kerkûk organisiert.

Der KNK strebt nach demokratischen und friedlichen Lösungen basierend auf gemeinsamen Zielen und gegenseitigem Respekt. Die nationalen Ziele aller Institutionen in Kurdistan, seien es ethnische, religiöse, kulturelle, regionale oder individuelle, müssen berücksichtigt werden. Wir suchen nach den besten Optionen für einen stabilen demokratischen Dialog mit einer offenen Atmosphäre und unter Berücksichtigung von Diversität und verschiedenen Ansichten. Wir glauben, dass uns die Konferenz die Möglichkeit gegeben hat, die Probleme zusammenzufassen und zu spezifizieren, um schließlich mögliche Vorschläge und Lösungen voranzubringen.

Wir konzentrieren uns auf Lösungen anstatt auf Probleme. Wir glauben an eine Lösung – konzentrierten Dialog basierend auf Inklusion und Pluralismus. Unser Ziel ist es, alle zu Gewinnern zu machen und ein Win-win-Denken und funktionierende Lösungen zu schaffen. Für den KNK ist das keine persönliche und private Agenda, sondern ein nationales und patriotisches Projekt.

Wir wollen ein Kurdistan schaffen, das ein Platz für KurdInnen, AssyrerInnen, ArmenierInnen, ChristInnen, JüdInnen, ÊzîdInnen, YarsanInnen usw. ist. Ein Kurdistan, das multikulturell, multireligiös, pluralistisch und geschlechtergerecht ist. Ein Kurdistan mit verfassungsgemäßer Gleichheit und einer demokratischen politischen Ökonomie mit fortschrittlicher Einkommensentwicklung und Lebensqualität. Das ist kein Idealismus. Es ist vielmehr ein realistisches politisches Programm, insbesondere weil es Unterstützung und den politischen Willen für ein solches Reformpaket in Kurdistan gibt.

Wir wollen ein Kurdistan schaffen, das ein Platz für KurdInnen, AssyrerInnen, ArmenierInnen, ChristInnen, JüdInnen, ÊzîdInnen, YarsanInnen usw. ist. Ein Kurdistan, das multikulturell, multireligiös, pluralistisch und geschlechtergerecht ist. Ein Kurdistan mit verfassungsgemässer Gleichheit und einer demokratischen politischen Ökonomie mit fortschrittlicher Einkommensentwicklung und Lebensqualität.

Die Konferenz hat abschließend eine Resolution verabschiedet zu möglichen praktischen Lösungen für die derzeitigen Probleme und mit Punkten, welche die kurdische Frage als Ganzes anbelangen.

Die Hauptpunkte betrafen die Unterstützung für die Idee der Befreiung Abdullah Öcalans, des Anführers der kurdischen Befreiungsbewegung, und die Verurteilung der türkischen Invasion in Cerablus (Dscharabulus) und der Stationierung türkischer Truppen um Mûsil (Mosul) als Bedrohung der territorialen Einheit der Autonomen Region Kurdistan. Die Türkei wurde zusätzlich für die Unterstützung von ISIS und anderen islamistischen Terrorgruppen in Syrien und dem Irak verurteilt.

Die KonferenzteilnehmerInnen riefen die Türkei zur Beendigung des aggressiven und unverhältnismäßigen Krieges gegen das kurdische Volk in der Türkei/Nordkurdistan auf und betonten Verhandlungen und demokratische Lösungen als bevorzugte Methoden zur Beendigung der türkischen Feindseligkeiten gegen das kurdische Volk.

Andere Schwerpunkte waren die politische und militärische Intervention des Iran im Irak und der sektiererische Krieg des Iran und der Türkei inmitten der Völker des Mittleren Ostens.

Der Iran hat seine militärische Präsenz in Rojhilat/Ostkurdistan stark erhöht und errichtet Militärkomplexe nach türkischem Vorbild. Er führt seine militärischen und politischen Maßnahmen zur Unterdrückung des kurdischen Volkes und anderer Völker fort.

Die Konferenz würdigte die bedeutende Rolle von Peşmerge und Guerillakräften, Volksverteidigungseinheiten (YPG) und anderen kurdischen, assyrischen und christlichen Verteidigungskräften und insbesondere die tapferen Frauen, die ISIS und andere faschistische Gruppen bekämpfen, und rief die internationale demokratische Öffentlichkeit und die demokratischen Staaten zu Hilfe und Unterstützung auf.

In weiteren Resolutionen wurde die êzîdische Selbstverteidigung ermutigt, die Ernennung der kurdisch-êzîdischen Sonderbotschafterin Nadia Murad Basee Taha durch das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) am 16. September 2016 in New York begrüßt und die internationale Gemeinschaft zum Schutz der kurdischen Umwelt vor dem Niederbrennen durch die Türkei und den Iran aufgefordert. ♦

Die Einheit der Kurden und die Rolle der PDK

Nationale Einheit als historische Aufgabe

Perwer Yaş, Journalist

Im vergangenen September hat es wichtige Entwicklungen hinsichtlich der kurdischen nationalen Einheit gegeben. Das Zentrum dieser Entwicklungen war Başûr/Südkurdistan. Allerdings setzt die dortige PDK (Partiya Demokrata Kurdistanê | Demokratische Partei Kurdistan) ihr problematisches Verhalten fort. Dies betrifft sowohl ihre innenpolitische Haltung in Başûr als auch ihre Beziehungen zu den anderen kurdischen Gebieten. Dieses Verhalten ist zweifellos der größte Stolperstein auf dem Weg zur nationalen Einheit.

Unter der Leitung des Kovorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Selahattin Demirtaş hatte sich am 20. September 2016 eine Delegation der Partei zu einer Reihe von Treffen in Südkurdistan eingefunden. Die mit erfahrenen Teilnehmern besetzte Delegation hat dort mit allen Parteien, darunter im Besonderen mit der PDK, der YNK (Yekîtiya Niştimaniya Kurdistanê| Patriotische Union Kurdistan) und Gorran (Bewegung für Wandel), vier Tage lang Treffen durchgeführt.

Nach den Gesprächen, die ohne Pressebeteiligung stattfanden, betonte man in allen Erklärungen besonders die kurdische Einheit und die Solidarität unter den Kurden. Zum Abschluss besuchte die Delegation der HDP am 24. September den Präsidenten des kurdischen Regionalparlamentes Dr. Yusuf Mihemed. Nach dem Besuch fand folgende Bemerkung Mihemeds besondere Beachtung: »Am meisten bedürfen die Kurden heute der gemeinsamen Zusammenarbeit und sie können ihre Ziele nur dadurch erreichen.« Der HDP-Kovorsitzende Selahattin Demirtaş selbst appellierte auf diesem Treffen: »Wir sind sehr zufrieden, dass alle Seiten bereit sind, ihre Dialogmethoden hinsichtlich der Lösung von Problemen weiterzuentwickeln. Weiterhin sind wir besonders froh über die bei unseren Treffen festgestellten Bemühungen hinsichtlich der nationalen Einheit. Denn gerade jetzt zahlt das kurdische Volk in allen vier Teilen einen hohen Preis.«

Unmittelbar nach dem Besuch der HDP-Delegation in Başûr war diesmal Kerkûk (Kirkuk) Gastgeber für eine historische Zusammenkunft. Der Nationalkongress Kurdistans (KNK) organisierte eine Konferenz zu den in der letzten Zeit aufgetretenen Fragen. Etwa 100 Teilnehmer aus allen vier Teilen Kurdistans nahmen daran teil. Bemerkenswert war die Botschaft des ersten stellvertretenden YNK-Generalsekretärs Kosret Resul an die Teilnehmenden. Resul formulierte: »Als YNK verlangen wir Einheit als Voraussetzung für Lösungen. Die Grenzen zwischen der Autonomen Region Kurdistan (Nordirak) und Rojava (Nordsyrien) müssen geöffnet werden. Es ist notwendig, dass wir alle unsere Parteiinteressen zur Seite schieben und unsere Einheit stärken.«

Auch das Kopräsidium des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK betonte in seiner Botschaft die Einheit: »Wenn die Kurden nationale Einigkeit erreichen, dann kann gegen sie keine koloniale Allianz mehr erfolgreich sein.« Auch Salih Dilo, der auf der Konferenz im Namen des PDK-Politbüros sprach, äußerte Unterstützung für die Versammlung und die Bereitschaft für jede Art von Lösung. Dr. Mihemed Ahmed, der im Namen der Islamischen Einheitspartei teilnahm, gab ebenfalls eine Botschaft für Einheit und Zusammengehörigkeit ab. Die KNK-Kovorsitzende Nilüfer Koç gab zum Ende des Zusammentreffens eine Erklärung ab, in der sie äußerte: »Es ist unser aller Hauptwunsch, die mit dieser Konferenz begonnenen Bemühungen um nationale Einheit möglichst bald mit dem Ziel einer nationalen Konferenz fortzuführen.«

Die Brüsseler KNK-Generalversammlung

Eine andere Aufgabe des KNK wurde in Brüssel verwirklicht. Der Nationalkongress Kurdistan hat am 1. und 2. Oktober in der belgischen Hauptstadt Brüssel seine 16. Generalversammlung durchgeführt. Parteien- und Verbandsvertreter aus den vier Teilen Kurdistans sowie aus Europa, Russland und weiteren Teilen der Welt haben dort miteinander diskutiert.

Einschließlich KNK-Mitgliedern, Gästen und Beobachtern haben 300 Menschen an der Generalversammlung teilgenommen. Abgesehen von der PDK waren Vertreter aller Gruppen aus Kurdistan anwesend. Wichtig war auch, dass am diesjährigen Kongress im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren zum ersten Mal der Parlamentspräsident Südkurdistans Dr. Yusuf Mihemed teilgenommen hat. Bemerkenswert war die Versammlung aller nationalen, religiösen und kulturellen Bereiche aus den verschiedenen Gebieten Kurdistans auf dem Kongress. Der Kongress hat deutlich gemacht, dass die nationale Einheit eine dringende und historische Aufgabe ist. Nach den zweitägigen Diskussionen wurden eine Abschlusserklärung und eine 20-Punkte-Erklärung verkündet. In der Abschlusserklärung wurde festgestellt, dass im Rahmen des gerade neu gestalteten Mittleren Ostens die nationale Einheit angesichts der vorhandenen Chancen und Risiken von entscheidender Bedeutung sei.

Was will die PDK von den Campbewohnern in Maxmur?

So wurden im September und in der ersten Oktoberwoche durch die Treffen der verschiedenen Bewegungen Kurdistans, durch ihre gegenseitigen herzlichen Grüße, durch ihr Händeschütteln, ihre Umarmungen und ihre Verabschiedungen die in der letzten Zeit unter den Kurden erloschenen Hoffnungen auf nationale Einheit wiederbelebt.

Was aber geschah noch in den gleichen Tagen, als sich alle Kurden in dieser freudigen Hoffnung befanden? In den Städten Hewlêr (Erbil) und Silêmanî (Sulaimaniyya) haben die Polizeibehörden an den Arbeitsplätzen der im Lager Maxmur wohnenden nordkurdischen Flüchtlinge Razzien durchgeführt. Die in Unternehmen, Krankenhäusern, Büros und Läden arbeitenden Menschen aus dem Camp Maxmur mussten entlassen werden. Den Arbeitgebern wurde eine Regierungsentscheidung mitgeteilt, die besagt, dass »ab sofort keine Menschen mehr aus Maxmur beschäftigt werden dürfen«. Warum wird nur den Menschen aus Maxmur verboten zu arbeiten, während gleichzeitig auf den Straßen, in den Betrieben und in den Geschäften Südkurdistans Tausende von Menschen beschäftigt werden? Warum verhindern gerade die Polizeibehörden der PDK die Beschäftigung der Bevölkerung aus Maxmur?

Die PDK verhält sich andauernd so. Immer dann, wenn unter den Kurden die Hoffnung auf nationale Einheit wächst, rückt die PDK-basierte Politik diese Hoffnungen wieder in den Schatten. Wenn man eine Bilanz der in den letzten 10 Jahren durchgeführten Treffen und Versammlungen zu den Themen »nationale Einheit« und »nationaler Kongress« aufstellen würde, würde eine lange Liste entstehen.

Besonders in den letzten Jahren, aber besonders 2013/2014 haben sich alle kurdischen Organisationen wegen der Bildung eines Nationalkongresses getroffen. Tatsächlich wurde ein Vorbereitungskomitee gebildet, das aus Vertretern aller Parteien und Organisationen bestand. Die Tätigkeiten des Komitees und die Initiativen der Parteien hatten unter den Kurden zu freudigen Erwartungen geführt. Aber die Vorbereitungen zum Nationalkongress sind ergebnislos geblieben und haben stattdessen Spannungen unter Kurden hinterlassen. Warum? Weil man damals die Hitze der Revolution in Rojava spürte und die PDK in West-Kurdistan ein schmutziges politisches Spiel betreiben wollte. Während man nämlich in Rojava gegen bestialische Banden wie die von der Türkei unterstützten Al-Nusra und IS Widerstand leistete, hat die PDK sich wie die Türkei verhalten und ihre Grenze nach Rojava ebenfalls geschlossen.

Eine PDK, welche die Grenze schließt und nicht einmal zulässt, dass Nahrungsmittelhilfe die Grenze passiert, hat eine Haltung gezeigt, welche die Revolution von Rojava erwürgen will. Und so sind die Gefühle zur Einheit der Kurden aus jenen Tagen verdorrt. Die Haltung der PDK in dieser Periode, in der sich der Wunsch nach nationaler Einheit verstärkte, ist nachdenkenswert. Wenn die Verwaltung Südkurdistans ihre Grenzstationen gegenüber anderen Staaten und Völkern öffnet und mit ihnen jede Art von Handel und Zusammenarbeit entwickelt, dann darf sie ihre Grenzstationen und Flughäfen nicht für die Kurden aus den anderen Teilen schließen; außerdem sollte sie entsprechende Embargos, Arbeits-, Reise- und Handelsverbote bzw. -maßnahmen sofort beenden

Man darf auch die Beziehungen der PDK mit dem türkischen Staat nicht aus den Augen verlieren. Tayyip Erdoğan und die AKP sagen: »Wir haben einen Fehler gemacht, als wir damals im Irak die kurdische Autonomie akzeptierten«, und zeigen damit, dass sie sich in ihrer Kurdenphobie von niemandem überbieten lassen wollen. Man muss sich hier noch nicht mal mit der kurdischen Einheit befassen, denn schon die Tatsache, dass die PDK sich mit so einem Erdoğan, mit so einer AKP ihre PKK-, PYD-, HDP- und Rojava-Feindschaft teilt, das hat unter den Kurden tiefe Wunden geschlagen.

Wenn die PDK wirklich aufrichtig zur nationalen Einheit steht, dann muss sie die an der Grenze zu Rojava gegrabenen Gräben wieder zuschütten und das Handelsverbot und Embargo an der Semalka-Grenzstation aufheben. Darüber hinaus sind in Hewlêr die kurdischen Nachrichtenagenturen ANF, DÎHA, JÎNHA und die Fernsehsender Sterk, Ronahi, Newroz, Med-Nuçe und Çıra TV immer noch verboten.

Angesichts dieser Lage sollte, falls die im September begonnenen Diskussionen und Initiativen zur nationalen Einheit fortgesetzt werden, sich die PDK ernsthaft zu diesen Themen hinterfragen. ♦

Wege und Mittel der Umsetzung von Jineolojî

Über die eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden können

Havin Güneşer, Jineolojî-Konferenz, 28.02.–02.03.2014, Uni Köln

Lassen Sie mich zunächst all denjenigen danken, die ihren Teil dazu beitrugen, dass dieses Riesenevent stattfinden konnte, einschließlich und vor allem den kurdischen Familien in Köln, die uns die Türen ihrer Häuser geöffnet und uns dort aufgenommen haben. Ich muss sagen, dass diese Konferenz tatsächlich eine Konferenz ist, die nicht nur Frauen aus verschiedenen Teilen dieser Welt zusammengebracht hat, sondern uns auch eine Plattform geboten hat, das zu teilen, was wir theoretisch zu sagen hatten und eigentlich auch umsetzen.

Das Thema, über das ich sprechen werde, benennt die Schwäche der Frauenbewegungen im Allgemeinen. Es geht darum, für Errungenschaften und Siege nachhaltige und dauerhafte Strukturen zu schaffen, die in der Lage sind, sich ständig selber zu erneuern.

In den 1980er Jahren gab es eine allgemeine Zunahme bei Mobilisierung, Bewusstsein und Kämpfen für gleiche Rechte, das Recht auf Abtreibung und gegen Vergewaltigung und Gewalt gegen Frauen. Dies machte die Situation der Ausbeutung von Frauen sichtbar, brachte aber auch die Frage nach der Ausrichtung und der Analyse der Frauenbewegungen und Kämpfe mit sich. Zu dieser Zeit wurde die Verbindung zwischen Sexismus und allgemeiner Klassenausbeutung und Unterdrückung von ArbeiterInnen und LandarbeiterInnen nicht recht verstanden.

Das führte zu einem Fokus auf theoretische Arbeit und feministische Forschung. Im Zuge dessen kamen viele theoretische Fragen auf, die das bestehende System akademischer Arbeit nicht beantworten konnte. Das Hauptproblem, mit dem Frauenforschung heute konfrontiert ist, ist die vorherrschende männliche Sichtweise in praktisch allen Bereichen und im überwiegenden Teil der theoretischen Arbeit der wissenschaftlichen Suche der letzten Jahrhunderte. Dieser Androzentrismus *[Sichtweise, die Männer als Zentrum, Maßstab oder Norm versteht; Anm. d. Übers.]* war und ist noch immer dabei, sich zu manifestieren, nicht nur weil Universitäten und Forschungseinrichtungen noch immer eine vor allem männliche Domäne sind, subtiler aber noch durch die Auswahl von Forschungsbereichen, Forschungspolicen, theoretischen Konzepten und spezifischer Forschungsmethodik. Feministische Historikerinnen spüren die Unangemessenheit der vorherrschenden Forschungsmethoden zumeist an dem Punkt, an dem sie Frauengeschichte zu rekonstruieren versuchen. Der Beitrag von Frauen zur Geschichte ist nur sehr wenig in Geschichtsbüchern festgehalten. Heute basiert das Verständnis von Wissenschaft einzig auf schriftlichen Aufzeichnungen. Das bedeutet, dass der Beitrag von Frauen in der Geschichtswissenschaft nicht existiert. [Der virtuelle Ausschluss von Frauen, ihres Lebens, ihrer Arbeit und Kämpfe vom Großteil der Forschung versinnbildlicht Brecht in angemessener Weise: »Die im Dunkeln sieht mensch nicht.«] Wenn versucht wird, Licht in dieses Dunkel zu bringen, stoßen Frauen permanent auf spezielle methodologische Probleme, vor allem empirisch und quantitativ.

Ich glaube, das Ziel von Jineolojî und der damit zusammenhängenden Diskussionen einschließlich dieser Konferenz ist es, uns zu befähigen, neue methodische Herangehensweisen zu entwickeln und zu diskutieren, die mit den sozialen, politischen und ökonomischen Zielen nicht nur der Frauenbefreiungsbewegung übereinstimmen, sondern der Befreiung der gesamten Gesellschaft, die verbunden ist mit der Befreiung der Frau. Und natürlich geht es darum, in der Lage zu sein, sich über die Lektionen auszutauschen, die aus der verschiedensten Praxis nach solchen Diskussionen gewonnen wurden.

Lassen Sie uns kurz einen Blick darauf werfen, wann und warum das Bedürfnis aufkam, die dominante quantitative Forschungsmethode der Sozialwissenschaften zu kritisieren. Es begann, bevor es Frauenbewegungen gab.

- Kritik an der Forschung in den etablierten Sozialwissenschaften kam erstmalig auf in Verbindung mit der Protestbewegung gegen die US-Einmischung in Südamerika und Südostasien. Die Forschung wurde kritisiert als taktisches Mittel der »Aufstandsbekämpfungs- und Kommunismus-

Eindämmungs«-Strategie der USA. Politische und ethische Themen standen an vorderster Stelle von Kritik.

- Ungefähr zur selben Zeit (1967–1972) wurden die positivistische und funktionalistische Gesellschaftstheorie und die quantitative analytische Forschungsmethode grundlegend von der Frankfurter Schule kritisiert. Der Fokus ihrer Kritik an der positivistischen Betrachtungsweise richtete sich auf die Beanspruchung von Wertneutralität und struktureller Trennung zwischen Theorie und Praxis. Diese Kritik erreichte jedoch nur elitäre Kreise und nicht die arbeitenden Massen und reproduzierte, was kritisiert wurde, was wiederum ein Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise ist.

- Mitte der 1970er Jahre versuchten BefürworterInnen von Aktionsforschung diese Brücke zu schlagen, zunächst entwickelt von Lewin (1953).

- In den 1970er Jahren herrschte eine systematische Missachtung von Frauen. Daher wurde die vierte Kritikwelle von Frauen wie Maria Mies getragen, die als eine der wenigen in den späten 1970er und 1980er Jahren Gedanken über Methoden für Frauenstudien formulierten. Sie bezogen sich dabei auf Debatten aus diesen drei Kritikwellen gegen den Positivismus als dominante Theorie der Sozialwissenschaften und die damit einhergehenden Methoden.

- Die Diskussionen gingen 1994 und 1995 weiter mit der Beschreibung einer Restrukturierung von Sozialwissenschaften durch die Gulbenkian-Kommission Wallersteins und anderer. Aber auch dieser Ansatz wurde kritisiert dafür, dass er nicht in der Lage war zu beantworten, für wen dieses Wissen produziert wird und wofür, und es auch nicht geschafft hat, durch Vorschläge für effektive Alternativen materiell zu werden.

- Heute trägt auch Abdullah Öcalan zur Kritik an der kapitalistischen Moderne bei und hat die Kämpfe und Leben derjenigen, die vom bestehenden System marginalisiert werden, wie die Frauen, die Völker, die Kulturen, die HandwerkerInnen und andere Gruppen, als Demokratische Moderne benannt. Er nennt die Sozialwissenschaften, die eine libertäre Perspektive entwickeln sollen, »Soziologie der Freiheit« und das soziale System, das es zu entwickeln gilt, Demokratischer Konföderalismus und Demokratische Autonomie, was keine Alternative zu Staaten oder Nationalstaaten darstellt.

Es reicht eigentlich nicht aus, sich auf eine Definition von Sozialwissenschaften zu einigen, aber was für eine Einheit sollte die Basis sein für die Evaluation der Gesellschaft? Verschiedenste Modelle in Zusammenhang mit dem sozialen Bereich wurden entwickelt. Die bekannteste Einheit ist der Staat, genauer gesagt der Nationalstaat. Das ist die bürgerliche Sichtweise. Dieses Modell untersucht Geschichte und Gesellschaft anhand der Frage des Aufbaus, des Zerfalls und der Teilung von Staaten. Ihr wahres Ziel ist es, eine Rolle zu spielen bei der Legitimierung der staatlichen Ideologie. Anstatt dem Erhellen der komplizierten Probleme der Geschichte und der Gesellschaft dient sie der Verschleierung.

Die marxistische Sichtweise wählte sich Klasse und Ökonomie zum Ausgangspunkt für ihre Analyse und wollte sich selbst als alternatives Modell schaffen gegen eine staatlich basierte Anschauung. Arbeiterklasse und kapitalistische Wirtschaft als Ausgangspunkt zu wählen, hat dazu beigetragen, Geschichte und Gesellschaft im Hinblick auf ihre Ökonomie und Klassenstruktur zu erklären. Aber diese Annäherungsweise hat auch mehrere grundlegende Mängel, insbesondere bei ihrer Definition von Arbeit.



Die kurdische Frauenbewegung und Abdullah Öcalan stützen ihre Analysen wegen des Zusammenhangs von Freiheit und Moral und Freiheit und Politik auf eine »moralische und politische Gesellschaft«. Um Strukturen zu entwickeln, um

den Bereich von Freiheit zu erweitern, wird Moral definiert als kollektives Bewusstsein der Gesellschaft und Politik als kollektive Weisheit. Daher müssen wir Moral und Politik auf die Beine stellen und absichern, dass sie funktionieren.

Die drei Hauptaufgaben für die Rekonstruktion können als intellektuelle, moralische und politische zusammengefasst werden. Intellektualität war vor allem auf Universitäten begrenzt, während Moral ersetzt wurde durch ein positivistisches Gesetz. Politik andererseits wurde fast im Keim erstickt durch die Verwaltung einer nationalstaatlichen Bürokratie unter dem Deckmantel des Parlamentarismus.

Um der Kapital- und Machtakkumulation Einhalt zu gebieten wie auch der Reproduktion von Hierarchie, ist es notwendig, Strukturen zu schaffen für eine demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft. Um dies zu erreichen, braucht es:

Intellektuelle Aufgaben und Bildung

Zunächst muss die Geschichte der Kolonialisierung der Frau aufgedeckt und im Zuge dessen auch ihre ökonomische, soziale,

Zunächst muss die Geschichte der Kolonialisierung der Frau aufgedeckt und im Zuge dessen auch ihre ökonomische, soziale, politische und intellektuelle Kolonialisierung entlarvt werden. Das würde die Enthüllung der Geschichte der Menschheit, der gesamten Gesellschaft bedeuten. Abdullah Öcalan evaluiert die Geschichte der Menschheit im Hinblick auf die Kolonialisierung der Frauen.

politische und intellektuelle Kolonialisierung entlarvt werden. Das würde die Enthüllung der Geschichte der Menschheit, der gesamten Gesellschaft bedeuten. Abdullah Öcalan evaluiert die Geschichte der Menschheit im Hinblick auf die Kolonialisierung der Frauen. Werfen Sie einen Blick in die Broschüre »Die Revolution der Frau«. Eigentlich können Sie sich mal alle seine Bücher ansehen auf www.ocalan-books.com.

Je mehr Wissenschaft und Wissen an das Kapital und das Monopol von Macht gebunden wurden, umso mehr wurden die Moral und die politische Gesellschaft ins Visier genommen. Die Zivilisation schuf ein Monopol auf Wissenschaft und Wissen, die von der Gesellschaft und insbesondere von Frauen streng getrennt waren. Das wiederum bedeutete ihre Trennung vom Leben und der Umwelt.

Wissenschaft, Wissen und Intellektuelle sollten nicht auf offizielle Institutionen beschränkt sein, weil sie ihre Fähigkeit verlieren werden, frei zu sein. Es gibt den Bedarf an einer Restrukturierung dieser Institutionen. Die geeignetsten Strukturen wären Frauenakademien wie auch Akademien für demokratische Politik und Kultur. Intellektuelle und wissenschaftliche Unterstützung, die für eine Rekonstruktion sozialer Institutionen notwendig ist, kann an solchen Akademien entwickelt werden. Hier sollten LehrerInnen und SchülerInnen freiwillig und ohne Weiteres den Übergang zwischen ihren Rollen schaffen. Alle sollten ermutigt werden, an solchen Akademien teilzunehmen, unabhängig von ihrem Bildungsstand. Wissensmonopole sollten beseitigt werden. Um dem Motto gerecht zu werden, dass Praxis die wichtigste Kraft der Veränderung ist, sollten alle ermuntert werden, an der Umsetzung teilzuhaben. Solche Akademien sollten aufgebaut werden, wo immer und wann immer sie gebraucht werden, unabhängig von praktischen Anforderungen und Voraussetzungen. Mehr zur Praxis der Frauenakademien können Sie in dem Buch »Demokratische Autonomie in Nordkurdistan« von der Kampagne TATORT Kurdistan nachlesen.

Männerbildung

Abdullah Öcalan hat in seinen Büchern viel darüber geschrieben, den dominanten Mann *[in sich selbst]* zu eliminieren. Eines seiner Bücher trägt sogar den Titel »Den Mann töten«. Während es auf der einen Seite für Frauen wichtig ist, einen Kampf gegen die in ihnen selbst steckende hierarchische und dominante Mentalität zu führen, ist es auch überaus wichtig, die gleiche Geisteshaltung bei Männern zu bekämpfen, indem sie an Frauenakademien ausgebildet werden. Das ist ein Muss, wenn wir eine demokratische Gesellschaft aufbauen. Über die Versklavung von Frauen wird viel gesprochen, aber die paradoxe Situation von männlicher Dominanz wie auch Versklavung wird nicht breit diskutiert. Frauen sollten Männer bilden und die Last der ausbeuterischen Beziehung zwischen den Geschlechtern aufdecken. Eine solche Praxis gibt es bei der Frauenbefreiungsbewegung und bei UTAMARA (Frauenbegegnungsstätte in der Nähe von Köln). Ich glaube, mit überraschend positiven Ergebnissen. Die Bildung von Kindern sollte auch Teil dieser Arbeit sein. Das ist der einzige Weg, um Sexismus zu überwinden und Geschlechterbefreiung zu erreichen.

Ökonomie, Industrialisierung und Ökologie

Die Ökonomie ist nach Ideologie und Gewalt der dritte Faktor, der Frauen und in der Folge auch die gesamte Gesellschaft

betrifft und der sie zwingt, ihre Abhängigkeit zu akzeptieren. Ökonomie bedeutet wörtlich »haushalten«. Aber in Bezug auf Frauen war die Akkumulation weder für den Handel noch für die Märkte vorgesehen, sondern für die Familie. Daher ist es ein wirkliches Bedürfnis, sie in das zu verwandeln, was sie sein sollte.

Doch für kapitalistische Ökonomen ist nur das wichtig, was gemessen in Geld produktiv und sichtbar ist. Daher wurde die Verbindung zwischen unsichtbarer Arbeit von Frauen und kapitalistischer Akkumulation entdeckt, als die Rolle, die Hausarbeit im Kapitalismus spielt, ins Blickfeld geriet. Diejenigen, die an Hausarbeit als Arbeitsverhältnis ohne Lohn interessiert sind, müssen dies mit struktureller und direkter Gewalt durchsetzen. Tatsächlich charakterisiert diese strukturelle und direkte Gewalt alle ausbeuterischen substanziellen Beziehungen: zwischen Menschen und Natur, LandarbeiterInnen und Industrie, Metropolen und Kolonien. Das ist einer der Gründe, warum beide, Maria Mies und Abdullah Öcalan, die Beziehung zwischen Mann und Frau für zutiefst kolonialistisch und daher die Frauen für die erste Kolonie halten. Rosa Luxemburg hat

Hier müssen wir zunächst eine andere als die uns vom Kapitalismus vorgegebene Vision eines guten Lebens entwickeln. Wir sollten nicht länger dem Wunsch nach unbegrenzter Warenvielfalt und Geldvermehrung nachhängen und alles am Wert von Geld messen. Stattdessen sollten wir für eine unmittelbare Produktion eines Lebens im Zentrum aller sozialen und ökonomischen Aktivitäten sorgen.

bereits in »Die Akkumulation des Kapitals« (1913) nachgewiesen, dass es, um die Akkumulation von Kapital auszuweiten, nicht ausreicht, das klassische Proletariat auszubeuten, sondern mehr und mehr auch die »nichtkapitalistischen Milieus« einbezogen werden müssten. Sie argumentierte, dass es sich dabei um LandarbeiterInnen, mittelständische HandwerkerInnen, TagelöhnerInnen und auch ArbeiterInnen in den Kolonien handele, wozu natürlich auch Hausarbeit gehört.

Hier müssen wir zunächst eine andere als die uns vom Kapitalismus vorgegebene Vision eines guten Lebens entwickeln. Wir sollten nicht länger dem Wunsch nach unbegrenzter Warenvielfalt und Geldvermehrung nachhängen und alles am Wert von Geld messen. Stattdessen sollten wir für eine unmittelbare Produktion eines Lebens im Zentrum aller sozialen und ökonomischen Aktivitäten sorgen.

Subsistenz als ökonomische Perspektive bedeutet die Verbannung all dieser kolonialisierten Beziehungen. Diese Haltung bedarf eines anderen Verständnisses von Natur als in dem dominanzbasierten Modus, den wir kennen.

Daher Kooperativen, Kollektive und die Produktion für deine eigenen Bedürfnisse wie auch das Entscheiden darüber, welche die Bedürfnisse sind, denen auf lokaler Ebene begegnet werden sollte. Diese Annäherungsweise lehnt Industrialisierung ab, aber nicht die Existenz notwendiger Industrie und Technologie.

Familie, Beziehungen zwischen Männern und Frauen

Kritik an der Familie ist zentral. Überbleibsel aus vergangenen patriarchalen und staatlichen Gesellschaften und Muster moderner westlicher Zivilisationen haben keine Synthese gebildet, sondern in eine Sackgasse geführt. Das wichtigste Problem für Freiheit im sozialen Kontext stellen daher Familie und Heirat dar. Frauen absolut zu besitzen bedeutet, sie von allen politischen, intellektuellen, sozialen und ökonomischen Bereichen fernzuhalten. Daher ist es notwendig, Familie und Heirat von Grund auf zu hinterfragen und neue Leitlinien zu entwickeln mit dem Ziel Demokratie, Freiheit und Geschlechtergleichheit. Eine entsprechende Diskussion über freie Beziehungen zwischen Männern und Frauen wird in der kurdischen Frauenbewegung geführt, hier sollen Frauen die Leitlinien dafür festlegen. Für freiheitliche Geschlechterbeziehungen ist es den Männern genauso ein Bedürfnis, freie Männer zu werden, wie es den Frauen ein Bedürfnis ist, freie Frauen zu werden. Daher bedeutet dies eine radikale Transformation von Familie und dieser Beziehung. Patriarchat und kapitalistisches Patriarchat sollten nicht länger auf dem Familiengefüge gründen. Hier sollten die Leitlinien weit darüber hinausgehen und alle von Frauen selbst bestimmt werden.

Selbstverteidigung

Diese sollte nicht ausschließlich als physische Selbstverteidigung verstanden werden, die sie allerdings auch beinhaltet. Der Staat beansprucht das Macht- und Gewaltmonopol über alle und Männer beanspruchen es über Frauen. Feminizid, Gewalt und Vergewaltigung werden in der Welt weiterhin unter verschiedenen Deckmänteln gegen Frauen praktiziert, sogar in Ländern, die als weiter entwickelt gelten. Daher sollten sich Frauen intellektuell, psychisch und physisch organisieren, um sich selbst und ihre Strukturen zu verteidigen.

Im Allgemeinen wendet sich die kurdische Frauenbewegung gegen alle Ismen. Einschließlich Industrialisierung und Militarismus. Das heißt nicht, wie gerade beschrieben, dass Industrie und Technologie etwas Schlechtes seien, sondern es bedeutet, dass alles, was nicht den Interessen einer moralischen und politischen Gesellschaft dient, nicht akzeptiert werden kann. Professionelle Armee- und Polizeiverbände können sich jederzeit für die Interessen von Staat und Kapital gegen die Menschen richten. Daher sollten alle diese Kräfte nicht professionalisiert sein. Jede Kraft sollte von Einheimischen gestellt werden, auf der Basis von Selbstverteidigung und auch gegen Angriffe von außen. Daher sollten auch Frauen über ihre eigenen Frauenselbstverteidigungseinheiten verfügen. Das ist zurzeit in Rojava und ganz allgemein in der kurdischen Frauenbewegung der Fall.

Dieses Verständnis von Selbstverteidigung beinhaltet auch, dass Gerichte von Frauen betrieben werden sollen, um Ungerechtigkeiten aufzudecken und zu beseitigen.

Kultur, Ästhetik und Schönheit

Das wird alles definiert in Übereinstimmung mit dem Konstrukt der Frauen als Sexualobjekt und schwächeres Geschlecht. Daher ist es eine weitere Aufgabe der Akademien, Kultur, Ästhetik und Schönheit für Frauen zu rekonstruieren und neu zu definieren. Darauf sollte ein Schwerpunkt gelegt werden, weil es heute keinen Teil des Körpers mehr gibt, der verschont blieb und nicht zu einem sexualisierten Objekt gemacht wurde.



Um das zu überwinden, muss auch das Bild der Frauen, wie es in den Medien und in Filmen dargestellt wird, von neuem geschaffen werden. Das stellt zugleich einen wichtigen Bereich dar, in dem Frauen überlegen müssen, wie sie sich selbst definieren wollen.

Macht und Hierarchie demontieren

Das Gesellschaftssystem der Demokratischen Moderne sind der Demokratische Konföderalismus und die Demokratische Autonomie. Dieses System ist keine alternative Formation eines Staates, aber eine Alternative zum Staat. Unsere heutigen Demokratien entwickelten sich entsprechend der römischen Demokratie repräsentativ statt partizipativ. Somit werden unter dem Deckmantel, dass die Mehrheit zählt/entscheidet, in den essentiellen Themen die Entscheidungen durch eine elitäre Struktur getroffen. Demokratische Autonomie auf der anderen Seite ist eine radikale Demokratie mit einer über allem stehenden organisierten Teilhabe von Frauen an Entscheidungen. Aber auch alle anderen Bereiche der Gesellschaft sind so organisiert, dass die Teilhabe an der Entscheidungsfindung bei direkt und indirekt betreffenden Themen direkt stattfinden kann.

Dies wird innerhalb der kurdischen Frauenbewegung bereits praktiziert. Frauen sind von der lokalen Ebene ausgehend in allen Strukturen der Entscheidungsbildung organisiert. Sie fällen alle sie betreffenden Entscheidungen selbst und sind bei die ganze Gesellschaft betreffenden Entscheidungen auf allen Ebenen vertreten. Andere Bereiche der Gesellschaft wie die Jugend, Alte, Fachbereiche, Religion, HandwerkerInnen sind auch organisiert, so dass Formen und Strukturen von Macht und Hierarchie sich nicht ewig reproduzieren und jegliche diesbezüglichen Versuche durch solche Mechanismen gestoppt werden können. ♦

Aus dem Gefängnis in die freien Berge – eine Geschichte von Ausbrüchen

Die Freiheit organisieren

Doğan Çetin, Yeni Özgür Politika

Viele träumen ein Leben lang von der Freiheit. Doch sie bleibt ein Traum. Andere hingegen träumen von der Freiheit, organisieren sich und kämpfen gemeinsam um sie. Sie können scheitern, aber wenn sie nach einer erlittenen Niederlage nicht aufgeben, sondern erneut aufstehen, dann werden sie eines Tages auch erfolgreich sein. Am 24. September 2013 flüchteten 18 PKK-Gefangene aus dem Gefängnis von Çewlîg (Bingöl). Auf dem Weg in die Berge wurden 17 von ihnen erneut verhaftet. Anschließend wurden sie in verschiedene Gefängnisse strafverlegt, drei von ihnen, Devrim Kavak, Diyar Kaydu und Osman Kılıç, ins Gefängnis von Wan (Van), nach einer Weile dann nach Amed (Diyarbakır), in ein Hochsicherheitsgefängnis. Dort machten sie sich erneut ans Werk. Am Abend des 5. März 2016 gelang ihnen mit drei weiteren Genossen, Ramazan Aslan, Ulaş Arslan und Beşir Arıgök, die Flucht. Die Jahre im Gefängnis vergingen für sie mit harter Arbeit, aber es zahlte sich aus. Heute sind sie in den Bergen, in Freiheit. In einem Interview mit Yeni Özgür Politika berichteten drei von ihnen, Osman Kılıç, Devrim Kavak und Diyar Kaydu, von ihrem Widerstand in den Gefängnissen von Çewlîg und Amed. Der folgende Text basiert auf dem Interview und erzählt die Geschichte ihrer einmaligen Flucht.

Devrim Kavak, Diyar Kaydu und Osman Kılıç waren zum Zeitpunkt ihrer Flucht erst wenige Jahre im Gefängnis. Sie gehörten der PKK an und verfügten über unterschiedliche Erfahrungen in der Guerilla. Der Traum eines jeden Gefangenen ist es auszubrechen. Umso mehr, wenn die Haftstrafe lang ist, gar lebenslänglich – und das war sie. Lebenslänglich bedeutet in der Türkei tatsächlich ein Leben lang. Jetzt waren sie im Gefängnis, aber auch dort setzten sie ihren Kampf um die Freiheit fort. Ihr Kampf hatte sich nicht geändert, nur die Bedingungen, unter denen er stattfand.

Der Tunnel in die Freiheit – ein lanwieriges Unterfangen

Bevor die drei nach Çewlîg verlegt wurden, hatte es in dem Gefängnis schon einmal Diskussionen gegeben, einen Tunnel zu graben. Allein, es blieb bei der Diskussion, praktische Schritte folgten nicht. Als die drei 2012 ins Gefängnis von Çewlîg kamen, war selbst die Diskussion darüber Geschichte. Einige Monate später flammte sie jedoch erneut auf. Draußen hatte sich ein starker Widerstand erhoben, nach schwerer Repression des türkischen Staates hatten die Volksverteidigungskräfte (HPG) im Norden Kurdistans ihre 1.-Juli-Offensive gestartet, und die Genossen in den Gefängnissen fragten sich, wie sie den Widerstand auch unter ihren jetzigen Bedingungen unterstützen könnten. So war also nicht nur die Frage, wer flüchtet – das will jeder –, sondern wer draußen auch etwas bewirken kann. Die Auswahl der Beteiligten richtete sich also danach. Zu dem Zeitpunkt ahnte noch keiner, wie langwierig das Unterfangen werden würde. In der Zwischenzeit kam es auch zu Zwangsverlegungen, so dass die ursprünglich für die Flucht Vorgesehenen ausfielen und statt ihrer andere mit einbezogen wurden.

Der Plan war, einen Tunnel in die Freiheit zu graben. Über die Mauern oder das Dach zu türmen schien unmöglich, so blieb ihnen nur der Tunnel. Die ersten Arbeiten begannen in Zelle 6. Zum Zeitpunkt des Beginns der Arbeiten war Osman Kılıç in besagter Zelle, die anderen stießen erst später dazu. Begonnen wurde in der Küche beim Kühlschrank. Der war fest montiert. Aber unter dem Boden, unter dem Beton, war eine andere Schicht. Werkzeug besaßen sie keins. Es gab nur ein Kartoffelschälmesser, und auch das erhalten Gefangene nur mit abgebrochener Spitze. Mit Hilfe dieses zerbrochenen Messers wurde der Beton aufgekratzt. Wechselschichtig wurde nun täglich am Beton geritzt. Ein mühseliges Unterfangen, löste sich doch immer nur etwas Staub. Und es war nicht einmal

klar, ob es überhaupt machbar sein würde, den Beton mittels eines abgebrochenen Messers durchstoßen zu können. Sie waren zu acht in der Zelle, je zwei arbeiteten in vier Schichten. Zuletzt waren auf zwei Seiten Schnitte von zwei bzw. drei Fingerbreit entstanden.

Zwei Monate harter Arbeit lagen hinter ihnen und das entstandene Loch war eng. So eng, dass nicht jeder hindurchpassen würde. Nur die ganz Schlanken. Da die Zellen über ihnen nichts von ihrem Tun wussten, mussten sie bei der Arbeit sehr bedachtsam und leise vorgehen, auch durfte ja das Wachpersonal nicht aufmerksam werden. Damit die nicht eingeweihten Zellengenossen und das Wachpersonal nichts mitbekommen konnten, wurde nur abends ab 20 Uhr bis morgens um 4 Uhr gearbeitet. Wer am Tunnel arbeitet, sieht danach auch so aus. Es galt, die Spuren zu tilgen. Das heißt, zuerst musste man ins Bad, um die Spuren der Arbeit abzuwaschen. Auch Spuren in der Umgebung galt es sorgfältigst zu verbergen, die Küche musste immer blitzsauber gehalten werden. Damit es nicht auffiel, wurde die verschmutzte Kleidung auch nicht draußen im Hof getrocknet. Wer am Tunnel arbeitete, konnte sich auch nicht nach getanem Werk tagsüber ausruhen. Sie mussten am Tagesgeschehen so weit als möglich teilnehmen, um nicht aufzufallen. Um den Geruch zu überdecken, der aus dem Tunnel trat und der im Sommer noch schwerer in der Luft lag, versprühten sie Raumspray, Parfüm u. Ä.

Doch das größte Problem, wenn man einen Tunnel gräbt, ist: Wo bleibt man mit so viel Erde? Wie versteckt man sie, so dass sie nicht bemerkt wird? Der Tunnelbau begann wie gesagt in Zelle 6. Aber schon nach kurzer Zeit war klar, um die Arbeit zu bewältigen, mussten sie mehr werden. So musste ein Zugang zu einer weiteren Zelle hergestellt werden. Nach dem sechsten Monat nach Beginn der Arbeiten wurde ein Durchgang zu Zelle 5 geschaffen, womit diese in die Arbeiten mit einbezogen werden konnte. Ebenso wurde ein Zugang zum Dach geschaffen. Denn der Plan war, die Erde auf dem Dach zu deponieren. Es gab Luken zum Dach, doch die waren verschlossen, mit Vorhängeschlössern gesichert, zudem zugeschweißt und zusätzlich mit einem Sandkiesgemisch beschwert. Allein bei Zelle 6 wog die Luke ungefähr um die 200 Kilo. All das will erst einmal bewältigt werden. Als sich die ersten Lötstellen lösten, drang das Mondlicht ein. Da meinte einer der Genossen: »Es ist geschafft.« Der Deckel war noch nicht einmal ab, aber der Freund war felsenfest davon überzeugt, es sei vollbracht, und meinte: »Das Licht scheint herein, die Arbeit wird erfolgreich werden.« Dieser Freund war bereits seit 16, 17 Jahren im Gefängnis, aber jetzt war er wie elektrisiert.

Nachdem die Luke geöffnet werden konnte, wurde die Erde von Zelle 6 in Zelle 5 und von dort auf das Dach geschafft. Zum Dach hin war es sehr eng. An einigen Stellen musste man gebückt gehen, an anderen Stellen konnte man nur kriechend vorwärtskommen. So wurde die Erde auf den Dächern verteilt. Auch auf den Trakten, wo die Verurteilten der Hizbullah einsaßen, und auch bei den sozialen Gefangenen. Das Untere des Gefängnisses wurde, wie sie später einmal sagen würden, nach oben gewendet, das Obere nach unten. Der Tunnel musste gestützt werden, sollte er nicht einbrechen. Das Material dafür wurde am Dach demontiert. Sie schnitten es mit Hilfe einer Schraube ab und verarbeiteten es im Tunnel.



Devrim Kavak, Osman Kılıç und Diyar Kaydu in den freien Bergen Qandils. Foto: YÖP

Auf die Richtung kommt es an

Natürlich gab es auch Momente, in denen alles gescheitert schien. Einmal kam einer vom Wachpersonal. Er ging durch die Zelle in den Hof. Ein alter Tisch sollte aus der Zelle entfernt werden. Während der Unterhaltung sah er zur Decke. Den Gefangenen stockte der Atem. Die Befürchtung, dass er etwas bemerkt haben könnte, war groß. Aber es war alles gut gegangen. Ab und an stieg das Wachpersonal auch auf das Dach. Zumal wenn es Probleme mit der Elektrik oder den Scheinwerfern gab. Darüber hinaus gab es immer wieder Schwierigkeiten, den Tunnel in die richtige Richtung vorwärtszutreiben. Auch die Versorgung mit Atemluft musste gesichert werden. Immer wenn ein Problem auftrat, wurde diskutiert. Es wurde

gemeinsam nach Lösungen gesucht, alles wurde geprüft und dann gemeinsam beschlossen, wie weiter vorzugehen sei.

Das größte Problem beim Bau eines Tunnels war die Versorgung mit Atemluft. Während der Arbeiten ist man 5 bis 6 Meter tief unter der Erde. Dort stockt die Luft. Sie schlugen also einen Schacht nach oben. Nach einiger Zeit stießen sie auf eine Schicht, in der Ameisen waren, und sagten sich, wo es lebendige Tiere gibt, da gibt es auch genügend Luft zum Leben, und verzichteten daraufhin darauf, dem Schacht eine Öffnung zu geben. Denn eine einmal entstandene Öffnung lässt sich kaum wieder schließen und birgt das zusätzliche Risiko, frühzeitig entdeckt zu werden. Mehrmals verpassten sie die Richtung, in der der Tunnel vorwärtsgetrieben werden musste. Sie haben deshalb sicherlich an die 100 Meter mehr gegraben als notwendig. Dort, wo der Weg verfehlt wurde, wurden die zuvor mühsam gegrabenen Strecken dann anschließend wieder geschlossen. Die Zeitungen schrieben später, der Tunnel habe 61 Meter gemessen. Es war der längste je von Gefangenen gebaute Tunnel in der Geschichte der türkischen Republik, aus dem, und sei es nur für einen Tag, auch der Weg in die Freiheit führte.

Im Gefängnis von Çewlîg saßen etwa 100 bis 150 Gefangene der PKK ein, etwa ein Drittel schon länger. Ohnehin handelte es sich fast ausnahmslos um Verurteilte. Darunter waren auch zehn Gefangene, die zuvor selbst schon an Tunneln mitgewirkt hatten. In den letzten drei bis vier Monaten wurde Tag und Nacht gearbeitet. Am 21. September, einem Sonntag, wurde der letzte Schlag getan.

Das Licht am Ende des Tunnels

Einen Tunnel zu bauen ist harte Arbeit. Zuletzt waren die meisten krank und übermüdet. Auch wuchs mit jedem Tag, der verging, die Sorge, der Tunnel könnte einstürzen, es könnte unvorhergesehene Verlegungen geben, ihre Arbeiten könnten bemerkt werden … Die letzten zehn Meter des Tunnels war das Erdreich feucht und matschig. Sie lösten die nasse Erde mit den Händen, so weich war sie. Dann war es vollbracht. Sie öffneten nur ein kleines Loch und sahen hindurch. Doch der Lärm, der nun von außen zu den Zellen drang, war groß, im Tunnel selbst war er ohrenbetäubend. Daraufhin befürchteten sie, der Tunnel wäre erkannt worden und die Gefängnisleitung würde nun nach ihm forschen. Da ein Angriff des Wachpersonals aber ausblieb, war er offenbar unentdeckt geblieben. In der letzten Schicht arbeitete einer, der jetzt in den Bergen ist, Diyar Kaydu. Er berichtet: »Zuletzt arbeitete ich etwa drei Stunden lang ganz vorn. Es lagen nur noch zwei Steine vor mir. Mit einer Flasche bohrte ich ein Loch in die Erde, da schien Licht herein. Panik stieg in mir hoch. Das Erste, was ich sah, war ein Baum. Es war ein Garten. Das Gezwitscher der Vögel, die im Baum saßen, drang zu mir in den Tunnel. In dem Moment sagte ich mir, ok, es ist vollbracht.«

Sie waren zusammen 18 Personen, die sich in den beiden Zellen 5 und 6 befanden. Es gab noch weitere, die eingeweiht waren, aber sich in anderen Zellen befanden. Und sollte die Flucht gelingen, galt es natürlich, die Kontakte nach draußen zu regeln. Für alle Eventualitäten bildeten sie unter sich drei Gruppen mit je einem Verantwortlichen. Zwei Gruppen sollten sich nach Erzîrom (Erzurum), eine in die Ebene von Amed durchschlagen. Auch klärten sie, in welcher Reihenfolge sie durch den Tunnel schlüpfen wollten. Doch die Zeit drängte. Dort, wo sie die Erde durchstoßen hatten, lief das tägliche Leben weiter, es wurde gearbeitet, es gingen welche vorbei. Zu groß war damit das Risiko, dass der Tunnel im letzten Moment doch noch entdeckt werden könnte. Sie wollten, wenn sie den Tunnel verlassen, in den angrenzenden Garten huschen, dort wären sie außerhalb der direkten Sicht der Wachposten. Deshalb machten sie sich aus der Bettwäsche Tarndecken. Die weiße Bettwäsche wurde in die nasse Erde getunkt, danach war sie erdfarben. Es war Herbst geworden, deshalb wurden in die Ecken der Decken Taschen genäht, um sie zu beschweren. Kurz vor der Flucht wurden dann fünf Freunde, von denen auch einige Verantwortliche des Tunnelprojekts waren, zur Gefängnisleitung gerufen. Ihnen wurde mitgeteilt, dass sie zwangsverlegt würden. Ihre Freunde waren geschockt, empfanden es als schmerzlich für die Betroffenen, so kurz vor Vollendung der Arbeit aus allem herausgerissen zu werden. Auch wuchs die Sorge, dass die Gefängnisleitung doch irgendwie Verdacht geschöpft haben könnte. Sie baten, dass die Betroffenen ihre letzte Nacht in Çewlîg bei ihnen in der Zelle verbringen könnten. Doch es half nichts. Die fünf wurden noch am selben Tag in ein anderes Gefängnis verlegt. Entsprechend groß war die Betroffenheit bei den Zurückgebliebenen.

Die Umzingelung wurde enger und ernger

So flüchteten sie ohne sie. Sie hatten sich in drei Gruppen aufgeteilt. Mit Autos fuhren sie zu einem Treffpunkt und riefen dort angekommen nach den Freunden. Doch es war niemand dort. Am darauffolgenden Tag schwärmten sie zu zweit oder zu viert auf der Suche nach den Freunden aus. Sie fanden sie nicht. Doch auch die Suche nach ihnen, den Geflüchteten, war schon im Gange. Aufklärungsflugzeuge kreisten über ihnen. Die Umzingelung wurde enger und enger, und sie hatten nichts, um sich zu verteidigen. So wurden sie erneut verhaftet und zur Kaserne in Çewlîg transportiert, danach in verschiedene Gefängnisse strafverlegt. Devrim, Diyar und Osman kamen ins Gefängnis von Wan, später dann alle drei nach Amed. Dort waren sie früher schon einmal gewesen. Jetzt galten sie dort als Fachleute für alle Fragen zum Thema Tunnelbau. So war es

nur natürlich, sich erneut mit den Möglichkeiten einer Flucht zu befassen.

Diesmal sollte es über die Mauer gehen. Es wurden die Zellen gewechselt. Sie kamen in eine Zelle, wo zwei Freunde, Mervan und Rojhat, schon mit den Vorbereitungen begonnen hatten. Sie hatten ein Loch in die Mauer zum Hof gebohrt und beobachteten von dort aus die Wachwechsel. Es war also beschlossene Sache. Nun galt es, alles nur noch organisierter zu verfolgen. Fakt ist, mit nur drei Personen lässt sich ein Tunnel nicht graben. Sie wollten in eine geeignete Zelle verlegt werden, doch das gelang nicht. So rückte der Plan, es über die Mauer zu versuchen, mehr und mehr in den Fokus. Alle drei waren gemeinsam in einer Zelle untergebracht. Auch hatten sie Kontakt zu den Zellen der anderen. So begannen sie mit der theoretischen Planung. Ab der zweiten Novemberwoche begann dann die praktische Umsetzung des Plans.

Ursprünglich war geplant, zuerst die Mauer zu überwinden. Die Zellen, in denen sie waren, lagen nicht nebeneinander. So war also zunächst zu klären, wie die daraus entstehenden Probleme zu lösen seien. Es musste also erst einmal in Erfahrung gebracht werden, wie die Trakte aufgebaut waren, wie es gelingt, an den Kameras vorbeizukommen, wie am NATO-Draht (der auf Türkisch »deutscher Stacheldraht« heißt). Danach müssten die Mauern nacheinander überwunden und es müsste an die Türme herangerobbt werden, in denen die Soldaten Wache hielten. Und zuletzt müsste noch ein in mehreren Spiralen ineinander verwobener NATO-Draht überwunden werden. Dafür mussten die Freunde aus beiden Zellen genau beobachten, was um sie herum vorging. Voraussetzung für alles war auch eine gute körperliche Kondition. Sobald der Plan konkretere Formen annahm, begannen sie Sport zu treiben. Nun ist das Gefängnis bekanntlich kein geeigneter Ort, um sich viel zu bewegen. Es ist eng. Viel Platz für Bewegung gibt es kaum. Entsprechend schlecht ist zumeist die körperliche Kondition. Jetzt hieß es aber, an einem Seil hochklettern zu müssen.

Ein neuer Weg

Es gab aber nicht nur das Problem. Es gab viele Hürden, vor allem aber drei entscheidende. Da an der Flucht zwei Zellen beteiligt werden sollten, mussten die Freunde aus beiden Zellen zuerst einmal zusammenkommen können. Danach musste eine zweite Mauer überwunden werden, um in den Bereich zu gelangen, wo das Fußballfeld lag. Von dort sollte es kriechend zu dem Bereich gehen, wo der elektrische Alarmzaun stand. Dort sollte der Strom ausfallen und der Generator einspringen. In der Zeit dazwischen, also während des Stromausfalls, mussten die Drähte des Zauns durchgeschnitten werden und alle die Stelle passiert haben. Dann läge nur noch eine letzte Mauer vor ihnen. Hier waren zusätzlich Kameras installiert und dort waren auch die Wachtürme der Soldaten. Sie bemerkten durch ihre Beobachtungen, dass einmal pro Woche der Turm, an dem sie vorbei mussten, leer stand. Sie mussten also an einem Tag fliehen, an dem der Turm leer blieb, den



Typ-E-Gefängnis am Stadtrand von Mêrdîn Foto: Hinrich Schultze | www.dokumentarfoto.de

Turm hoch und über die Mauer setzen. Lange Zeit war das ihr Plan. Sie starteten zwei Probeläufe ihrer Flucht. Die Drähte des elektrischen Alarmdrahtzauns wurden durchtrennt. Doch der Stromausfall ließ sich nicht so vorausplanen, wie sie erhofft hatten. Der Strom fiel auch nicht so lange aus, wie es notwendig gewesen wäre. Außerdem musste ja auch noch alles damit im Einklang stehen, dass das Wetter schlecht zu sein und der Wachturm leer zu stehen hatte. Das bedeutete, die konkreten Bedingungen würden den Zeitpunkt der Flucht bestimmen; es musste schon alles zusammentreffen. Dementsprechend schwierig würde sich jedoch das Vorankommen gestalten, wenn sie erst einmal draußen sein sollten.

Sie verfolgten die politische Entwicklung. Zu Beginn ihrer Arbeiten wollten sie nach Rojava. Denn in jenen Tagen vollzog sich dort die Revolution. Alle drei kamen aus der Guerilla, verfügten also über entsprechende Erfahrungen, die dort von Nutzen sein konnten. Mit der Zeit taten sich neue Entwicklungen auf. Der Widerstand der Bevölkerung in den Städten und Landkreisen Bakurs/Nordkurdistans erhob sich. Sie kämpfte um die Selbstverwaltung ihrer Kommunen als Reaktion auf den Abbruch der laufenden Friedensgespräche zwischen PKK und türkischem Staat durch Präsident Erdoğan sowie gegen die maßlose Repression, der sie durch den Staat ausgesetzt war. Auch gleich nebenan, hier in Sûr (Amed), hatte sich der Widerstand formiert. Seit Dezember (2015) war ihnen klar, sie würden in Bakur bleiben wollen. Währenddessen liefen auch die Vorbereitungen zur Flucht weiter. Es wurde weiter beobachtet, Sport getrieben. Das Ganze blieb nicht ohne Folgen. Es gab auch Unfälle. Ein Freund fiel von der Mauer, erlitt einen dreifachen Fersenbruch. Damit die Vorbereitungen nicht auffielen, musste der Unfall sowohl vor den Freunden als auch vor der Gefängnisleitung geheim gehalten werden, es durfte kein Verdacht aufkommen. So an die zwanzig Mal sind sie über die Mauern bis zu den Wachtürmen gelangt, in denen Soldaten Wache hielten, und kehrten wieder zurück in ihre Zellen. Als es dem Ersten gelang, die Mauer zu überwinden und heil auf der anderen Seite herunterzukommen, war das für alle schon ein enormer Erfolg; doch es lag noch ein langer Weg vor ihnen. Auch die elektrischen Alarmdrähte wurden bereits zwölf Tage vor der eigentlichen Flucht durchschnitten und so war alles für den Tag des Scheidens vorbereitet …

Bevor man Mauern überwinden kann, muss man erst einmal die Mauern im Kopf überwinden!

Devrim Kavak erklärt für die Flucht Wichtiges: »Das war eine Arbeit mit hohem Risiko. Das hatte vor uns noch keiner gewagt. Das ist alles eine Frage der Psychologie. Bevor man Mauern überwinden kann, muss man erst einmal die Mauern im Kopf überwinden. Als es dann regnete, blieben wir und warteten auf Nebel. Danach sagten wir uns, der Wachturm müsse leer sein. Er war leer, wir blieben. Der Strom fiel aus, fast eine halbe Stunde lang. Der Generator sprang nicht an. Wieder blieben wir. Alles ist letztlich eine Frage des Überwindens der Mauern in unseren Köpfen.«

Die Wachtürme hatten sie genauestens beobachtet, stellten fest, dass alle drei, vier Tage der Turm in der Nacht für einige Stunden unbesetzt blieb. Vor ihnen lagen drei Türme, zwischen ihnen jeweils ein Abstand von etwa 50 Metern. Der Mittlere, an dem sie vorbei mussten, wurde zwischen 18 und 20 Uhr für jeweils zwei Stunden unbesetzt gelassen. Jetzt benötigten sie nur noch schlechtes Wetter. Also wurde auch das Wetter genauestens beobachtet. Am 5. März war es soweit. Das Wetter war schlecht und der Turm zwischen 18 und 20 Uhr nicht besetzt. Alles war vorbereitet. Auch die Tarnung. Im mittleren Durchgang musste eine Strecke Asphalt kriechend überwunden werden. Sie hatten auch Vorbereitungen getroffen wegen der Hunde. Jeder hatte einige Kiesel in seiner Hosentasche, um damit Zeichen zu geben.

Am 5. März änderte sich das Wetter. Es wurde schlecht. Um 18 Uhr wurden die Türen geschlossen. Das Wachpersonal kam, nahm die Zählung vor. Sie kletterten auf die Mauer, sahen von dort aus dem Wachwechsel zu. »Es begann herrlich zu regnen. Es regnete in Sturzbächen. Der Regen war so heftig, dass der Feind zum Wachwechsel mit dem Minibus kam. Wir beobachteten sie und stellten fest, dass der mittlere Turm nicht angefahren wurde. Er war also unbesetzt«, erzählt Diyar Kaydu. Sofort begannen sie sich vorzubereiten. Einer ging los, sagte in der zweiten Zelle Bescheid. Dort waren sie auch schon so weit. Seit zwei Monaten waren sie ohnehin jede Nacht auf dem Sprung und warteten auf den richtigen Moment. Mit den Seilen, die sie vorbereitet hatten, überwanden sie die erste Mauer. Dann kam der Alarmdraht, zu dem sie 60 Meter kriechen mussten.

Jede Nacht zuvor hatten sie leere Tüten an den Stacheldraht gehängt, um das Sichtfeld der Kameras einzuschränken. In Amed ist es oft windig. Der Wind weht dann Sand und Müll – auch Plastiktüten – auf das Dach des Gefängnisses, wo sie sich dann in den Drähten verfangen, es war also nicht sonderlich auffällig. So hatten sie die Route, die sie zur Flucht nutzten wollten, zuvor mit Tüten gegen die Kameras verhängt. Wieder hatten sie, wie zuvor in Çewlîg auch, eine Reihenfolge abgemacht, in der jeder flüchten sollte. Etwa eine halbe Stunde lang mussten sie sich kriechend vorwärtsschieben. Es ging nur sehr langsam voran – Schritt für Schritt. Weder die Kameras noch die Wachposten sollten etwas mitbekommen. Bis sie alle an den Fuß des Wachturms herangerobbt waren, verging eine halbe Stunde. Und das, obwohl die zurückgelegte Strecke gerade einmal etwa 100 Meter maß. Die Drähte waren ja zuvor schon durchschnitten worden. Sie fanden die Stelle

jedoch nicht auf Anhieb und mussten zehn Minuten nach ihr suchen. Als sie dort ankamen, war Wachwechsel. Die Spannung wuchs. Andererseits war die Wahrscheinlichkeit geringer, gesehen zu werden, denn sie hatten sich Tarnanzüge angefertigt, dort würden sie mit der Umgebung verschmelzen. Dann näherten sich die Hunde. Die Gruppe der sechs lag ganz still, sie hielten den Atem an. Und die Hunde liefen weiter. Gegen 19.10 Uhr überwanden sie die Drähte. Sie mussten über den Alarmdraht, der NATO-Draht wurde gekappt, dann folgte ein zweiter Draht. Auch der wurde überwunden. Sie krochen bis zum Fuß des Wachturms vor.

»Wir wollten einander auf die Schultern steigen, glaubten so den Turm erreichen zu können«, erklärt Diyar Kaydu. »Aber das war ein Irrtum«, fügt er hinzu. Dort, wo man in den Wachturm hineinklettern konnte, war erneut NATO-Draht gespannt. Das gestaltete sich problematisch. Schließlich zog Mervan sich hoch, er blutete aus verschiedenen Wunden, aber er öffnete ihnen die Tür. So schlüpften sie alle nacheinander hinein. Sie hatten ihre selbstgebauten »Seile« dabei. Um die an den Wachturm anschließende Mauer zu überwinden, banden sie das »Seil« fest und ließen sich an ihm hinab. Devrim Kavak: »Was uns hinter der Mauer erwarten würde, das wussten wir nicht so genau. Es gab in etwa doppelt so viele Scheinwerfer wie im inneren Bereich. Auch wussten wir, dass es dort einen weiteren Alarmdraht geben sollte. Für den Fall hatten wir eine Zange dabei, damit wollten wir den Draht durchtrennen. Wir passierten die erleuchtete Fläche. Dann folgte ein gepflügtes Gelände. Beides durchquerten wir in einem Atemzug. Danach begannen wir zu rennen, dorthin, wo am Ende Häuser zu erkennen waren. Wir rannten nur noch … Wir rannten wie Şener Şen *[türkischer Schauspieler]*. Einige hatten sich bei den Händen gefasst. Wir waren überwältigt. Die Luft hatten wir noch niemals zuvor so in uns aufgesogen. Es war unglaublich. Wir sahen und lauschten hinter uns, ob Lärm von dort käme. So liefen wir zu sechst, einer nach dem anderen, einen Abstand zwischen uns haltend.«

Der Grundbaustein auf dem Weg, der zur Freiheit führt

Draußen versuchten sie dann einige Freunde zu erreichen. Es gab Probleme. Die Gruppe wurde in zwei Gruppen getrennt. Später trafen wir wieder aufeinander und waren im selben Auto auf dem Weg in die Berge. Sie wurden an einen Ort gebracht, an dem die Guerilla häufig verkehrte. Sie verpassten den Freund von der Guerilla um nur fünf Minuten. Sie fanden drei Waffen, die der Guerilla gehörten. Die Bauern des Ortes bedrängten sie zu bleiben. Aber sie erklärten ihnen, dass sie nicht in ihrem Haus bleiben könnten, es sei zu ihrer eigenen Sicherheit besser so, und zogen ins Gelände. Am nächsten Morgen gegen neun oder zehn Uhr kam jemand von den Milizen und brachte sie zu ihren Genossen von der Guerilla. Jetzt erst waren sie in Sicherheit. Man umarmte sich. Aber zur Sicherheit wurde nur der Verantwortliche der Gruppe darüber eingeweiht, wer sie waren und was hinter ihnen lag.

> In meiner siebenjährigen Praxis im Gefängnis vergingen zwei bis drei Jahre mit den Vorbereitungen für die Flucht, die übrige Zeit damit, sich selbst zu analysieren, sich zu verstehen und an sich zu arbeiten, und das ist ja der Grundbaustein auf dem Weg, der zur Freiheit führt.

Devrim Kavak zieht ein Fazit: »In meiner siebenjährigen Praxis im Gefängnis vergingen zwei bis drei Jahre mit den Vorbereitungen für die Flucht, die übrige Zeit damit, sich selbst zu analysieren, sich zu verstehen und an sich zu arbeiten, und das ist ja der Grundbaustein auf dem Weg, der zur Freiheit führt. Physisch war es sehr anstrengend. Dann waren wir noch sehr bedrückt, da man ja nicht Teil der (politischen) Ereignisse war. Ohnehin war allein die Verhaftung als solches schon übel genug. Wir beobachteten die Ereignisse, den Kampf, die Massaker, waren jedoch selbst zur Untätigkeit verurteilt. Das zehrte an uns. Vor allem, als sich 2012 der revolutionäre Volkskampf *[gemeint ist die 1.-Juli-Offensive der HPG]* erhob. Wir wollten Teil davon sein und einen Beitrag dazu leisten. Als das sind unser Widerstand im Gefängnis und die Flucht zu bewerten, mögen sie auch nur sehr gering gewesen sein im Verhältnis zu allem.«

Wir wissen um unsere Verantwortung

Und so gilt ihr Schlusswort dann auch den in den Gefängnissen zurückgelassenen Genossen. Diyar Kaydu: »Da sind zum einen die Freunde, mit denen wir in Çewlîg gemeinsam geflohen waren. Freunde, mit denen wir viel geteilt und von denen wir viel Unterstützung erhalten haben. Sie sind im Gefängnis. Sie sollen wissen, dass wir sie nicht vergessen haben. Und dann gibt es da natürlich auch die Freunde im Gefängnis von Amed. Ihnen gegenüber stehen wir in der Schuld. Das ist uns bewusst und dementsprechend verhalten wir uns.« Und auch Osman Kılıç sagt: »Wie die beiden Freunde zuvor schon erwähnt haben, wir haben Freunde zurücklassen müssen. Sie sind im Gefängnis. Wir wissen um unsere Verantwortung ihnen gegenüber. Wir danken allen, die uns sowohl in Çewlîg als auch bei der letzten Flucht unterstützt haben.« ♦

Ein Stern, so strahlend wie die Sonne

Am 2. September ist unsere Freundin Ellen Jaedicke nach einem langen Kampf gegen den Krebs verstorben. Sie wurde nur 40 Jahre alt, aber in ihrem kurzen Leben hat sie in vielen Menschen schöne eindrucksvolle Spuren hinterlassen. Wer war Ellen, die den für sie passenden kurdischen Namen Sterk trug? Sterk bedeutet übersetzt Stern und das Licht dieses Sternes leuchtete besonders in dunklen Momenten auf. Ellen konnte Menschen begeistern, sie hatte nicht nur viele Ideen, sondern organisierte auch ihre Umsetzung und das doch meist mit ihrem leuchtenden Lächeln auf den Lippen. Wir können hier nur einige wenige Auszüge aus Reden und Schriften ihrer Freundinnen und Freunde wiedergeben, die bei ihrer Beerdigung gehalten worden sind, veröffentlichen. Aber schon diese kurzen Aussagen zeigen, wer Sterk war und ist …



Wenn wir an Ellen denken, ist den meisten von uns ihr Lächeln in Erinnerung, ihre Begeisterungsfähigkeit mit der sie uns alle immer wieder ansteckte. Sie war eine unglaublich mitreißende, fröhliche wunderschöne Frau, eine Kämpferin, eine Internationalistin, eine Feministin, eine gute Strategin und Vordenkerin, Organisatorin, eine Vermittlerin und vor allem eine gute Freundin … Annett

… Von dem Zeitpunkt als sie die kurdische Bewegung kennenlernte bis zu ihrem Lebensende, hatte sie nur 10 Jahre, um all ihre Kraft in eine Bewegung zu geben, die sie überzeugt hatte. Sie wirkte ganzheitlich auf vielen Ebenen und in vielen Projekten mit und hat in der ihr verbliebenen Zeit so viel initiiert, als wären es Jahrzehnte gewesen … Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

So wie sie ihre ganze Kraft für eine frauenbefreite, ökologische und basisdemokratische Welt einsetzte, so kämpfte sie auch gegen den Krebs, aufgeben war nicht ihre Sache.
Ellen war eine wirkliche Internationalistin und tief mit der kurdischen Revolution verbunden. … Freundinnen und Freunde der Kampagne TATORT Kurdistan

Hallo aus Illinois, … In Juli hat Ellen mir gesagt, dass sie keine Angst vorm Sterben hat. Das glaube ich ihr auch, weil ich weiß, dass sie – wie keine andere, die ich jemals gekannt habe – keine Angst vor dem Leben hatte. Sie wollte die Welt ändern, und sie hat alles dafür getan … Darcy

sind metaphern oft abgedroschen oder fehl am platz,
auf ellen trifft der angenommene name sterk/stern
auf jeden fall zu:
wie ein stern erschien sie an meinem horizont,
und wie sich zeigte, nicht nur an meinem,
und wird nicht mehr verblassen.
aufgetaucht wie ein kleiner wirbelwind,
nicht so zerstörerisch,
aber so voller kraft.
– und ich werde mich an sie als stern erinnern können …
Bernd

… Sie wollte mit uns nicht nur wohnen, sondern auch in die politische Auseinandersetzung gehen. Mit anderen hat sie in unserer Küche ein paar Abende zu verschiedenen politischen Themen organisiert und ein paar Jahre später einen Lesekreis zum Thema Utopie initiiert. Ein Stück weit war sie von uns enttäuscht, als sie das erste Mal aus Diyarbakır zurückkam und feststellte, ihr Traum von einem Frauenzusammenhang, mit



dem sie gleichzeitig zusammen lebt und kämpft, wird mit uns nicht in der Form wahr, die sie sich wünschte. Dieser Traum hat sie immer weitergetrieben ... Grüni, ein Berliner Hausprojekt

... ein Gespräch über das Selbst, die eigenen Gefühle und Herangehensweisen waren mit Ellen immer möglich gewesen und sie wurde zu einer wichtigen Genossin, mit der ich immer wieder auch viele Probleme, Sorgen, Wünsche und Hoffnungen teilen konnte – dabei verkörperte sie Freund_innenschaft – Genoss_innenschaft, an die immer wieder auch nach langen Pausen angeknüpft werden konnte, als hätte es keine räumliche oder zeitliche Trennung gegeben ... Michel

Que la terra et sigui lleu, companya ... Du hast so begeistert über Rojava und die Kurdische Frauenrevolution erzählt, dass wir anfingen darüber nachzudenken dorthin zu gehen und auch die schon bestehenden Solidaritätsbezüge zwischen den Catalanischen, den baskischen und den kurdischen Frauenbewegungen zu stärken. ... Nerea, Maria und Marta

... Kochen war zum Beispiel eine gute Gelegenheit. Neben dem Kennenlernen von Gemüse, Getreide, Nüsse, Obst und damit der Natur, der wir uns entfremdet haben, hatte es eine unheimlich große soziale Funktion. Gut erinnere ich mich an die vielen Kochabende in Berlin und Hamburg, an der so viele Freund_innen und deren Freund_innen teilnahmen. Die lockere, entspannte und auf die Menschen zugehende Art von Ellen ließ die Schranken für die meisten Teilnehmenden sofort fallen. Dies passte genau in das, was sie politisch erreichen wollte. ... Ercan

... Sie hat mit unserem Kampf in einer Zeit Bekanntschaft geschlossen, als wir das Gefühl hatten, dass keiner uns und unseren Kampf versteht. Sie hat es nicht bei der Bekanntschaft belassen, sondern ist zu einem aktiven Teil unseres Kampfes geworden. In diesem Rahmen hatte ich dann auch die Gelegenheit, sie kennenlernen zu dürfen..

Sterk hat gelebt wie die Melodie eines schönen Liedes, so natürlich, emotional, motiviert, eben wie eine unvergleichliche und einprägsame Melodie … Silemanî, Cudi

... Hevala Sterks Lebenskraft spiegelt sich auch in ihrem Namen wieder: Der Name Sterk bedeutet Stern. Er geht zurück auf den Namen Istar, der Name der ersten Göttin der Gesellschaft des fruchtbaren Halbmondes. Diese stand vor allem für die schaffende, allmächtige Kraft der Frau in ihrer Verbindung zum Universum ... Kongra Star

... Du hast mir gezeigt, wie schön es ist, zu kämpfen! Du hast mir gezeigt, dass es nicht nur Kraft kostet, zu kämpfen, sondern ungleich mehr Kraft gibt, wenn wir – gemeinsam – in der richtigen Art und Weise kämpfen! Du hast in mir die Freude des Kampfes geweckt ... Viyan Sterk

... Ellen, ich schlag mein Tagebuch von der Karawane auf
gleich auf der ersten Seite blickst du mir im Rückspiegel entgegen
dein Blick – fresh, so hungrig, so wach
wie ein lachender Blitz ... Deine Isa



... Ich erinnere mich an so viele Augenblicken, so viele lustige und tiefgründige Gespräche, als ob wir uns schon lange kannten. Alles war neu und dennoch so vertraut – vielleicht weil wir vom gleichen sprachen, die gleichen Utopien teilten und in die gleiche Richtung weitergehen wollten. Als Ellen erzählte, die Freundinnen in den Bergen hätten kritisiert, dass sie zu selektiv sei in ihren Freundschaften, mussten wir schmunzeln. Und innerlich wusste ich, dass ich mir nichts mehr wünschte, als eine solche selektive Freundschaft mit Ellen ... Nikol, FrauenLesbenKasama

und es gibt noch so viel mehr zu sagen ...

Der Üzerlik: Wandschmuck und Heilmittel traditionell

Kani Azadî


ANF

Der Üzerlik bzw. der Harmal ist ein Wandschmuck. Er besteht aus den Samenkapseln des Üzerlik-Krauts, auch Harmal-Kraut genannt – auf Deutsch Steppenraute (Peganum harmala). In den Monaten Juni, Juli und August, wenn die Samenkapseln ausreifen, wird er hergestellt. Die etwa kichererbsengroßen Samenkapseln werden, wenn sie noch grün sind, mithilfe einer Nadel wie Perlen auf Baumwollfäden aufgezogen und formen den Wandschmuck. Mit eingeflochten werden zumeist ein Stück Holz, häufig mit einem Stück Stoff ummantelt, farbige Wollfäden, Stoffstücke, in neuerer Zeit auch Perlen oder farbige Plastikblüten. Es gibt die unterschiedlichsten Formen und Größen, häufig kommt die Raute als Motiv vor. Später, wenn der Wandschmuck fertig ist, trocknen die Kapseln und bekommen eine gelbe Färbung. Einmal getrocknet hält er sich jahrelang. In jeder Kapsel stecken an die fünfzig Samen, braun, abgeflacht und eckig. Sie haben einen intensiven Geruch und schmecken bitter, weshalb sie auch vom Vieh verschmäht werden. Die Steppenraute ist eine mehrjährige Wildpflanze. Ihre buschige Staude kann bis zu einem Meter groß werden. Ihre Blüten sind weiß, zart und haben fünf Blütenblätter. Sie blüht von April bis in den Juni und ist eine Wüsten- und Steppenpflanze. Dementsprechend benötigt die Pflanze wenig Wasser, aber viel Sonne.

Es scheint kein Zufall zu sein, dass es gerade die Samenkapseln der Steppenraute sind, die als Üzerlik verarbeitet und auf diese Art haltbar gemacht werden. So können sie einmal getrocknet jahrelang aufbewahrt werden und sind immer griffbereit. Der Üzerlik ist nicht nur ein folkloristischer Schmuck für die Wohnung, denn die Steppenraute ist eine Heilpflanze und von alters her bekannt und wegen ihrer Wirkung sehr geschätzt. Von ihrer Wirkung her ist sie wohlbekömmlich und gegen ziemlich alles zu gebrauchen. So vermischt sich häufig Ritus mit praktischem Nutzen und wird dem Üzerlik auch nachgesagt, er schütze vor dem »bösen Blick« (nazar, Fluch). Die Pflanze wird im Volksmund deshalb auch nazar otu (Fluchkraut) genannt. Als Heilmittel hat die Steppenraute ein weites Anwendungsfeld. Sie verfügt über sedative, antidepressive, aphrodisierende, harntreibende, verdauungsfördernde, halluzinogene und abtreibende Wirkung. Daneben soll sie auch gegen Bandwürmer helfen und entzündungshemmend sein. Überhaupt ist die Verwendung der Steppenraute vielseitig. So findet sie auch als Gewürz oder als Färbemittel für Naturstoffe Anwendung. Es lässt sich sowohl Gelb als auch Rot aus ihr herstellen. Ihr Rot findet sich in alten Perserteppichen wieder.

Der Üzerlik ist in vielen Gegenden Kurdistans zu finden. Will man jedoch etwas über ihn in Erfahrung bringen, wende man sich am besten an die Frauen. Denn der Üzerlik ist ein Teil ihrer Kultur. Sie sind es, die ihn herstellen und das seit jeher. Und sie sind es auch, die mit ihm ihre ihnen Nahestehenden vor Unheil geschützt wissen wollen.

War der Üzerlik im Leben vieler Kurden bis vor Kurzem noch allgegenwärtig, so verliert auch die Kultur des Üzerlik in der modernen Zeit zunehmend an Boden. Nur noch selten greift jemand zu den Samenkapseln, um sie zu verräuchern und Heilung zu suchen. Während er in den Städten schon kaum noch in der traditionellen Bauart auftaucht, ist er in den Dörfern noch häufig zu Hause. Dort zumeist als folkloristischer Wandschmuck, von dem es im besten Falle heißt, er schütze vor dem »bösen Blick«. Auf dem Sektor muss er sich allerdings mit dem Nazar-Amulett, dem »Blauen Auge« messen, von dem er mehr und mehr verdrängt wird. Trotzdem kennt man den Üzerlik in traditioneller Machart auch heute noch an vielen Orten, so in Riha (Urfa), Êlih, Amed (Diyarbakır), Agirî (Ağrı), in Afrîn in Rojava, um nur einige zu nennen. In Riha wird er den Touristen auch zum Kauf angeboten und gilt als begehrtes Mitbringsel. Immer öfter nehmen auch andere Materialien den Platz der empfindlichen »Perlen« der Steppenraute ein. Womit er einerseits neue Nischen findet – so gibt es kaum einen Dolmuş (Sammeltaxi), in dem nicht seine Plastikversion zu finden ist –, andererseits ist der Sinn des Üzerlik, Aufbewahrungsort eines Heilkrauts zu sein, damit allerdings verloren. Doch ist er als ein Schutzamulett weiterhin präsent. ♦

Das Buch zur Reise des Lower Class Magazine durch die Türkei, Nordkurdistan und ins Qandîlgebirge

Hinter den Barrikaden – Eine Reise durch Nordkurdistan im Krieg

Konstantin Weinert

Es herrscht Krieg in Kurdistan, nicht mehr nur gegen sich muslimisch gebärdende Faschist*innen in Syrien und im Irak, sondern seit vergangenem Jahr auch wieder in der Türkei. Dies scheint für viele Menschen eine Schwierigkeit darzustellen. Während die Kämpfe um Kobanê und Rojava große internationale Solidarität erfuhren, lässt diese nun gegen einen älteren und größeren Feind auf sich warten. Es waren auf einmal nicht mehr als Monster abstempelbare Fremde und Verrückte, sondern ein Staat, zu dem viele einen positiven, wenn auch kritischen Bezug hatten.

Nunmehr war der Feind (erneut) der türkische Staat, ein NATO-Mitglied, ein enger Partner Deutschlands und der EU, der Faktor, um die Fluchtrouten aus dem Mittleren Osten zu sperren, und an dessen Spitze ein Mann steht, der sich selbst als Sultan eines neues Osmanischen Reiches sehen will, Recep Tayyip Erdoğan.

Und während nunmehr die zweitgrößte NATO-Armee gegen die kurdische Zivilbevölkerung, Oppositionelle und kritische Journalist*innen vorging und immer noch vorgeht, schwand die Solidarität.

Mit dieser Kritik beginnt das Buch der fünf kurdischen, türkischen und deutschen Autor*innen, die im Rahmen der Recherchegruppe des Lower Class Magazine Analysen, Interviews, Berichte und Erinnerungen von ihren Reisen durch Kurdistan und die Türkei zusammengetragen haben. Durch ihre Augen und Ohren bekommen wir Zugang zu Ereignissen und persönlichen Meinungen, die uns sonst durch die wachsende Diktatur verwehrt bleiben würden.

»Nerden nereye geldik« – Wie sind wir bloß hier angelangt …

Während ihrer zwei mehrmonatigen Recherchereisen besuchte die Gruppe Kundgebungen und Ereignisse in der West-Türkei, verschaffte sich Zugang zu den belagerten und umkämpften Städten in Bakur/Nordkurdistan (Südosttürkei) und reiste schließlich in das von der kurdischen Guerilla befreite Qandîlgebirge (Nordirak). Die Gruppe bewegte sich zeitlich als auch geographisch in einen Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte alten Konflikt und fand sich im Krieg eines Staates und seines von Macht besessenen Diktators gegen das kurdische Volk und ihre Freiheitsbewegung wieder. Doch der Ausgangspunkt für die Eskalation und den aktuellen Krieg liegt am Anfang ihrer Reise und bereits mehrere Jahre zurück.

Gezi trifft auf Kobanê

Täglich kamen damals Berichte und Nachrichten über die Gezi-Proteste. Im Sommer 2013 sollte einer der wenigen verbliebenen Parks in Istanbul einem Einkaufszentrum weichen und dagegen regte sich mehr und mehr Widerstand, bis schließlich schätzungsweise acht Millionen Menschen an den Protesten teilnahmen. Doch es waren mittlerweile nicht mehr einfache Proteste, was dort geschah war eine Revolte, es entlud sich die Wut der Menschen, die unter der immer strafferen Diktatur Erdoğans litten. Die Proteste wuchsen zu einem Volksaufstand mit tagelangen Straßenschlachten, Besetzungen und immer wieder kleinen Siegen gegen die Staatsgewalt.

Die Menschen verloren ihre Angst und so, wie die Angst der Menschen zerbrach, so bröckelte auch die Isolation der kurdischen Bevölkerung und ihrer Freiheitsbewegung.

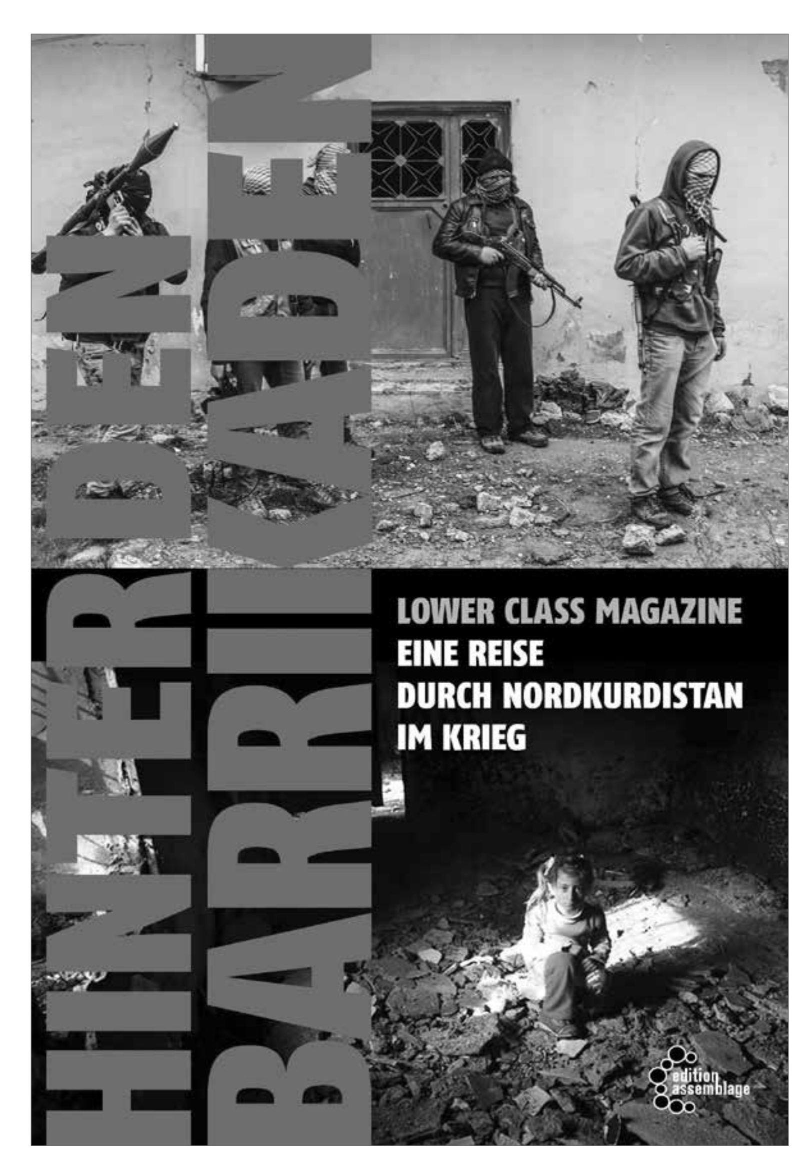
Während die AKP und Erdoğan immer mehr an Ansehen verloren, wuchs das Interesse und die Akzeptanz für die demokratischen Anliegen der Kurd*innen und ihre Bündnispartei HDP. Gleichzeitig begann der sogenannte »Islamische Staat« seinen Würgegriff um Rojava und besonders um die Stadt Kobanê zuzuziehen. Doch schließlich konnte die kurdische Bewegung sowohl in Rojava als auch in der Türkei hart erkämpfte und teuer bezahlte Erfolge verzeichnen.

Bereits vor den ersten Parlamentswahlen begannen die Anschläge auf Kundgebungen gegen Kurd*innen und Oppositionelle. Den traurigen Grundstein legte der Anschlag von Pirsûs (Suruç), bei dem dutzende Jugendliche der türkischen Linken ermordet wurden. Dieser Anschlag war ein deutliches Signal: Solidarisiert euch nicht mit den Kurd*innen.

»Die Menschen lernten, indem sie kämpften« – Şemsettin Ertan, YPS

Die AKP sah sich im Zugzwang und begann einen neuen Krieg, der ihr zu alter Macht und Legitimität verhelfen sollte. Doch während der Krieg der 1990er Jahre eher in den ländlichen Regionen und den kurdischen Bergen stattfand, eröffnete die Bevölkerung ihren Widerstand nun direkt in den kurdischen Metropolen und urbanen Gebieten.

Mehrere Städte und Gemeinden riefen die Autonomie und Unabhängigkeit gegenüber dem türkischen Staat aus und organisierten eine Selbstverwaltung. Das türkische Militär ließ jedoch nicht lange auf sich warten und ging mit bisher unbekannter Härte gegen Zivilist*innen vor, sodass sich innerhalb kürzester Zeit hunderte Jugendliche als Zivile Selbstverteidigungseinheiten (YPS) zusammenfanden und die bewaffnete Verteidigung ihrer Heimat und der dortigen Menschen aufnahmen.



Lower Class Magazine
Hinter den Barrikaden
Eine Reise durch Nordkurdistan im Krieg
Verlag: edition assemblage
184 Seiten, 13.80 EUR [D]
ISBN 978-3-96042-012-5 | WG 973
Neuerscheinung 1. August 2016

Das Lower Class Magazine reiste in die umkämpften Orte, sprach mit Einwohner*innen und Kämpfer*innen, berichtet von persönlichen Eindrücken und eröffnet uns verborgene Eindrücke. Doch diese »Situation«, auch das wird deutlich, ging und geht weit über die Belagerungen und aktuellen Kämpfe hinaus. Was die Menschen in Nordkurdistan bewegt, ist – nicht anders als in Rojava und im Qandîlgebirge, wo die Recherchereise endete – der Wille zu einem »demokratischen Konföderalismus«, zu Selbstbestimmung und Selbstverwaltung oder – wie es in Schabers Notizen heißt – zu einem Lebensgefühl, »in dem man den Anderen nicht mehr als Schranke und Begrenzung seiner selbst wahrnimmt, sondern unter Menschen Mensch wird«. ♦

LOWER CLASS MAGAZINE im Internet:
http://lowerclassmag.com/
LOWER CLASS MAGAZINE auf Facebook:
https://www.facebook.com/lowerclassmagazine/
LOWER CLASS MAGAZINE auf Twitter:
https://twitter.com/search?q=LOWER%20CLASS%20MAGAZINE&src=typd

nur online

Ein Rückblick auf den Friedensprozess

»Es ist ein Krieg zwischen Würde und Entwürdigung«

Interview mit Nazan Üstündağ, von Günay Aksoy, Özgürlükçü Demokrasi, 23.09.2016

Wir von Özgürlükçü Demokrasi haben mit der Soziologie-Professorin an der Istanbuler Boğaziçi-Universität Dr. Nazan Üstündağ, die wir aus ihrem Kampf um Frieden kennen, über die Zukunft der Türkei und über die von der AKP-Regierung verpasste Chance zum Frieden gesprochen. Sie bezeichnet den gegenwärtigen Krieg als einen Krieg zwischen »Würde« und »Entwürdigung«.



Nazan Üstündağ Foto: Özgürlükçü Demokrasi

Mit der Verlesung der Botschaft des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan am 21. März 2013 begann der Prozess der demokratischen Lösung. Wie wichtig war dieser Prozess für die Türkei und den Mittleren Osten?

Im Mittleren Osten gibt es ein übermäßiges Problem von Ungleichheit, Ungerechtigkeit und der Konzentration von Macht und Reichtum. Daneben bleiben zwei wichtige, damit verbundene Probleme ungelöst: die Palästinafrage und die kurdische Frage. Mit dem Andauern der Ausbeutung und Besetzung von Palästina und Kurdistan werden die im Mittleren Osten angewendete staatliche Gewalt und der Terror legitimiert, popularisiert und die Sicherheitspolitik wird fraglos akzeptiert. Zudem nähren und verstärken die Auseinandersetzungen in diesen beiden Kolonien die Manöver der internationalen Mächte in der Region. Viele Vernichtungspraktiken, die wir heute als normal ansehen, werden zuerst dort angewendet und breiten sich dann auf die Welt aus. In diesem Sinne war der Prozess 2013 für den Mittleren Osten eine ganz neue Möglichkeit und existenziell.

Erstens wurde zum ersten Mal im Mittleren Osten die Tür zu einer Phase aufgestoßen, in der die Völker die Kriterien für ein gemeinsames Leben in einem gemeinsam akzeptierten Territorium zusammen festlegen sollten. Das hat uns alle wie die ganze Welt begeistert. Wir können diesen Prozess, wenn wir ihn zusammen mit dem »arabischen Frühling« und dem sich später entwickelnden Gezi-Widerstand lesen, als Teil des

Aufstands und des Willens der Völker des Mittleren Ostens betrachten, die sich zu befreien versuchen und zusammen ein neues Lebensmodell suchen.

Zweitens war es eine Phase, die auf 118 Friedensprozesse in der Welt seit den 1990ern folgte und die Hoffnung mit sich brachte, nach vielen Friedensversuchen in der Türkei nicht die davor oft begangenen Fehler zu wiederholen. So hat Öcalan aufgrund früherer Erfahrungen zur Verhinderung solcher Fehler eine Vielzahl von Gesetzesvorschlägen eingebracht. Doch wurden viele davon nicht akzeptiert.

Drittens hat der Prozess die Türkei in eine Phase gebracht, in der sie universelle Fragen zu diskutieren begonnen hat. Wie rechnet man mit seiner Vergangenheit ab? Wie vergibt man? Wie hängt Geschlechterungleichheit mit anderen Ungleichheiten zusammen? Wie hängen Demokratie und Frieden miteinander zusammen? Was für einen Zusammenhang gibt es zwischen Gewalt und Herrschaft? Wie hängt die Ausbeutung von Arbeit mit ethnischer Vorherrschaft zusammen? Was für einen Zusammenhang gibt es zwischen Kapitalakkumulation und Gewalt oder Gewaltlosigkeit? Es wurde eine Atmosphäre geschaffen, in der diese Fragen diskutiert wurden, mit denen sich die ganze Welt auseinandersetzt und worauf sie eine Antwort sucht. Prozesse von Wissensproduktion wurden ernsthaft beschleunigt. Aus akademischer Sicht haben wir eine Phase erlebt, in der die Wissensproduktion in der Türkei und Kurdistan, zusammen mit der Revolution von Rojava, auf die Weltbühne getreten ist.

Der demokratische Lösungsprozess hatte einen wichtigen Dialogkanal für die Lösung der 200-jährigen kurdischen Frage und den seit 1984 andauernden Krieg geöffnet. Der Staat hat ihn nicht genutzt. Was lässt sich über den Grad der gesellschaftlichen Unterstützung in der Türkei sagen?

Ich denke, dass weder der Staat noch sonst jemand den Prozess gut genutzt hat. Zahlreichen Untersuchungen zufolge bewegte sich die passive gesellschaftliche Unterstützung auf sehr hohem Niveau. Selbst an der Basis der Partei der Nationalistischen Bewegung MHP hat sich der Anteil derjenigen, die Frieden und eine Lösung und beispielsweise muttersprachlichen Unterricht befürworten, deutlich vergrößert. An manchen Orten konnten wir bei den Parlamentswahlen vom 7. Juni sogar registrieren, dass Teile der ehemaligen MHP-Wählerschaft ihre Stimme dieses Mal für die HDP abgaben. Das ist natürlich eine Folge der Annäherung auf lokaler Ebene im Zuge des Lösungsprozesses. Man muss sagen, dass die Opposition beim Thema der Transformation dieser lokalen Annäherung in eine gesellschaftliche Bewegung in einzigartiger Weise schwach und inkompetent war. Ich habe darüber bereits mehrfach geschrieben, wiederhole es aber noch mal. »Frieden schließen« wurde als etwas gesehen, das sich bei inszenierten und »wichtigen« Persönlichkeiten verwirklichen müsse. Dagegen gab es viele Möglichkeiten, die Aleviten mit den Kurden, die Kurden mit den Türken, die AKPler mit den HDP-Kurden, die Laizisten mit den Islamisten und die Frauen mit den Männern an der Basis zusammenzubringen. Diese Möglichkeit haben, wenn auch nur in einem gewissen Grade, die Frauen genutzt. Sie wissen, dass die Frauen das Parlament und Kandil besuchten und mit lokalen Gruppen zusammenkamen. Vielleicht sind es genau aus diesem Grund die Frauen gewesen, die, als der Krieg begonnen hat, den organisiertesten Reflex zeigten und Solidaritätsnetzwerke schufen. Und die Anwälte und die Kräfte des Gesundheitswesens. Denn sie haben Arbeit geleistet.

Meiner Meinung nach ist ein Thema, das der Rede wert ist, wie der ehrliche passive Wille auf der Seite des Friedens auf so schnelle Weise zunichtegemacht worden.

Ich denke, dass ein enger Zusammenhang besteht zwischen dem liberalen Friedensverständnis im Fernsehen und den im selben Moment auftretenden kriegserhaltenden Lynchszenen. Beides kennzeichnet das Fehlen gesellschaftlicher Mechanismen.

Hätten diejenigen, die Frieden wollen, der Rat der Weisen, eine kritische Rolle einnehmen können, um das Scheitern des Prozesses zu verhindern?

Diejenigen, die Demokratie forderten, sind in verschiedenen Etappen für den Friedensprozess eingetreten. Es wurden Konferenzen abgehalten und Institutionen und Blöcke gegründet. Es gab natürlich auch welche, die Struktur und Methode des Prozesses kritisiert haben. Ich persönlich habe einem großen Teil dieser Kritik nicht zugestimmt. Im Friedensprozess versuchte die AKP, jegliche Opposition gegen sich als Opposition zum Friedensprozess hinzustellen. Bei den Wahlen vom 7. Juni haben die Friedenskräfte und die HDP dieses Verständnis erfolgreich entlarvt und deutlich gemacht, dass man in Opposition zur AKP und trotzdem für den Friedensprozess sein kann. Daraufhin hat die AKP die Forderung nach Frieden und die Opposition kritisiert. Auch wenn wir dieses Manöver erwartet hatten, waren wir nicht genug darauf vorbereitet und konnten keine überparteiliche Friedens- und Demokratiepolitik entwickeln.

Der Rat der Weisen hätte sicher eine Rolle spielen können. Hätte er wirklich aus Unabhängigen bestanden, hätten sie sich bei einigen Minimalpunkten getroffen und Aufrufe machen können. Doch weil es eine solche Struktur nicht gab, hat sich

jeder auf seine Seite zurückgezogen. Und natürlich darf die von allen Seiten geführte ermüdende und anstrengende Kampagne zur Diskreditierung des Rates nicht vergessen werden. Auf der anderen Seite haben wir als Akademiker für den Frieden mehrmals den Prozess und die Ratsabordnungen unterstützt. Zusammen mit ihnen formulierten wir eine konstruktive Kritik. Ähnliches machten auch die Frauen. Doch solch eine Haltung konnten wir bei den anderen Institutionen nicht beobachten.

Öcalan erklärte, dass man ihn nicht als Instrument betrachten solle, und rief die Machthaber zur Ernsthaftigkeit auf. Welche Gründe stecken Ihrer Meinung nach hinter der unzureichenden Annäherungsweise der Machthaber?

Dieses unsichtbare Gesicht, das niemand sieht – das ist von außen nicht alles ersichtlich. Doch wenn wir die Ereignisse im letzten Jahr bewerten, dann lässt sich sagen, dass beim Thema der Annäherung an den Frieden große Unterschiede bestehen zwischen den verschiedenen Institutionen des Staates und den Teilen, die diese Institutionen führen. Dass sich die bestehenden Konflikte um die kurdische Frage drehen. Ich denke, dass es einen Kreis gab, der sich der Lösung ernsthaft angenähert hatte. Der wurde neutralisiert. Es gibt auch einen Kreis, der über Syrien enge Beziehungen im Mittleren Osten geknüpft und sich dem Prozess manipulativ und instrumentell angenähert hat. Er hat sich völlig gegen den Prozess gestellt und macht gemeinsame Sache mit Ergenekon. Bekanntlich ist auch die Gülen-Bewegung in ihrem eigenen Rahmen insbesondere in Kurdistan in die Ereignisse involviert. Wir konnten ohnehin beim Punkt im Demokratiepaket zum kurdischsprachigen Unterricht in Spezialschulen verfolgen, wie die Gülen-Bewegung im Prozess ihren eigenen Vorteil verfolgte.

Es gibt natürlich noch eine offenere Realität. Die AKP bzw. die Machthaber hatten sich wie bereits erwähnt von einer Lösung Verschiedenes erwartet. Erstens die Orte in Kurdistan unbewohnbar zu machen und für das Kapital zu öffnen. Zweitens die Übergabe des Gewaltmonopols an die staatlichen Stellen und so eine Vereinzelung des Lebens. Drittens die Verzerrung der Geschichtsschreibung in der Art »alle Verbrechen haben die Laizisten verübt«. Doch diese Version konnte sich nicht durchsetzen. Demokratie bedeutet Pluralität. Ganz im Gegenteil konnten sich auch andere Sichtweisen behaupten, das Kapital stieß auf den Widerstand der Ideologie der Demokratischen Autonomie und somit trat das Gesetz der türkischen Republik zusammen mit den kurdischen Institutionen und Organisierungen im zivilen Bereich offener zu Tage. Also hat der Staat den Krieg bevorzugt und öffnete die Region mit seiner Zerstörungspolitik dem Bausektor. Mit dem Ausnahmezustand, den Zwangsverwaltungen und dem 15. Juli *[Putschversuch]* ist er in einen nationalen Krieg geflüchtet. Ich möchte also zum Ausdruck bringen: Der Krieg hat wegen der Niederlage des staatlichen Projekts im zivilen Leben und der demokratischen Politik begonnen. Leider ist dies im gesamten Mittleren Osten zu beobachten.

In der Einigungsphase zwischen Kolumbien und der FARC waren etliche Länder Vermittler, die UNO hat sich eingeschaltet. Was haben die internationalen Mächte im Friedensprozess hier bewirkt?

Die internationalen Mächte haben nicht nur eine Absicht und handeln niemals ohne Berücksichtigung ihres eigenen Vorteils. Die von den UN dargelegten Kriterien sind natürlich Ergebnisse wichtiger Erfahrungen. Doch weil sie in mancher Hinsicht kontinuierlich auf die Schlichtung auf staatlicher Ebene ausgerichtet sind, bleiben sie in der Kritik, nicht die Gesellschaft zu stärken. Damit werden Friedensprozesse zu einem Mittel des globalen Kapitalismus. Ich habe beispielsweise von Anfang an die Meinung vertreten, dass die fehlende Einschaltung internationaler Akteure in den Prozess positiv ist und Vermittler und Beobachter von lokalen und regionalen Akteuren gestellt werden müssen.

Denn in den UN-Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe, bekam ich oft mit, wie lokale Akteure als Ergebnis der Internationalisierung von Friedensprozessen ihre Kraft einbüßten und die Prozesse an Transparenz verloren.

Ich denke, die Tatsache, dass der Lösungsprozess sowohl praktisch als auch diskursiv als eine Verlagerung des Syrienkonflikts gehandhabt und dadurch die Gegnerschaft von IS und YPG (in Syrien) in eine Gegnerschaft von AKP und HDP/PKK übersetzt wurde, hat keine positive Rolle im Prozess gespielt.

Sırrı Sürreya Önder, der in der İmralı-Delegation vertreten war, sagte: »Wenn wir gegen so einen vulgären Raubkapitalismus keine Opposition organisieren, liegt das Problem bei uns selbst.« Was erwarten Sie in diesem Zusammenhang für die kommenden Entwicklungen?

Ich denke, dass wir uns in einem wirklichen Weltkrieg befinden. Wenn wir von Weltkrieg sprechen, kann darunter zweierlei verstanden werden. Erstens ein Krieg um Verteilung und Hegemonie, der von den großen Mächten wie China, Russland, den USA und Europa geführt wird und in dem die anderen Kräfte sich auch einen Platz zu schaffen versuchen. Eine zweite Interpretation, zu der ich eher neige, sieht einen Kampf zwischen den herrschenden und den befreienden Kräften. Wir

sehen im Mittleren Osten, in Lateinamerika, den USA, Europa, Indien, China und überall eine ernsthafte Suche der Völker. Es ist ein Kampf zwischen der Bewegung der Schwarzen, dem Arabischen Frühling, dem Flüchtlingswiderstand, der kurdischen Freiheitsbewegung, der maoistischen Bewegung in Indien bis hin zum Widerstand gegen die Olympiade in Brasilien, die allem ihren Stempel aufgedrückt haben, und den entgegenstehenden Kräften wie Putin, Erdoğan, Trump usw. Diese beiden Linien organisieren die Gewalt unabhängig voneinander. Jeder Ort ist Schauplatz dieses Krieges. Die Gesellschaften schaffen eine große Wahrheit, die entweder von diesen Kräften oder mithilfe von Strukturen wie dem IS, die den revolutionären Geist in eine konterrevolutionäre Praxis verwandeln, beraubt und geplündert wird. In solch einer Phase machtlos zu sein, ist wohl die schmerzlichste Erfahrung der Welt. Unglücklicherweise bleiben wir oft machtlos. Es gibt einen Krieg. Niemand ist unbeteiligt. Was kann man also machen? Natürlich Organisierung. Aber wie? Ich denke offen gesagt, dass in diesem Rahmen der wertvollste Wert, der organisiert werden kann, die Würde ist. Würdevoll zu sein, sich nicht zu beugen und sich nicht zu verkaufen. Ich denke, dass wir die Gesellschaft im Rahmen dieser Werte zum Dialog öffnen können. Ich denke, dass dieser Krieg ein Krieg zwischen Würde und Entwürdigung, zwischen Freiheit und Sklaverei, ein Krieg der Werte ist oder auf diese Weise übersetzt werden kann. So einfach also, Würde und Entwürdigung.

Beim letzten Treffen mit der Imralı-Delegation am 5. April 2014 hatte Öcalan auf die Parallelstruktur aufmerksam gemacht. Und am 15. Juli zeigte sich nun der sogenannte Putschmechanismus. Werden die Machthaber ihre Lehren aus diesem Prozess ziehen?

Nein, niemals. Das denke ich nicht. Ganz im Gegenteil denke ich, dass als Ergebnis dieses Prozesses die Regierung gespalten worden ist und diverse Erschütterungen erlebt hat. Ich bewerte diese Phase nicht als eine, in der die Machthaber ihre Lektion lernen werden, sondern als eine, in der das Ziel der Sturz der Machthaber sein sollte.

Vom Ausnahmezustand und den Zwangsverwaltungen wurde jeder betroffen. Die Gefechte haben sich intensiviert. Die von der Türkei angestachelte Syrien-Krise hat sich verschärft. Was sehen Sie für das Jahr 2017 voraus?

Ich weiß offen gesagt nicht, inwieweit sich die Zukunft der Türkei voraussagen lässt. Aber momentan glaube ich, dass das Jahr 2017 sehr zäh verlaufen wird.

Nach der Ermordung der PKK-Gründerin Sakine Cansız in Paris sagte Öcalan zur Delegation: »Sie wollen genau mit solchen Provokationen, dass ich den Prozess beende. Ich hatte die Einsicht, dass wir zur Rechenschaft dieses Massakers und zur Vereitelung dieser Falle den Willen zum Frieden noch weiter festigen und stärken müssen und habe von Neuem begonnen.« Wir sehen also bei ihm trotz allem seinen Willen zum Frieden in diesen Gesprächen ...

In einem Kriegszustand, in dem die Gewalt hierarchisch organisiert ist, werden Beziehungen immer vertieft, das Militär wird dem gesellschaftlichen Willen vorgesetzt, Möglichkeiten werden zerstört und die Natur, die Menschen und Träume getötet. Was kann der Herrschaft mehr nutzen, als die kurdische Gesellschaft kontinuierlich in einem Kriegszustand zu halten? Das Beharren, dagegen den Frieden zu organisieren, ist ein Beharren auf dem Widerstand.

Zuletzt sagte Öcalan: »Wir haben Projekte. Wenn der Staat dafür bereit ist, können wir sie in sechs Monaten verwirklichen. Wenn er ernsthaft gewesen wäre, hätten wir das Problem bis heute schon gelöst und so viele Menschen wären nicht gestorben.« Was, denken Sie, beinhalten die Projekte Öcalans auf dem Weg zur Lösung?

Die Dolmabahçe-Vereinbarung ist meines Erachtens die weltweit fortschrittlichste Übereinkunft. Warum? Sie versprach unter anderem den Frauen, Arbeitern und Kurden der türkischen Republik eine Neustrukturierung der institutionellen Machtverteilung. Wäre diese Vereinbarung eingehalten worden und hätten die wirklichen Verhandlungen begonnen, dann hätte sich der Kongress versammelt und verkündet, keine Waffen mehr gegen die Türkei zu erheben. So weit waren wir gekommen. Das hat der Staat beendet. Einerseits kann man nicht wieder zu diesem Punkt zurück. Denn niemand will mehr ein gemeinsames Zusammenleben und Träumen. Wie kann man das nach Cizîr (Cizre), Sûr und dem Lynchen noch wollen? Andererseits kann man diesen Punkt wieder erreichen. Denn auch wenn man jetzt angesichts der materiellen Bedingungen nicht zusammenleben will, tut man es in gewisser Weise doch. Für eine Lösung muss eine Trennung geschaffen werden, ein Abstand von der gegenwärtigen Situation. Die Menschen müssen davon überzeugt werden, dass die aktuelle Kriegssituation für immer Geschichte sein wird. Nur so ließe sich eine Lösung ermöglichen. Ich weiß nicht, wie das mit der AKP-Herrschaft und ihren neuen Bündnissen zu realisieren ist. ♦

nur online

Ist EUTELSAT Europa-Vertreter des türkischen Staates?

EUTELSAT ist ein hungriger Konzern ...

Ferda Çetin, Yeni Özgür Politika, 17.10.2016

Im September 2014 ließ die AKP-Regierung das Staatssekretariat für innere Sicherheit eine »Kriegssimulation« bzw. einen »Aktionsplan« erarbeiten. Beteiligt an der Erstellung waren die Armee, der türkische Geheimdienst MIT, die Polizeidirektion und die AKP.

Der Plan sah vor, Städte in Kurdistan, in denen das Bewusstsein über die kurdische Identität besonders verankert ist, in Kriegsschauplätze zu verwandeln. Die Bevölkerung sollte mit massiven Bombardierungen und Zerstörung der Infrastruktur vertrieben und in den so entvölkerten Gebieten Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, in erster Linie »Auslandstürken«, angesiedelt werden. Die demographische Zusammensetzung Kurdistans sollte so verändert werden.

Weitere Teile des Plans betrafen Strategien der Assimilation und Verleugnung. Um diese Ziele umzusetzen, musste entsprechend der Parole »eine Nation, eine Sprache, eine Religion, eine Fahne« die Vielfalt der Medienlandschaft ausgeschaltet werden. So wurden unabhängige, liberale und oppositionelle Medien verboten, Journalistinnen und Journalisten verhaftet.

Neben der Schließung von Medienorganen wie Özgür Gündem, Evrensel, DİHA, İMC, Hayat TV und TV 10, die in der Türkei erschienen, war auch die Schließung kurdischer TV-Sender, die im Ausland senden, beschlossener Teil des Plans. Damit sollte eine Berichterstattung über das brutale Vorgehen des türkischen Staates verhindert werden.

Vom türkischen Rundfunk- und Fernsehrat RTÜK wurde am 17. Mai 2016 ein Schreiben nach Norwegen, Schweden und Italien gesendet, also an Länder, in denen kurdische TV-Sender lizensiert sind. Mit der Begründung, diese Sender unterstützten den Terrorismus, wurde die Schließung von MedNûçe, Newroz TV, Sterk TV und Ronahi TV verlangt.

Zur selben Zeit äußerte auch der türkische Parlamentspräsident İsmail Kahraman die »Bitte« an seine Amtskollegen in europäischen Ländern, kurdischen TV-Sendern die dortigen Lizenzen entziehen zu lassen. Einer der europäischen Parlamentsvorsitzenden antwortete ihm lediglich: »In unserem Land ist es nicht so einfach wie in Ihrem Land, TV-Sender zu schließen.«

Auch die Medienkontrollorgane der angeschriebenen Länder antworteten auf die Anfrage des RTÜK, es gebe keine Probleme mit den inkriminierten Fernsehsendern, daher komme auch eine Schließung nicht in Betracht.



JournalistInnen von MedNûçe protestieren vor Eutelsat. Foto: ANF

Die in der Türkei vollzogene Gleichschaltung der Medien wurde durch die fortgesetzte Berichterstattung der kurdischen Medien im Ausland empfindlich gestört. Dem faschistischen AKP-Regime blieb somit nur die Möglichkeit, mit willkürlichen und juristisch nicht zu rechtfertigenden Methoden die Ausstrahlung der TV-Sender in Europa zu unterbinden. Dafür brauchte es jedoch eine Institution, die ebenso willkürlich und ungesetzlich die Forderung des RTÜK umsetzen würde. Offenbar war es nicht schwierig, diese zu finden: EUTELSAT.

EUTELSAT ist ein hungriger Konzern mit Milliardengewinnen, der neben gigantischen Investitionen in der Türkei in Zusammenarbeit mit türkischen Partnern auch auf die Märkte im Mittleren Osten, in Asien und Afrika drängt. Daher ist er in der Lage, Gesetzlosigkeit und Skandale zu riskieren.

Letztendlich wurde die von europäischen Medienkontrollorganen zurückgewiesene Forderung des RTÜK von EUTELSAT liebend gerne umgesetzt. Das tiefe Schweigen französischer Medienorgane und der französischen Regierung zu diesem internationalen Skandal steht in Zusammenhang mit der dahinterstehenden politischen Dimension.

EUTELSAT bietet dem IS im Irak und in Syrien Telefon- und Internetdienste über Satellit an. Mit der Lüge, die kurdischen TV-Sender würden den Terrorismus unterstützen, will der Konzern sich reinwaschen.

Für die kurdische Bevölkerung und die ZuschauerInnen der Kanäle, deren Sendungen unterbrochen wurden, gilt nunmehr, von ihrer zögerlichen Erwartungshaltung in Bezug auf die Neueröffnung eines kurdischen Senders abzusehen und auf demokratische Weise gegen EUTELSAT zu protestieren. Andernfalls wird der Konzern EUTELSAT, der an allen Satelliten in Europa beteiligt ist, seine Zusammenarbeit mit dem türkischen Faschismus fortsetzen und die gleichen Methoden gegen die noch bestehenden TV-Kanäle oder neue Satelliten einsetzen. ♦

EUTELSAT – Partner des türkischen Faschismus in Europa

Ferda Çetin, Yeni Özgür Politika, 10.10.2016

An dem Tag, an dem die Erdoğan-Diktatur in der Türkei 12 Fernsehsender und 11 Radio-Stationen schließen ließ, hat das Unternehmen EUTELSAT die Ausstrahlung des Senders MedNuce TV über Satellit unterbunden.

Normal und gewöhnlich ist, dass EUTELSAT seine Beschwerde gegen MedNuce TV in dem Land, in dem der Sender lizenziert ist, hätte vortragen müssen. Jedoch hat EUTELSAT, die türkische Methode, den faschistischen Weg, gewählt. Es hat das Unternehmen Hotbird, das die Sendung von MedNuce TV über Satelliten verantwortet, unter Druck gesetzt, so dass die Ausstrahlung unterbunden wurde.

Wer ist eigentlich dieses EUTELSAT? Was ist der Grund für dieses rechtswidrige und eigenmächtige Handeln?

EUTELSAT ist Europas größter Satellitenbetreiber. Er bietet Dienste in 40 Ländern für Satelliten, Daten und Internet an und erreicht in Europa, Asien und Afrika über Radio-, Telefon- und Internetleistungen 165 Millionen Haushalte.

Die Zusammenarbeit zwischen EUTELSAT und der Türkei begann 1985 mit dem EUTELSAT-Übereinkommen. Neben der langfristig angelegten Zusammenarbeit mit der Türkei bietet es für Unternehmen aus Handel und Industrie Dienste an. Es investiert gemeinsam mit den Unternehmen Türkcell, Telekom und Digitürk. Außerdem bereitet EUTELSAT im Auftrag der Türkei für 2018 den Satelliten Türksat 5A, für 2019 den Satelliten Türksat 5B und für 2020 den Satelliten Türksat 6A vor. Die Herstellung, die Entsendung der Satelliten ins All und die Wartung dieser Satelliten wird von Tausenden Ingenieuren und Technikern durchgeführt. Es sind immense Summen für EUTELSAT …

EUTELSAT beansprucht die gesamten türkischen Reserven in diesem Bereich, das hat es mit der Gründung des eine Milliarde schweren Unternehmens »Skylogic Eurasia Teleport« untermauert. Skylogic Eurasia bedient mit dem in Istanbul gegründeten VSAT (Very Small Aperture Terminal) insbesondere den Kommunikationsbedarf der TSK (Türkische Streitkräfte), der Sicherheitsbehörden, der Ministerien und der institutionellen Nutzer. VSAT ist ein System, das voneinander entfernte



Punkte bidirektional verbindet und so die Kommunikation ermöglicht. Über Satellit stellt es IP-basiert bidirektionale Breitband-/Internetverbindungen her. In Asien, Afrika, aber vor allem in der Türkei will das Unternehmen Satelliten-Kapazitäten und -Lösungen für den kommerziellen Bereich zur Verfügung stellen.

VSAT, der Arm von Skylogic Eurasia, wird von dem Handels- und Betriebspartner von EUTELSAT »Comsat Türkiye«, vorbereitet und betrieben. »Comsat Türkiye« leistet als Handlanger von EUTELSAT im Mittleren Osten, in Afrika und Asien Dienste im Bereich Internet, Sicherheit, elektronischer Geldtransfer, Telemedizin und VPN (Virtual Private Network). Dazu kommen die Dienste für die Sektoren Banken, Finanzen, Kleinkundengeschäfte, Tourismus, Verkehr, Institutionen und Bildung. Für Aufbau, Wartung und Erneuerung dieser Systeme werden Milliarden Dollar umgesetzt, den Löwenanteil davon bekommt EUTELSAT. Den kabellosen Zugang zum Internet, die Wartung dieser Systeme sowie die Erneuerung bieten für die Türkei und den Mittleren Osten für EUTELSAT »Türk Telekom« und »Comsat Türkiye« an.

Die von MedNuçe TV gezahlte Summe ist im Gegensatz dazu einem Sandkorn in der Wüste vergleichbar. Türkcell, Türk Telekom, Comsat Türkiye, Eser Telekom, Gri Telekom, Süper Uydu, Dış Net, Balkan Telekom sind nur einige Partner und Distributoren von EUTELSAT.

Für EUTELSAT ist die Türkei ein guter Markt und der türkische Staat mehr als ein guter Partner. So gut, dass EUTELSAT über die Türkei in den asiatischen und afrikanischen Markt geht. Dass EUTELSAT Ali Korur zum Verantwortlichen für den Mittleren Osten und Stellvertretender für Afrika und Ömer Karataş für diese Region zum Vertriebsverantwortlichen bestimmt hat, zeigt das Niveau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und EUTELSAT.

Der Staatspräsident von Frankreich, François Hollande, hat am 28. Januar 2014 die Türkei mit dem Ziel besucht, die angespannten Beziehungen, die auch Einfluss auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit haben, zu normalisieren. In der Delegation des Staatspräsidenten war neben dem Außen-, Industrie-, Energie-, Verteidigungs- und Forschungsminister auch der CEO der EUTELSAT Gruppe. EUTELSAT ist in den Augen der französischen Regierung das gute Kind, das von außen Geld bringt. Aber der Spielpartner von EUTELSAT ist Erdoğan, der durch Diebstahl, Mord und bösartige Machenschaften bekannt gewordene Diktator, der das Parlament und die Gesetze nicht anerkennt. Er ist ein Despot, der seine Aussagen als Gesetz versteht und die TV- und Radio-Sender per Dekret schließen lässt. EUTELSAT trägt die Praxis seines Partners Erdoğan nach Europa und lässt Fernseh- und Radiosender mitternachts per Mail und Fax schließen. Die europäische Öffentlichkeit und die Kurden sind sich einig, dass die Türkei sich hin zu einem faschistischen Staat und damit zu einer Tayyip-Erdoğan-Diktatur bewegt.

Also wem und wofür dient EUTELSAT?

Der Spiegel erwähnt in seiner Ausgabe von April 2015, dass EUTELSAT in Syrien und dem Irak die Kommunikation und Internetverbindungen des Köpfe abschneidenden Islamischen Staats IS gewährleistet hat. Die Verbindungen des IS zur Türkei unter der Führung von Tayyip Erdoğan sind kein Geheimnis. EUTELSAT hat die wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei zur politischen Freundschaft mit Erdoğan gewandelt. Daher ist es Partnern Erdoğans freundschaftlich und seinen Feinden feindselig gesinnt.

EUTELSAT hat mittlerweile seine Feindseligkeit gegenüber den Kurden offenbart. Nach MedNûçe TV hat es die Sendung von Newroz TV unterbrochen, weitere kurdische Sender werden anvisiert. Dies ist das Ergebnis der engen Verbindungen zur Erdoğan-Diktatur, es wird sich zeigen, dass sie dadurch immense Summen verdienen werden.

Die Ähnlichkeit, wie Erdoğan und EUTELSAT Sender schließen lassen, ist ein tragisches Beispiel dafür, wie ein Unternehmen sich Richtung Faschismus bewegt. ♦

nur online

Aslı Erdoğan, verhaftete Özgür-Gündem-Mitarbeiterin

Vergesst mich nicht und meine Bücher – sie sind meine Kinder

Susanne Roden

Es war im August 2009, als ich mal wieder vor dem Literaturregal in der öffentlichen Bibliothek die Neuzugänge aus der Türkei in deutscher Sprache sichtete und auf das Buch »Der wundersame Mandarin« von Aslı Erdoğan stieß. Türkisch kann ich nicht; das wollte ich aus politischen Gründen auch nicht lernen. Als Vorstandsmitglied im Înstîtûta kurdî ji bo Lêkolîn û Zanist (Kurdisches Institut für Wissenschaft und Forschung e. V.) und der vollen Überzeugung, dass die kurdische Sprache zumindest außerhalb der Türkei gefördert werden sollte und nicht das gegen die kurdische Muttersprache zur Zwangsassimilierung und Aufgabe der kurdischen Identität eingesetzte Türkisch. Das Buch »Der wundersame Mandarin« (Originaltitel: Mucizevi Mandarin, 1996), eine Bündelung von Geschichten und Prosadichtung, weckte mein Interesse. Die erste Übersetzung erfolgte erst zehn Jahre später bei Actes Sud in Frankreich unter dem Titel »Le mandarin miraculeux«.

Aslı Erdoğan betonte in einem mit Thomas Wedmann für 3sat-Kulturzeit geführten Interview im September 2008, dass niemand einen Rio-de-Janeiro--Roman über den Tod, von einer Türkin geschrieben, habe veröffentlichen wollen. »Kein Bedarf!«, hieß es seinerzeit. Aber es gehe ja gar nicht um Rio.[1]

»Es ist eine Geschichte über den Tod. Und der Tod ist ein Thema, das ich genauso gut wie ein deutscher Autor behandeln kann. Ich bin schließlich nicht unsterblich, weil ich Türkin bin. Aber dahinter steckt diese arrogante Haltung: So existenzielle Themen wie der Tod sind nichts für dich, darüber schreiben wir und zwar besser als du. Schreib› du lieber über dein kleines Dorf, die Probleme türkischer Frauen und so etwas.«[1]

Spätestens an dieser Stelle fühle ich mich ertappt; hatte ich mich doch nach dem Klappentext und der Kurzbiographie aus dem Unionsverlag dazu verleiten lassen, nicht über einen Roman einer türkischen Karrierefrau schreiben zu wollen. »Der wundersame Mandarin« hatte mir gut gefallen, aber Rio? – Sie hatte ja offenbar ohne Probleme ein Visum für die Reise erhalten.

Es sind die Bilder und Vorurteile, die wir in uns tragen. Ich musste meine Einschätzung revidieren und genau deshalb wollte ich über Aslı Erdoğan schreiben, die nun wegen ihres engagierten Einsatzes, ihres Nichtschweigens im Gefängnis sitzt, gemeinsam mit Menschen, die wie sie nicht geschwiegen haben zu den Maßnahmen der AKP-Regierung gegen die eigene Bevölkerung.

Man muss eben auch bedenken, dass die beiden Übersetzungen ihrer Bücher ins Deutsche im Rahmen einer Porträt-Reihe im Vorfeld der Frankfurter Buchmesse 2008 mit dem Gastland Türkei unter dem Motto »Türkei, faszinierend farbig« durch das TEDA-Projekt gefördert wurden. TEDA war 2005 vom Ministerium für Kultur und Tourismus der Republik Türkei gegründet worden, mit dem Ziel, Übersetzungen türkischer Werke in andere Sprachen durch Verlagshäuser in aller Welt zu fördern.

Und so ist es zu erklären, dass 2008 sowohl »Der wundersame Mandarin« als auch »Die Stadt mit der roten Pelerine« passgenau zu den Buchmessen Leipzig und Frankfurt in deutscher Sprache vorlagen.

Buchproduktionen, Übersetzungen kosten Geld und wenn der Verlag skeptisch ist, was den späteren Verkauf angeht, dann ist »kein Bedarf«; taucht ein Sponsor auf, ist man bereit. Und vor dem Hintergrund gibt sich der Unionsverlag auch sehr vorsichtig, was die Formulierungen in der Biographie Aslı Erdoğans angeht: Unter »Türkische Bibliothek« findet man nur einen Zweizeiler über die jüngsten Geschehnisse: »Als Kolumnistin und Beiratsmitglied der kurdischen Tageszeitung Özgür Gündem wurde sie im August 2016 in Istanbul verhaftet.«[2]

1 18.09.2008, Thomas Wedmann für 3sat-Kulturzeit;http://www.3sat.de/dynamic/sitegen/bin/sitegen.php?tab=2&source=/kulturzeit/lesezeit/126359/index.html (jetzt nicht mehr abrufbar)

2 http://www.unionsverlag.com/info/person.asp?pers_id=1762

Sie hat ihre Zeit als Physikerin am Kernforschungszentrum CERN von 1991 bis 1993 nur überstanden, weil sie meist über 14 Stunden Labor in der Nacht mit Schreiben kompensiert hat. Sie wurde diskriminiert von den männlichen Kollegen und ist dann wieder zurück in Istanbul in ein afrikanisches Ghetto gezogen. Dort war sie schockiert von den rassistischen Übergriffen, sie wurde bespuckt und beleidigt, überlebte eine tödliche Messerattacke auf einen Mitbewohner nur knapp. Selbst ihre linken Freunde wollten es nicht glauben. Die Angst um das eigene Überleben führte zur Flucht nach Brasilien.



Istanbul: Mahnwache für die Freilassung inhaftierter SchriftstellerInnen. Foto: DIHA

Sie beschreibt diese Zeit in der vom »KulturForum Türkei-Deutschland« erstellten Dokumentarfilmserie »Menschenlandschaften. Sechs Autorenportraits der Türkei, Aslı Erdoğan: Grenzgängerin zwischen Himmel und Tod«.[3]

Es gibt immer zwei Seiten einer Medaille, so auch hier. Mal liest man, sie sei nach einer Assistenzstelle an der Bosporus-Universität 1994 einer Anstellung an der Päpstlichen Universität in Rio de Janeiro gefolgt und dort bis 1995 geblieben, ein anderes Mal, sie habe sich wegen des Drucks auf ihre Person in der Türkei dorthin in Sicherheit gebracht. 1996 kehrte sie schwer krank nach Istanbul zurück. Erst nach ihrer Rückkehr schrieb sie »Die Stadt mit der roten Pelerine«, und zwar aus dem Gedächtnis, mit der Hand auf Papier – ohne sich irgendwelche Notizen zuvor gemacht zu haben, als sie noch in Rio de Janeiro gewesen war.

Von 1998 bis 2000 arbeitete sie als Kolumnistin bei der Tageszeitung Radikal und veröffentlichte unter der Kolumne »Der Andere« Kurzgeschichten, Prosa sowie Texte zu kontroversen Themen wie den Bedingungen in den Gefängnissen, Folter, Gewalt gegen Frauen, Kurdenrechten, unterstützte hungerstreikende Gefangene und hielt Kontakt auch zu jenen, die lebenslänglich hatten. Eine Zusammenfassung dieser Texte veröffentlichte sie 2000 unter dem Titel »Wenn eine Reise endet«, was ihr sowohl Popularität als auch mächtigen Ärger einbrachte. Wie sie in einem Interview erzählte, zog eines Tages Polizei vor ihrem Haus auf und versuchte sie zu schikanieren. Sie wurde 2001 dann von Radikal per Telefon gekündigt.

Sie ging erneut ins Ausland, Sarajevo, Heinrich-Böll-Haus in Lüneburg, Wien, Zürich, und lernte einen Überlebenden von Auschwitz kennen. Sie verarbeitete die Gespräche in dem Gedicht »Licht und Dunkelheit« und will sich in Erinnerung an die Praxis der Nazis, den KZ-Insassen eine Nummer einzutätowieren, nach ihrer Entlassung (sofern sie entlassen wird) am Handgelenk 16816 – das Datum ihrer Festnahme war der 16.08.2016 – in die Haut stechen lassen.

Nach der Ermordung von Hrant Dink 2007 veröffentlichte sie einen Nachruf in Radikal. Aufgrund ihrer journalistischen Tätigkeit sah sie sich jedoch noch stärkerem Druck ausgesetzt. Sie engagierte sich auch nach ihrer Rückkehr nach Istanbul 2008 weiter journalistisch für die Kurden, politisch Inhaftierte und für Frauenrechte. 2008 unterzeichnete sie als eine der ersten Intellektuellen eine Entschuldigung an die Armenier wegen des Völkermords.

2010 wurde sie erneut um Mitarbeit bei Radikal gebeten und fünf Monate später wieder per Telefon gekündigt. Dann begann sie 2011 aus politischem und menschlichem Interesse für die prokurdische Tageszeitung Özgür Gündem zu schreiben, bei der sie auch Mitglied des beratenden Gremiums war.

Durch ein Stipendium fand sie vorübergehend eine Bleibe in Zürich, war dort von Dezember 2011 bis Mai 2012 als »Writer in Residence«[4]. In einem mit der NZZ geführten Gespräch aus der damaligen Zeit erklärte sie, dass sie ein wenig zur Ruhe gekommen wäre, nur schlafen könne sie nicht. Diese Furcht, in der Nacht verhaftet zu werden, das habe sie aus der Türkei mitgebracht. Auch deutete sie an, aus einer früheren Verhaftung physische Schäden davongetragen zu haben.[5]

Im Anschluss an ihren Aufenthalt in Zürich bot sich die Stadt Graz mit einer Stelle als Asylschreiberin an. Obwohl

3 http://www.das-kulturforum.de/archiv/menschenlandschaften/

4 http://www.writers-in-residence.ch/de/home/asli_erdogan

5 http://www.nzz.ch/ein-heim-in-der-fremde-1.14864717

sie keine Auflagen hatte, etwas zu veröffentlichen, schrieb sie ein neues autobiographisch geprägtes Buch, »Nachtzug nach Graz«. Sie blieb von August 2012 bis Sommer 2013. Der Bürgermeister von Graz hat kurz nach ihrer Verhaftung im August an die türkische Botschaft in Österreich geschrieben und seine Besorgnis geäußert, um genaue Informationen gebeten und erklärt, dass Aslı Erdoğan jederzeit wieder das Gastrecht in seiner Stadt beanspruchen dürfe.

Özgür Gündem wurde im Zuge der politischen Säuberungsmaßnahmen am 16.08.2016 staatsanwaltschaftlich verboten und es folgte die Verhaftung von zunächst 24 Journalisten. Dazu gehörte auch ein weiteres Mitglied des Beirats, die 70-jährige Necmiye Alpay. Aslı Erdoğan wurde nach eigenen Angaben in ihrer Wohnung von ca. 30–40 Polizisten mit vorgehaltener Waffe festgenommen, die Durchsuchung dauerte 5 Stunden, da 3.000 Bücher durchsucht wurden. Es wurden alle Übersetzungen ihrer Bücher, Handnotizen mitgenommen und teilweise unwiederbringlich zerstört.[6] Sie wurde zunächst auf eine Polizeistation gebracht und saß dann in einer Einzelzelle in Untersuchungshaft im Frauengefängnis Istanbul-Bakırköy. Während dieser fünf Tage wurden ihr ausreichend Wasser und Medikamente für ihre Krankheiten verweigert. Ebenfalls der Gang an die frische Luft. Sie muss eine strenge Diabetes-Diät einhalten und darf nur Joghurt essen. Sie werde durch diese Misshandlung dauerhafte körperliche Schäden davontragen. Ihr Bett war voll altem Urin.[6]

Am 19.08. wurde sie dem Haftrichter vorgeführt. Zu dem Zeitpunkt sei sie noch zuversichtlich gewesen, glaubte fest, frei gelassen zu werden. Als der Staatsanwalt dann die Inhaftierung beantragte, war es ein Schock für sie und ihren Anwalt. Dann merkte sie, dass sie auf Anordnung von oben verhaftet worden war und das Verfahren mit Recht nichts zu tun hat. Ihr wurde klar, dass sie gegen kein Gesetz verstoßen hatte. Die Anklage lautet auf »Volksverhetzung«, »Propaganda für eine illegale Organisation«, »Mitgliedschaft bei einer illegalen Organisation« und »versuchte Zerstörung des türkischen Staates«..[6] Einige Tage nach der Festnahme gelang es Kollegen der Zeitung Cumhuriyet über Mittelsmänner einen Brief von ihr aus dem Gefängnis zu schmuggeln..[6]

Es gab sofort Mahnwachen von Kollegen, Gewerkschaftlern, Menschenrechtlern, Politikern und Kollegen vor dem Gefängnis. Es sind sich alle einig: Die Botschaft lautet, so kann es Euch auch ergehen, wenn Ihr Euch für den Frieden mit den Kurden einsetzt. Die Kurden sollen offenbar vom Rest der Gesellschaft isoliert werden.

6 Brief aus dem Gefängnis:http://www.srf.ch/content/download/10916183/123087898/version/1/file/Originalbrief+von+Asli+Erdogan.pdf; http://www.srf.ch/content/download/10916188/123087908/version/2/file/Deutsche+%C3%9Cbersetzung+Brief+aus+dem+Gefaengnis.pdf

Es hat sich eine Vielzahl von Initiativen und Protestaktionen entwickelt. Die erste Initiative ging von Frankreich aus, wo die französischen Schriftsteller Patrick Deville und Olivier Rolin die sofortige Freilassung Aslı Erdoğans forderten sowie die »totale Meinungsfreiheit für alle Schriftsteller überall in der Welt«. Ihre Petition wurde in Libération publiziert. Laut FAZ vom 31.08.2016 forderte der Deutsche Journalisten-Verband DJV die Bundesregierung unterdessen auf, politisch verfolgten Journalisten aus der Türkei Asyl anzubieten.[7]

Es gibt eine Kampagne auf der Protest-Plattform change.org.[8] Auch PEN International[9] sowie viele lateinamerikanische Autoren unterstützen den Aufruf, Günter Wallraff engagierte sich für eine Freilassung zusammen mit dem Kölner KulturForum TürkeiDeutschland.[10]

Zur Solidarität mit der Tageszeitung Özgür Gündem und ihren verhafteten oder schikanierten Journalisten Ragıp Zarakolu, Aslı Erdoğan, Eren Keskin und Filiz Koçali ruft auch die Refugee Movement in ihrem Newsletter vom August auf. Eren Keskin und Filiz Koçali waren nicht zu Hause, als die Polizei kam. Ragıp Zarakolu war unter der Adresse seines Sohnes registriert, der auch nicht anwesend war. Sie brachen in die Wohnung ein und beschlagnahmten seine Bücher über Armenien, Pontus und den Assyrien-Genozid.[11]

Und Aslı Erdoğan? Freunde von ihr, unter ihnen die Schriftsteller Murathan Mungan und Burhan Sönmez, haben eine Unterschriftenkampagne für ihre Freilassung gestartet. Im Gespräch mit der FAZ in Frankfurt 2008 sagte Aslı Erdoğan, dass sie viel über die Zustände in den Gefängnissen schreibe, weil sie dort sein wolle, wo die menschlichsten Tragödien am dunkelsten sind: »Denn dort herrscht die größte Stille.«[12]

Einige Prominente aus dem Kunst- und Kulturbetrieb in der Türkei ließen sich mit einem Satz auf Türkisch abbilden: »Wenn Aslı Erdoğan drinnen ist, ist keiner von uns draußen.«[10]♦

7 http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/journalisten-schriftsteller-fordern-asli-erdogans-freiheit-14414468.html

8 https://www.change.org/p/asl%C4%B1-erdo%C4%9Fan-derhal-serbest-b%C4%B1rak%C4%B1ls%C4%B1n
https://angeschwemmt.wordpress.com/2016/08/20/petition-asli-erdogan/

9 http://www.pen-international.org/newsitems/turkey-writer-human-rights-activist-asli-erdogan-held-on-terror-charges/
pen.org/defending-writers/asli-erdogan

10 http://www.tagesspiegel.de/kultur/tuerkische-autorin-asl-erdoan-in-haft-zur-terroristin-gemacht/14488534.html

11 http://oplatz.net/solidarity-with-daily-ozgur-gundem-and-its-detained-or-harassed-journalists/

12 http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/zur-verhaftung-der-schriftstellerin-asli-erdogan-in-der-tuerkei-14394973-p2.html

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

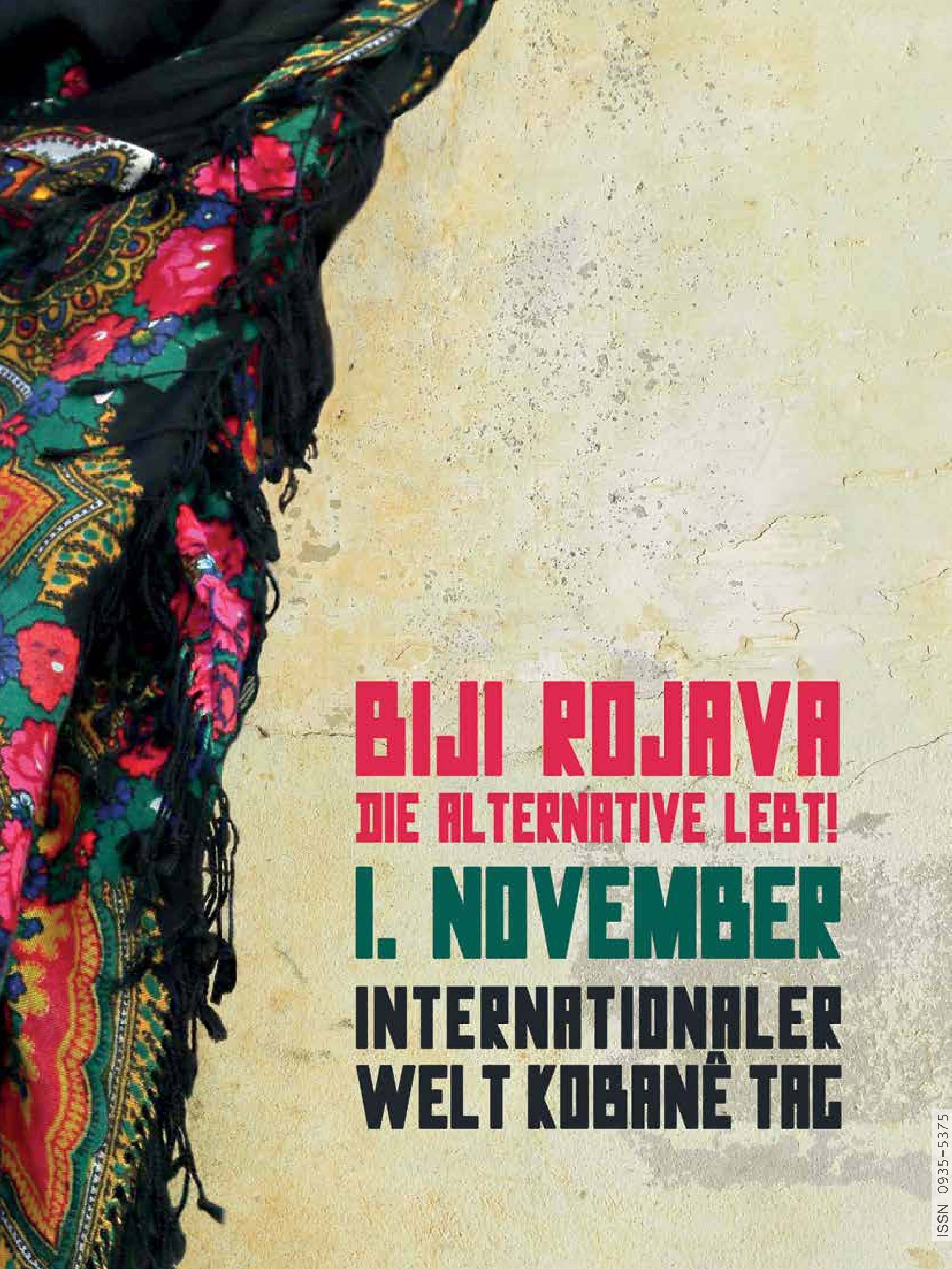
Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Ein selbstorganisiertes Camp bei Dergûl für die Vertriebenen aus Şirnex
Foto: Hinrich Schultze
dokumentarfoto.de

Rückseite:
1. November
Internationaler-Welt-Kobanê-Tag

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.


BIJI ROJAVA
DIE ALTERNATIVE LEBT!
1. NOVEMBER
INTERNATIONALER
WELT KOBANÊ TAG
ISSN 0935-5375